OESTERREICHISCHE NATIONALBANK
EUROSYSTEM

KONJUNKTUR AKTUELL

Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage

Oktober 2014

Stabilität und Sicherheit.

Bericht über die wirtschaftliche Lage

Die Publikation gibt eine kompakte aktuelle Einschätzung zur Konjunktur der Weltwirtschaft, des Euroraums, der CESEE-Staaten und Österreichs und berichtet über Entwicklungen auf den Finanzmärkten. Die Quartalsausgaben (März, Juni, September und Dezember) sind um Kurzanalysen zu wirtschafts- und geldpolitischen Themen erweitert.

Medieninhaber und Herausgeber

Oesterreichische Nationalbank
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien
Postfach 61, 1011 Wien
www.oenb.at
oenb.info@oenb.at
Tel. (+43-1) 40420-6666
Fax (+43-1) 40420-6698

Schriftleitung *Doris Ritzberger-Grünwald*

Koordination und Redaktion *Manfred Fluch*

© Oesterreichische Nationalbank, 2014

ISSN 2310-5216

Alle Rechte vorbehalten.

Reproduktionen für nicht kommerzielle Verwendung, wissenschaftliche Zwecke und Lehrtätigkeit sind unter Nennung der Quelle freigegeben.

Auf geschlechtergerechte Formulierungen wird verzichtet, an ihrer Stelle verwendete Begriffe gelten im Sinn der Gleichbehandlung grundsätzlich für beide Geschlechter.

Redaktionsschluss: 15. Oktober 2014

Inhalt

Bericht über die wirtschaftliche Lage 4

Überblick 5

Konjunkturerholung im Euroraum flacht ab 6

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: OeNB-BOFIT-Prognose für ausgewählte CESEE-Länder 11

Österreichs Wirtschaft wächst 2014 nur um 0,8% 15

Kreditinstitute: sinkende Erträge im 1. Halbjahr 2014 23

Makroprudenzielle Aufsicht etabliert sich - sowohl in Österreich als auch in der Europäischen Union 27

OeNB-Immobilienmarktmonitor Herbst 2014: Wohnimmobilien in Wien trotz nachlassenden Preisanstiegs überbewertet 30

Annex 39

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik – EU und international Zeitraum 29. August bis 9. Oktober 2014 40

Wirtschaftsindikatoren - Grafiken und Tabellen 46

Bericht über die wirtschaftliche Lage

Überblick[1]

Die jüngst veröffentlichte Prognose des IWF vom Oktober 2014 bewertet die globalen Wachstumsaussichten relativ pessimistisch. Das Weltwirtschaftswachstum für 2014 und 2015 wurde um 0,1 bzw. 0,2 Prozentpunkte auf 3,3% bzw. 3,8% nach unten revidiert. Der IWF konstatiert eine Zunahme der abwärts gerichteten Risiken. Zum einen könnten sich die geopolitischen Spannungen verschärfen. Zum anderen könnten die lockeren Finanzierungsbedingungen zu einem Überschießen auf den Finanzmärkten führen. Mittelfristig könnten ein niedrigeres Potentialwachstum sowie „säkulare Stagnation" (eine persistente Investitionslücke relativ zu den Ersparnissen) Risiken darstellen. Für den Euroraum stellen laut IWF anhaltend niedrige Inflation oder gar Deflation Risiken in Bezug auf Wachstum und Schuldennachhaltigkeit dar.

In den USA legte das BIP nach einem Wachstumseinbruch im ersten Quartal 2014 im zweiten Quartal wieder mit 1,2% gegenüber dem Vorquartal zu, was v.a. an den Bruttoanlageinvestitionen lag. Der IWF schätzt für 2014 ein BIP-Wachstum von 2,2% und für 2015 eine weitere Beschleunigung auf 3,1%. Japan verzeichnete im ersten Halbjahr 2014 eine sehr volatile BIP-Entwicklung, welche auf die im April 2014 erfolgte Mehrwertsteuererhöhung zurückzuführen war. Vorzieheffekte haben das BIP-Wachstum im ersten Quartal nach oben und im zweiten Quartal nach unten verzerrt. Für das Gesamtjahr 2014 sowie das Jahr 2015 erwartet der IWF ein BIP-Wachstum von jeweils knapp unter 1%. In China konnte das Wachstum im zweiten Quartal 2014 zulegen, wobei die Wachstumsbeiträge der Investitionen und der Konsumausgaben wieder etwas ausgeglichener waren. Mit jeweils rund 7% bleibt China 2014 und 2015 der wichtigste Wachstumsmotor der Weltwirtschaft.

Für den Euroraum erwartet der IWF 2014 ein BIP-Wachstum von 0,8%, für 2015 1,3%. Nicht zuletzt die geopolitischen Unsicherheiten trüben die Wachstumsaussichten, was sich auch in schwächeren Stimmungsindikatoren widerspiegelt. Die HVPI-Inflationsrate sank laut Schnellschätzung im September auf 0,3%, die Kerninflationsrate auf 0,7%. Der EZB-Rat beließ in seiner Sitzung Anfang Oktober die Leitzinsen unverändert auf dem historischen Tiefststand. Gleichzeitig wurden zur Ankurbelung der Kreditvergabe im Euroraum Direktankäufe von verbrieften Unternehmenskrediten und Pfandbriefen angekündigt.

Die Konjunktur in der CESEE-6-Region wird gemäß aktueller OeNB-Prognose im Jahr 2014 etwas an Fahrt gewinnen. Das moderate Wachstum von 2,5% wird vor allem durch ein Anziehen der Binnennachfrage getragen, das Wirtschaftswachstum somit ausgewogener. Als einziges der CESEE-6-Länder wird Kroatien auch 2014 in der Rezession verharren. Unter der Annahme unveränderter geopolitischer Rahmenbedingungen wird auch für 2015 mit einem Wachstum von 2½% gerechnet.

In Österreich kommt angesichts hoher außenwirtschaftlicher Unsicherheiten und fehlender Impulse von der Inlandsnachfrage die Konjunktur auch in der zweiten Jahreshälfte 2014 nicht in Schwung. Gemäß den Ergebnissen des OeNB-Konjunkturindikators vom Oktober wird die österreichische Wirtschaft im dritten und vierten Quartal 2014 um +0,1% bzw. +0,2% gegenüber dem Vorquartal wachsen. Für das Gesamtjahr 2014 ergibt sich damit ein Wachstum von +0,8%. Für 2015 erwartet die OeNB eine moderate Beschleunigung auf rund +1¼%.

[1] Autor: Gerhard Fenz (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

Konjunkturerholung im Euroraum flacht ab[2]

Euroraum

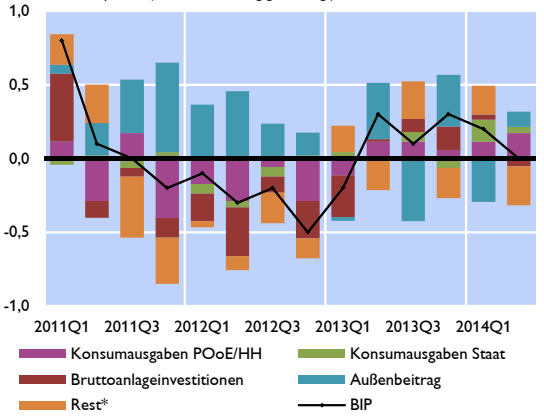
Zögerlicher Aufschwung im Euroraum bei hoher Arbeitslosigkeit und niedriger Inflation

In der zweiten Schätzung von Eurostat wurde bestätigt, dass das reale BIP im zweiten Quartal stagnierte, nachdem es im ersten Quartal noch um 0,2% (gegenüber dem Vorquartal) gewachsen ist. Die Stagnation im zweiten Quartal dürfte jedoch nur temporär sein, da v.a. Kalendereffekte zu dieser Entwicklung beitrugen. So fiel Ostern vollständig in das zweite Quartal und der Mai verzeichnete ungewöhnlich viele Fenstertage, während der milde Winter im ersten Quartal zu Vorzieheffekten u.a. in der Bauwirtschaft geführt hat, wodurch das BIP in dieser Zeit stärker zugenommen hatte. Bei der Betrachtung der Unterkomponenten des BIP zeigt sich, dass v.a. die Vorratsveränderungen, welche in der *statistischen Differenz* enthalten sind, zum Rückgang des BIP im zweiten Quartal beitrugen. Auch die Bruttoanlageinvestitionen, die sich in den letzten vier Quartalen erholt hatten, wiesen erstmals wieder einen negativen Beitrag auf. Verantwortlich dafür zeichnete v.a. die Entwicklung bei den Wohnbauinvestitionen, was insbesondere deren Einbruch in Deutschland geschuldet war. Die Nettoexporte trugen positiv zum BIP-Wachstum bei, was auf die gute Exportperformance zurückzuführen war. Die Importe wuchsen im selben Zeitraum weniger stark, was auch zum schwachen Investitionswachstum passt. Die privaten und öffentlichen Konsumausgaben trugen ebenfalls positiv zum Wachstum bei, das Wachstum des Privatkonsums legte sogar zu.

Im Vergleich der Euroraumländer fällt auf, dass besonders das Wachstum in Deutschland im zweiten Quartal mit -0,2% (gegenüber dem Vorquartal) deutlich schlechter ausfiel als erwartet, was aufgrund des hohen Ländergewichts auch das BIP-Wachstum im Euroraum drückte. Besser verlief die Entwicklung in einigen Krisenländern. In Spanien und Portugal z.B. konnte das Wachstum im zweiten Quartal deutlich zulegen, was u.a. auf die wieder höheren Tourismusausgaben in diesen Ländern zurückgeführt werden kann. Auch Österreich verzeichnete eine leichte Wachstumsbeschleunigung auf 0,2% (gegenüber dem Vorquartal) im zweiten Quartal 2014. Die Kurzfristprognosen für den Euroraum wurden zuletzt – vor allem angesichts der schwachen Entwicklung im ersten Halbjahr und den zunehmenden geopolitischen

Wachstumsbeitrag zum realen BIP im Euroraum

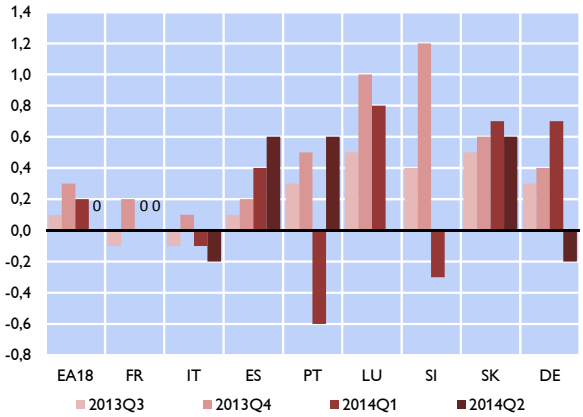
in % zum Vorquartal (saison- arbeitstägig bereinigt)



*Quelle: Eurostat. * Lagerveränderungen, Nettozugang an Wertsachen, Statistische Differenz.*

Reales BIP-Wachstum der Euroraumländer

in % gegenüber Vorquartal (saison- arbeitstägig bereinigt)



Quelle: Eurostat. Keine Werte 2014Q2 für LU und SI.

[2] Autor: Daniel Schmid, Andreas Breitenfellner (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland)

Risiken – nach unten revidiert.

Euroraum Wachstumsprognosen

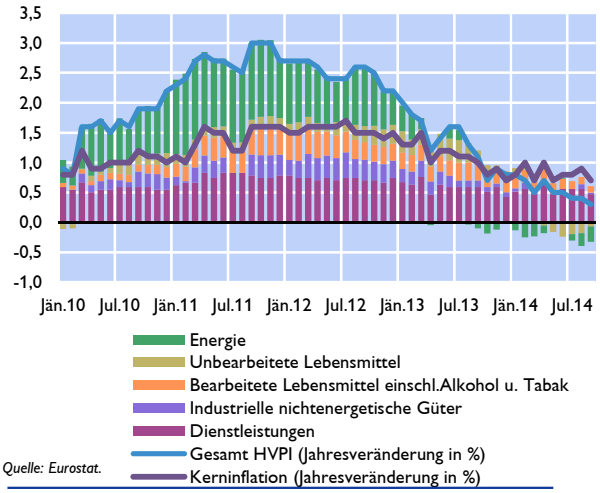
Veränderungen gg. Vorjahr	Stand von	2014	2015
OECD Interim Assessment	Sep.14	0,8	1,1
IWF	Okt.14	0,8	1,3
EZB	Sep.14	0,9	1,6
Cons. Forec.	Sep.14	0,9	1,4
Prof. Forec.	Jul.14	1,0	1,5
EK	Mai.14	1,2	1,7

Die jüngsten Prognosen für das Gesamtjahr 2014 erwarten, dass das BIP-Wachstum im Euroraum heuer unter 1% bleiben wird. Die OECD betont in ihrem Interims-Assessment die enttäuschende Erholung und schwache Nachfrage im Euroraum, insbesondere in den großen Ländern, während von einigen Krisenländern Aufwärtssignale ausgehen. Vor allem erschweren die hohe Arbeitslosigkeit und ein geringes reales Lohnwachstum einen kräftigeren Anstieg des privaten Konsums. Die daraus resultierende niedrige Inflation verhindert ihrerseits, dass die nötigen relativen Preisanpassungen wachstumsschonend verlaufen. Zusätzlich verschlechtern die geopolitischen Unsicherheiten den Wachstumsausblick, was sich auch in schwächeren Stimmungsindikatoren widerspiegelt. Ein Beispiel dafür ist der Economic Sentiment Indicator der Europäischen Kommission (EK), welcher im September das erste Mal seit 9 Monaten wieder unter seinen langfristigen Durchschnitt fiel.

Die Erholung am Arbeitsmarkt geriet zuletzt ins Stocken. In den drei Monaten seit Juni betrug die Arbeitslosenquote im Euroraum im Durchschnitt 11,5%, das ist der niedrigste Wert seit 2012. Die Beschäftigung ist im zweiten Quartal 2014 zum dritten Mal in Folge gestiegen. Die Jugendarbeitslosigkeit blieb jedoch seit Juli 2014 auf dem Niveau von 23,3%. Die Erwerbsquote entwickelt sich relativ stabil und liegt seit Mitte 2012 bei knapp über 72%. Auch auf Länderebene war zuletzt ein Trend sinkender Arbeitslosenquoten beobachtbar, v.a. in den meisten Krisenländern. Vorlaufindikatoren deuten jedoch darauf hin, dass sich die weitere Verbesserung auf dem Arbeitsmarkt verzögern dürfte. So steigen die von der EK ermittelten Beschäftigungserwartungen der Industrie seit Jahresanfang nicht weiter an und auch die Sorge der Konsumenten, in den nächsten Monaten arbeitslos zu werden, hat zuletzt wieder zugenommen.

Komponenten des HVPI

Beitrag zum Vorjahreswachstum in Prozentpunkten



Quelle: Eurostat.

Weiterer Rückgang der HVPI-Inflationsrate im September 2014

Laut der Ende September veröffentlichten Schnellschätzung sank die HVPI-Inflationsrate weiter auf 0,3%. Besonders stark fiel der Rückgang bei den Energiepreisen aus. Weiterhin moderat zugelegt haben demnach die Dienstleistungspreise, während die Preise für Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak sowie für Industriegüter (ohne Energie) marginal stiegen. Bereinigt man den HVPI-Gesamtindex um die volatilen Komponenten, fiel die daraus resultierende Kerninflationsrate (ohne Energie, Nahrungsmittel, Alkohol und Tabak) im September 2014 auf 0,7% (August: 0,9%).

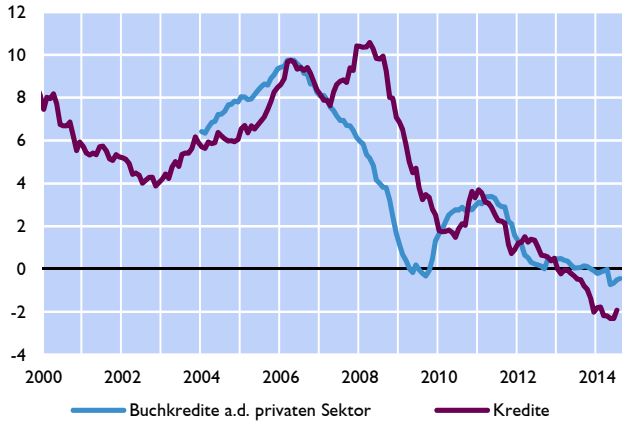
Im Ländervergleich konvergierten die HVPI-Gesamtinflationsraten weiter. Nach wie vor besteht jedoch eine Diskrepanz zwischen gestressten Ländern (z.B. Griechenland, Portugal) und weniger stark von der Krise getroffenen Ländern. Dies entspricht auch dem Muster, das man sich von einem Anpassungsprozess im Euroraum erwarten würde. Die Inflationsrate von nur 0,8% in Deutschland – trotz relativ günstiger Wachstumsbedingungen – versinnbildlicht diesen ungleichgewichtigen Anpassungsprozess nicht nur, sondern trägt auf Grund seines Gewichtes wesentlich dazu bei. Die Krisenländer müssen unter diesen Bedingungen erhöhte Deflationsrisiken in Kauf nehmen. Auch aktuelle Prognosen revidierten die Inflationsraten für den Euroraum nach unten. Geringer außenwirtschaftlicher Preisdruck, der schwache Arbeitsmarkt und eine verhaltene Konsumentennachfrage lassen eine Rückkehr der Inflationsrate in Richtung 2%-Marke innerhalb des Prognosehorizonts (bis 2016) als unwahrscheinlich erscheinen.

EZB beließ Leitzinsen Anfang Oktober auf Rekordtief und kündigte Direktankäufe an

Die niedrigen Inflationsraten im Euroraum und die anhaltend schwache Konjunkturentwicklung veranlassten die EZB die Leitzinsen nach August 2014 im September erneut zu senken. Bei der letzten Sitzung des EZB-Rats Anfang Oktober beschloss dieser den Leitzinssatz unverändert auf dem Niveau von 0,05% zu belassen. Die Einlage- und Spitzenrefinanzierungsfazilität betragen demnach seit 10. September 2014 -0,2% bzw. 0,3%. Trotz niedriger Zinsen sank die Kreditvergabe der Banken im Jahresabstand seit Jänner 2013. Die Kredite an den privaten Sektor (v.a. private Haushalte und Unternehmen) sinken seit Dezember 2013 etwas geringfügiger. Nicht zuletzt um die Kreditvergabe im Euroraum wieder anzukurbeln, kündigte der EZB-Rat an, Direktankäufe von verbrieften Unternehmenskrediten (ABS – Asset Backed Securities) und Pfandbriefen vorzunehmen, wobei er keine exakten Angaben über den Umfang des Programms machte.

Entwicklung der Kredite / Buchkredite im Euroraum

Veränderung zum Vorjahr in %



Quelle: EZB.

Weltwirtschaft

Globale Wachstumsraten nach unten revidiert

Die jüngste veröffentlichte Prognose des IWF (Oktober 2014) bewertet die globalen Wachstumsaussichten für dieses und nächstes Jahr relativ pessimistisch und erwartet BIP-Wachstumsraten von 3,3% bzw. 3,8%. Der IWF konstatiert eine Zunahme der abwärts gerichteten Risiken. Zum einen könnten sich die geopolitischen Spannungen verschärfen. Zum anderen könnten die lockeren Finanzierungsbedingungen zu einem Überschießen auf den Finanzmärkten führen. Mittelfristig könnten ein niedrigeres Potentialwachstum sowie „säkulare Stagnation“ (eine persistente Investitionslücke relativ zu den Ersparnissen) Risiken darstellen. Für den Euroraum stellen laut IWF anhaltend niedrige Inflation oder gar Deflation Risiken in Bezug auf Wachstum und Schuldennachhaltigkeit dar.

Nach einem Wachstumseinbruch im ersten Quartal 2014 legte das BIP in den USA im zweiten Quartal wieder mit 1,2% gegenüber dem Vorquartal zu, was v.a. an den Bruttoanlageinvestitionen lag. Geringere Wachstumsbeiträge lieferten die privaten Konsumausgaben gefolgt von den öffentlichen Konsumausgaben und Bruttoinvestitionen. Hingegen war der Wachstumsbeitrag der Nettoexporte wieder negativ, obwohl das Exportwachstum nach oben revidiert wurde. Für das dritte und vierte Quartal 2014 erwartet Consensus Economics weiterhin robuste Wachstumsraten. Diese Entwicklung soll u.a. von den Unternehmensinvestitionen getragen werden. Kurzfristindikatoren, wie z.B. der ISM-Manufacturing Index, unterstützen diese Einschätzung, zumal sie wirtschaftliche Expansion signalisieren. Daneben spielen die privaten Konsumausgaben für das BIP-Wachstum eine wesentliche Rolle, welche sich ebenfalls - u.a. aufgrund einer besseren Arbeitsmarktlage - gut entwickeln werden. Die Arbeitslosenquote ging im September 2014 zum ersten Mal seit 6 Jahren unter die 6%-Marke zurück. Auch die Beschäftigung stieg im gleichen Zeitraum um 248.000 an, wobei jedoch v.a. im Niedriglohnsektor Arbeitsplätze geschaffen wurden. Der IWF schätzt für 2014 ein stabiles BIP-Wachstum von 2,2%.

Für UK erwartet Consensus Economics für das zweite Halbjahr 2014 etwas niedrigere Wachstumsraten als die 0,8% im zweiten Quartal 2014. Besonders die Konsumausgaben zeichneten für das Wachstum in Q2/2014 verantwortlich. Das derzeit hohe Konsumentenvertrauen ist auch eine Folge der guten Arbeitsmarktentwicklung. In den drei Monaten bis Juli ging die Arbeitslosenquote auf 6,2% zurück, das ist der niedrigste Wert seit Herbst 2008. Jedoch erwartet die EZB geringere Lohnsteigerungen, welche den privaten Konsum und damit auch das BIP-Wachstum etwas dämpfen werden. Für das Gesamtjahr 2014 erwartet die rezente Prognose des IWF ein robustes Wachstum von knapp über 3%.

Japan verzeichnete im ersten Halbjahr 2014 eine sehr volatile BIP-Entwicklung, welche auf die im April 2014 erfolgte Mehrwertsteuererhöhung (von 5% auf 8%) zurückzuführen war. Dadurch wurden Kaufentscheidungen der Konsumenten vorgezogen und das BIP im ersten Quartal nach oben verzerrt. Die Konsumausgaben lieferten in dieser Periode den höchsten Wachstumsbeitrag, gefolgt von den Bruttoanlageinvestitionen, während Nettoexporte und öffentliche Konsumausgaben negativ zum Wachstum beitrugen. Im zweiten Quartal brach das BIP-Wachstum dann mit -1,8% (gegenüber dem Vorquartal) ein, wobei der Rückgang der privaten Konsumausgaben stärker ausfiel als bei der letzten Erhöhung der Mehrwertsteuer 1997. Nach diesem temporären BIP-Einbruch geht Consensus im dritten Quartal 2014 wieder von einem positiven BIP-Wachstum aus. Dabei dürften v.a. die Exporte aufgrund einer besseren Auslandsnachfrage und einer Yen-Abwertung, welche japanische Produkte im Ausland verbilligt, wieder anziehen. Für das Gesamtjahr 2014 sowie das Jahr 2015 erwartet der IWF ein BIP-Wachstum von jeweils knapp unter 1%.

In China konnte die Quartalswachstumsrate auf 2,0% im zweiten Quartal 2014 zulegen, wobei die Wachstumsbeiträge der Investitionen und der Konsumausgaben wieder etwas ausgeglichener waren. Dies ist u.a. der Abschwächung des starken Preisanstiegs auf dem Immobiliensektor geschuldet. Diese Verlangsamung zeigte sich auch im Volumen der Neukreditvergabe, welches sich auf dem niedrigsten Niveau seit der Finanzkrise befindet. Die aktuelle Prognose für Chinas Wirtschaft der Bank of Finland (BoF) geht für 2014 und 2015 von einer BIP-Wachstumsrate von 7% aus – pessimistischer als etwa der IWF, welcher für 2014

noch eine Wachstumsrate von 7,4% erwartet. Die BoF begründet ihre Projektionen damit, dass der hohe Ressourcenverbrauch und eine alternde Bevölkerung sowie die hohe Verschuldung des Staates das langfristige Wachstumspotential reduzieren. 2016 wird sich das Wachstum daher weiter abschwächen und bei 6% liegen.

EU-Mitgliedstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa: OeNB-BOFIT-Prognose für ausgewählte CESEE-Länder[3]

Moderates aber stabiles Wachstum vor dem Hintergrund deutlich gestiegener externer Risiken

Die Konjunktur in der CESEE-6-Region[4] wird – wie bereits in der Frühjahrsprognose vorhergesagt – im Jahr 2014 an Fahrt gewinnen, nachdem die Wachstumsrate in den beiden vorangegangenen Jahren bei rund 1% gelegen war. Das moderate Wachstum von 2,5% (unverändert gegenüber der letzten Prognose) wird vor allem durch ein Anziehen der 2012–13 noch eher schwachen Binnennachfrage getragen. Das Wirtschaftswachstum wird somit ausgewogener. Als einziges der CESEE-6-Länder wird Kroatien auch 2014 in der Rezession verharren; für Rumänien wird eine Verlangsamung des BIP-Wachstums erwartet. Alle anderen Länder der Region verzeichneten 2014 eine deutliche Konjunkturaufhellung. In dieser Prognose wird davon ausgegangen, dass der Ukraine-Russland-Konflikt weder eskaliert noch beigelegt wird. Vor diesem Hintergrund sollte sich die Entwicklung der inländischen Wachstumstreiber in den CESEE-6-Ländern im Prognosezeitraum – allerdings in einem etwas geringeren Ausmaß als ursprünglich angenommen – verfestigen. Somit wird das BIP-Wachstum von 2,5% bzw. 2,7% im Jahr 2015 bzw. 2016 (diese Zahlen beinhalten eine Abwärtsrevision von jeweils einem halben Prozentpunkt) von einem zunehmend positiven Beitrag der Binnennachfrage profitieren. Der Beitrag der Nettoausfuhren wird sich in allen Ländern mit Ausnahme Kroatiens trotz einer Erholung des Export- und Importwachstums – das sich im Prognosezeitraum allerdings wieder etwas abschwächen wird – verringern und leicht ins Negative kehren. Die Importnachfrage wird somit etwas zurückgehen: von 6,4% im Jahr 2014 auf 5,6% bzw. 6,0% im Jahr 2015 bzw. 2016.

Die vorliegende Prognose basiert auf der Annahme, dass der Status quo in Bezug auf die Wirtschaftssanktionen gegen Russland bzw. die von Russland verhängten Sanktionen aufrecht bleiben und der Konflikt in der Ostukraine nicht weiter eskaliert. Eine Eskalation des Konflikts – in wirtschaftlicher oder militärischer Hinsicht – stellt ein beträchtliches Abwärtsrisiko für die Prognose dar.

Die zwei größten Abwärtsrisiken im Hinblick auf die Prognose für die CESEE-6-Länder bestehen einerseits in einer Verschärfung der Wirtschaftssanktionen gegen bzw. durch Russland und andererseits in einer hinter den Erwartungen zurückbleibenden Konjunkturentwicklung im Euroraum. Da Russland der wichtigste Energielieferant für die Region ist, stellt eine Beschränkung der Einfuhren aus Russland ein hohes Abwärtsrisiko dar. Die meisten CESEE-6-Länder sind stark von Gasimporten aus Russland abhängig und verfügen kaum über Alternativen, insbesondere nicht auf kurze Sicht. Weitere indirekte Risiken ergeben sich aus einer Abnahme des Vertrauens der Anleger in die Region oder sich weltweit ausbreitenden

[3] Autorin: Julia Wörz (Abteilung für die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland)

[4] CESEE-6: Bulgarien, Kroatien, die Tschechische Republik, Ungarn, Polen, Rumänien, d.h. jene CESEE EU-Länder, die den Euro noch nicht eingeführt haben.

Auswirkungen der Krise, die sich in einer Verschlechterung des Wirtschaftsklimas im Euroraum und somit einer Auslandsnachfrage, die geringer ausfällt als in dem vorliegenden Baseline-Szenario angenommen, niederschlagen. Das Risiko aus einer nachlassenden Nachfrage aus Russland hält sich hingegen eher in Grenzen. Die direkten Handelsverflechtungen mit Russland stellen im Allgemeinen kein Problem dar; der Anteil Russlands an den Gesamtausfuhren der CESEE-6-Länder bewegt sich in einer Größenordnung zwischen 0,6% (Kroatien) und 3% (Tschechische Republik) des BIP. Die Palette der Produkte, für die Russland ein Einfuhrverbot verhängt hat, ist insgesamt klein. Am stärksten betroffen hiervon ist Polen (im Ausmaß von 0,6% der Gesamtausfuhren).

Tabelle 1: BIP-Wachstumsprognosen, 2014-2016

Jahreswachstum in %

		Prognosen					
	Eurostat	OeNB			IWF		
	2013	2014	2015	2016	2014	2015	2016
CESEE-6	**1.2**	**2.5**	**2.5**	**2.7**	**2.6**	**2.6**	**2.9**
Bulgarien	0.7	1.6	2.2	3.1	1.4	2.0	3.0
Kroatien	-0.7	-0.8	0.2	1.0	-0.8	0.5	2.0
Tschechische Rep.	-0.9	2.5	2.6	2.6	2.5	2.5	2.1
Ungarn	1.2	3.4	2.2	1.9	2.8	2.3	1.8
Polen	1.6	3.1	3.0	3.2	3.2	3.3	3.6
Rumänien	3.3	1.9	2.4	2.7	2.9	2.5	3.5

Anmerkung: Daten für 2013 sind saisonbereinigt.

Quellen: OeNB-Prognose Oktober 2014, IMF World Economic Outlook Oktober 2014, Eurostat.

Die anhaltende Konjunkturschwäche im Euroraum stellt ein weiteres beträchtliches Abwärtsrisiko dar. Sie könnte über die geringere Auslandsnachfrage negative Folgen für die CESEE-6 haben. Die derzeitige Eintrübung der Konjunkturaussichten für den Euroraum impliziert eine relativ hohe Eintrittswahrscheinlichkeit für dieses Risiko. Aktuelle weiche und harte Wirtschaftsindikatoren lassen vermuten, dass die Annahme betreffend das BIP-Wachstum im Euroraum, welche dieser Prognose zugrundeliegt, eher unter den Erwartungen bleiben wird. Dies wird auch von der jüngsten IWF-Prognose bestätigt. Die jüngsten geldpolitischen Maßnahmen der EZB könnten dem jedoch andererseits wieder entgegenwirken.

Die Risiken aus den die Region betreffenden Ergebnissen des Asset Quality Review (AQR) und der Stresstests der EZB werden als relativ ausgewogen eingeschätzt.

Wachstum stabiler und ausgewogener

Das BIP der CESEE-6 wuchs in der ersten Jahreshälfte 2014 um 2,8% im Jahresabstand. Gestützt wurde diese Entwicklung in den jeweiligen Ländern von einem eher akkommodierenden geldpolitischen Kurs. Angesichts eines kaum vorhandenen bzw. niedrigen Inflationsdrucks blieb die Geldpolitik – vor allem in Ungarn und Rumänien – locker; gleichzeitig wurden keine zusätzlichen Konsolidierungsmaßnahmen ergriffen. Die Binnennachfrage gewann dementsprechend Anfang 2014 an Fahrt, was bereits in der letzten Prognose vorhergesagt wurde. Auch das Exportwachstum zog in den CESEE-6-Ländern mit Ausnahme Bulgariens im Vergleich zur ersten Jahreshälfte 2013 deutlich an. Anhand der jüngsten Daten zeichnet sich allerdings ein uneinheitlicheres Bild ab. Im zweiten Quartal ließ die Wachstumsdynamik in den meisten Ländern gegenüber dem ersten Quartal allgemein etwas

nach; die aktuellen Vorlaufindikatoren deuten darauf hin, dass die Konjunktur im zweiten Halbjahr schwächer ausfallen wird, wodurch die Wachstumsrate für das Gesamtjahr für die CESEE-6 bei 2,5% liegen wird.

Die Wirtschaftspolitik in den CESEE-6-Ländern dürfte für den Rest des Jahres 2014 und auch im Jahr 2015 weiter die Konjunktur stützen. In der Tschechischen Republik ist unter der neuen Regierung eine leichte Lockerung des haushaltspolitischen Kurses zu erwarten. Das Konjunkturprogramm der Notenbank sorgt in Ungarn für einen besseren Zugang zu Finanzierungen für Klein- und Mittelbetriebe und fördert somit weiterhin die Bruttoanlageinvestitionen. In Rumänien wurden im Vorfeld der noch dieses Jahr stattfindenden Präsidentschaftswahlen die Sozialversicherungsbeiträge gesenkt und die Gaspreisliberalisierung verschoben. Auch in Polen sind das Anheben von Sozialleistungen und das verlangsamte Tempo bei der Haushaltskonsolidierung 2015 vor dem Hintergrund der Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahr 2015 zu sehen. Weniger eindeutig ist die Lage in Bulgarien; infolge der Bankenkrise im Juni bestehen Unsicherheiten hinsichtlich eines möglichen zusätzlichen Konsolidierungsbedarfs. In Kroatien hingegen stehen noch weitere Konsolidierungsmaßnahmen an, umdie Bedingungen im Rahmen des Verfahrens bei einem übermäßigen Defizit zu erfüllen. Im Lichte der strikten Zusagen hinsichtlich der Erfüllung der haushaltspolitischen Ziele der EU ist allerdings in der gesamten Region keine spürbare fiskalpolitische Lockerung zu erwarten; der von den öffentlichen Ausgaben ausgehende Wachstumsimpuls wird in einer Bandbreite zwischen 0 und 0,3 Prozentpunkten bleiben (und sich in Kroatien wieder ins Negative kehren).

Das Wirtschaftswachstum wird in den letzten Monaten des Jahres 2014 und im Jahr 2015 in den CESEE-6-Ländern – mit Ausnahme Kroatiens – zunehmend von der kräftigeren Binnennachfrage und der stabilen Auslandsnachfrage getragen. Der private Konsum wird 2014 und 2015 in allen Ländern – wieder mit Ausnahme Kroatiens – deutlich anziehen. Gestützt wird diese Entwicklung von einem Anstieg der verfügbaren Einkommen in einem Umfeld niedriger Inflationsraten, wozu auch wirtschaftspolitische Maßnahmen wie das Anheben des Mindestlohns (in Bulgarien, der Tschechischen Republik und Rumänien) und andere Maßnahmen zur Stärkung der Kaufkraft (z.B. Indexierung von Pensionszahlungen über der Inflationsrate in Rumänien und ein Senken administrierter Preise in Ungarn) beitragen. In Rumänien und Ungarn sind 2014 und 2015 mit der Nutzung großer Produktionskapazitäten auch angebotseitige Stimuli zu vezeichnen.

Die Entwicklung der Bruttoanlageinvestitionen wird in den meisten Ländern von Auszahlungen aus dem mehrjährigen EU-Finanzrahmen 2007–2013 und jenem für 2014–2020 profitieren. Noch bis Ende 2015 können Auszahlungen aus erstgenanntem Finanzrahmen abgerufen werden, während die Gelder aus zweiterem Budget bereits jetzt zur Verfügung stehen. Bei der Ausnutzung von EU-Geldern war generell eine Verbesserung zu beobachten. In Kroatien dürfte sich erst 2016 ein positiver Netto-Effekt aus EU-Kofinanzierungen ergeben. Der kräftige Anstieg der Bruttoanlageinvestitionen in Polen im ersten Halbjahr 2014 ist in erster Linie auf die guten Witterungsbedingungen und vorgezogene Autokäufe aufgrund steuerlicher Änderungen zurückzuführen.

Die Binnennachfrage sollte sich 2016 stabilisieren. In Ungarn wird der Wegfall politischer Maßnahmen zur Stützung des privaten Verbrauchs eine dämpfende Wirkung auf die inländischen Wachstumstreiber ausüben, darüber hinaus werden auch die zusätzlichen Wachstumseffekte aufgrund der jüngst erhöhten Produktionskapazitäten wieder abklingen. In den restlichen CESEE-6-Ländern wird der Wachstumsbeitrag der Inlandsnachfrage weiter zulegen. Es wird in

der gesamten Region zu einer ausgewogeneren Verteilung der Wachstumsbeiträge kommen. Die Binnennachfrage wird sich auch in Kroatien erstmals seit 2009 leicht erholen.

Die Auslandsnachfrage wird im Einklang mit den dieser Prognose zugrunde liegenden externen Annahmen zum Wachstum im Euroraum im Lauf des Prognosezeitraums stabil bleiben. Das Exportwachstum wird in allen CESEE-6-Ländern im Vergleich zur ersten Jahreshälfte 2014 nachgeben. Diese Entwicklung geht mit einer Eintrübung des internationalen Wirtschaftsklimas (insbesondere im Euroraum) Hand in Hand und ist auch im Lichte der Wirtschaftssanktionen gegen Russland und der von Russland seit der letzten Prognose ergriffenen Sanktionen zu sehen. Während die direkten Effekte der Sanktionen auf die Auslandsnachfrage vernachlässigbar sind, kommt es in allen Ländern über eine Verschlechterung der konjunkturellen Einschätzung zu indirekten Effekten. Mit 5,8% im Jahr 2014 und 5,3% im Jahr 2015 bleibt das Exportwachstum eine wichtige Wachstumsstütze.

Das Importwachstum entwickelt sich der länderspezifischen Nachfrageentwicklung entsprechend im zweiten Halbjahr 2014 heterogen. Im Vergleich zu 2013 werden die Einfuhren 2014 allerdings deutlich anziehen. Das Jahreswachstum wird von 2,4% im Jahr 2013 auf 6,4% zulegen, wobei gegenüber der ersten Jahreshälfte 2014 ein geringes Nachlassen der Dynamik zu beobachten sein wird. 2015 wird das Importwachstum in allen Ländern – außer Bulgarien und Rumänien, wo Basiseffekte eine wichtige Rolle spielen –sinken und 5,6% für die gesamte Region betragen. Ungeachtet dieses Rückgangs wird der Wachstumsbeitrag der Nettoexporte 2015 geringfügig negativ ausfallen; dies gilt allerdings nicht für Kroatien, wo die Auslandsnachfrage weiterhin den einzigen positiven Beitrag zum BIP-Wachstum leisten wird.

Das Importwachstum wird sich 2016 im Einklang mit der vorhergesagten kräftigen Inlandsnachfrage leicht beschleunigen (auf 6,0%). Im selben Zeitraum wird das Exportwachstum bei 5,3% und der Beitrag der Nettoexporte in allen Ländern außer Kroatien geringfügig negativ bleiben.

Im Vergleich zur Aprilprognose resultierte die Einführung von Wirtschaftssanktionen im Zusammenhang mit der Russland-Ukraine Konflikt, die dadurch erhöhte Unsicherheit und die jüngste Eintrübung der Vertrauensindikatoren in einer Abwärtsrevision für die Jahre 2015 und 2016 von jeweils rund einem halben Prozentpunkt. Die für die CESEE-6-Region unveränderte Wachstumsrate von 2,5% für 2014 verdeckt unterschiedliche Entwicklungen der einzelnen Länder. Einem stärker als erwarteten, politik-induziertem Aufschwung in Ungarn stehen hier Abwärtsrevisionen für Bulgarien, Kroatien und Rumänien (jeweils aus länderspezifischen Gründen) gegenüber. Die Wachstumsprognosen für Polen und die tschechische Republik blieben unverändert für 2014.

Österreichs Wirtschaft wächst 2014 nur um 0,8%[5]

Umstellung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erhöht BIP um 9,5 Mrd EUR und Schuldenquote um knapp 7 Prozentpunkte

Statistik Austria hat Ende September erstmals Daten nach dem revidierten ESVG 2010 (Europäisches System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) für den Zeitraum 1995 bis 2013 vorgelegt. Die wesentlichste Neuerung gegenüber dem bisher gültigen ESVG 1995 ist die *Erweiterung des Investitionsbegriffs*. Quantitativ am bedeutsamsten sind dabei die Ausgaben für Forschung und Entwicklung, die nun als geistiges Eigentum den Bruttoanlageinvestitionen zugerechnet werden und das BIP deshalb erhöhen. Die Behandlung von militärischen Waffensystemen als Anlagegüter ist ebenfalls neu, hat aber in Österreich nur geringfügige Auswirkungen auf die Aggregate der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
BIP, nominell (Mrd. EUR)									
ESVG 2010	253.0	266.5	282.4	291.9	286.2	294.2	308.7	317.2	322.6
ESVG 1995	245.2	259.0	274.0	282.7	276.2	285.2	299.2	307.0	313.3
Differenz in %	3.2	2.9	3.0	3.2	3.6	3.2	3.2	3.3	3.0
BIP, nominell, Veränderung zum Vorjahr in %									
ESVG 2010	+4.8	+5.3	+6.0	+3.4	−2.0	+2.8	+4.9	+2.8	+1.7
ESVG 1995	+4.5	+5.6	+5.8	+3.2	−2.3	+3.2	+4.9	+2.6	+2.0
Differenz in %-Punkten	+0.3	−0.3	+0.2	+0.2	+0.3	−0.4	−0.0	+0.2	−0.3
BIP, real, Veränderung zum Vorjahr in %									
ESVG 2010	+2.1	+3.4	+3.6	+1.5	−3.8	+1.9	+3.1	+0.9	+0.2
ESVG 1995	+2.4	+3.7	+3.7	+1.4	−3.8	+1.8	+2.8	+0.9	+0.3
Differenz in %-Punkten	−0.3	−0.3	−0.1	+0.1	+0.0	+0.1	+0.3	+0.0	−0.1

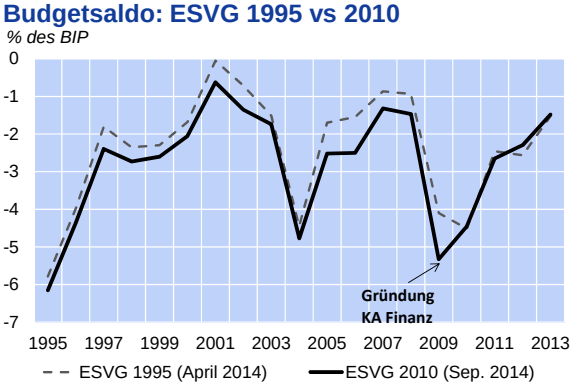
Quelle: Statistik Austria.

Die Abgrenzung von Wirtschaftseinheiten nach Marktproduzenten und Nicht-Marktproduzenten – und davon abgeleitet die Zugehörigkeit zum privaten oder staatlichen Sektor – wurde ebenfalls neu definiert. Eine Reihe von Einheiten (Krankenhäuser, Verkehrsunternehmen) erfüllten die neuen Kriterien für Marktproduzenten nicht mehr und wurden deshalb zum Sektor Staat umgebucht. Diese Änderung bewirkte ebenfalls eine deutliche Erhöhung des BIP, da der Produktionswert dieser Einheiten nun nach deren Produktionskosten gemessen wird. Einige kleinere Änderungen durch den Übergang vom ESVG 1995 auf das ESVG 2010 wirkten sich weniger stark aus und waren aufgrund unterschiedlicher Vorzeichen zum Teil auch gegenläufig. Neben den systembedingten Änderungen gab es auch statistische Revisionen aufgrund der Integration neuer Datenquellen oder methodischer Verbesserungen. Die Wachstumsraten veränderten sich im gesamten Revisionszeitraum nur geringfügig, das durchschnittliche jährliche Wirtschaftswachstum 1995 bis 2013 blieb mit real +1,9% unverändert. Für das Jahr 2013 erhöhte sich das BIP-Niveau insgesamt um 9,5 Mrd EUR bzw. 3%. Die neuen ESVG-Konzepte schlugen sich mit einer Erhöhung um 12,1 Mrd EUR nieder, die statistischen und methodischen Revisionen senkten das BIP um 2,6 Mrd EUR.

[5] Autoren: Friedrich Fritzer, Lukas Reiss, Martin Schneider (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).

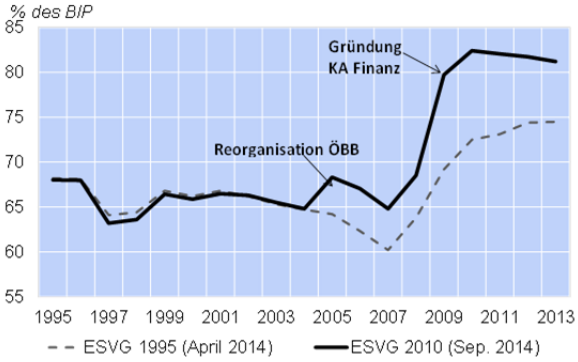
Die Umstellung auf ESVG 2010 hat auch gravierende Auswirkungen auf die Fiskalstatistik. Durch die Reklassifikation verschiedener staatsnaher Unternehmen in den Sektor Staat ist die Schuldenquote nun höher (trotz der Aufwärtsrevision des BIP); der größte schuldenstanderhöhende Effekt geht von der Reklassifikation der ÖBB-Infrastruktur (ab 2005) sowie der „Bad Bank" KA Finanz (ab 2009) aus. Auch die Auswirkungen auf den Verlauf von Budgetsaldo und Schuldenstand über die Zeit sind relativ stark. Insbesondere in den Jahren 2005 und 2009 ergeben sich große Unterschiede.

Budgetsaldo: ESVG 1995 vs 2010



Quelle: Statistik Austria.

Staatsschuld: ESVG 1995 vs 2010



Quelle: Statistik Austria.

Zudem führen diese Reklassifikationen – gemeinsam mit der Erfassung von Forschungsausgaben als Investitionen und der Abwärtsrevision der unterstellten Dienstgeberbeiträge des Staates für seine Beamten – zu einer signifikanten Veränderung der Ausgabenstruktur des Staates.

Effekte von ESVG 2010 am Beispiel 2013

	ESVG 1995	ESVG 2010	ESVG 1995	ESVG 2010
	Mrd EUR		% des BIP	
Finanzierungssaldo (EDP)	-4,8	-4,8	-1,5	-1,5
Schuldenstand (EDP)	233,3	262,0	74,5	81,2
Abgaben (inkl. EU)	142,1	139,9	45,4	43,4
Bruttoinlandsprodukt	313,2	322,6		
Subventionen u. Vermögenstransfers	19,4	8,8	3,4	1,4
Bruttoinvestitionen	3,2	9,5	1,0	3,0

Quelle: Statistik Austria.

Kategorien, die unter ESVG 1995 vor allem Zuschüsse an die ÖBB und die Krankenanstalten enthielten, gehen stark zurück. Dies sind Vermögenstransfers, Subventionen und (von Marktproduzenten bezogene) soziale Sachleistungen. Gleichzeitig sind die Ausgaben für Arbeitnehmerentgelt, Vorleistungen, Investitionen und Zinsen sowie die Einnahmen aus Produktionserlösen weitaus höher als zuvor.

Wachstumsaussichten trüben sich ein: WIFO und IHS revidieren Prognose deutlich nach unten

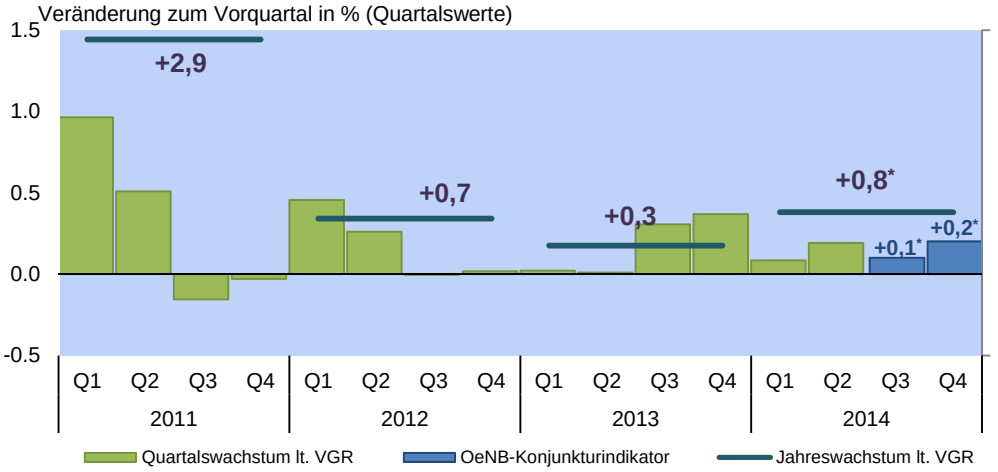
Sowohl WIFO als auch IHS revidieren ihre Wachstumsprognosen deutlich nach unten. Beide Institute erwarten nunmehr für 2014 ein Wachstum von 0,8%. Im Vergleich zum Juni nahm das WIFO die Wachstumsprognose um 0,6, das IHS um 0,7 Prozentpunkte zurück. Die erwartete schwache Konjunkturentwicklung in der zweiten Jahreshälfte 2014 bedingt auch eine Abwärtsrevision für 2015. Die WIFO-Prognose für 2015 ist dabei mit +1,2% (Juni: +1,7%) pessimistischer als die IHS-Prognose mit +1,6% (Juni: +1,9%). Die Prognosen decken sich weitgehend mit der OeNB-Einschätzung. Im OeNB-Konjunkturindikator vom Oktober wurden die Wachstumserwartungen für 2014 auf +0,8% zurückgenommen, bereits im August 2914 hat die OeNB in einer Zwischenrevision die Prognoseaussichten für 2014 auf unter 1% nach unten revidiert.

Die angesichts schwacher Euroraumkonjunktur und geopolitischer Spannungen anhaltende Unsicherheit spiegelt sich auch in der Einschätzung der nachfrageseitigen BIP-Komponenten wider. Beide Institute haben die Wachstumsaussichten für den privaten Konsum leicht abwärts revidiert, jene für die Investitionen und die Exporte hingegen stark nach unten korrigiert. Die Arbeitslosenquote nach Eurostat-Definition verharrt heuer gemäß beiden Instituten bei 5%. Für 2015 prognostiziert das WIFO einen Anstieg auf 5,2%, das IHS geht von einer stabilen Arbeitslosenquote aus. Die nationale Arbeitslosenquote steigt heuer laut WIFO auf 8,4% und 2015 auf 8,8%, das IHS erwartet für beide Jahre 8,3%.

OeNB-Konjunkturindikator: Kein Konjunkturaufschwung in Sicht

Angesichts hoher außenwirtschaftlicher Unsicherheiten und fehlender Impulse von der Inlandsnachfrage kommt die Konjunktur in Österreich auch in der zweiten Jahreshälfte 2014 nicht in Schwung. Gemäß den Ergebnissen des OeNB-Konjunkturindikators wird die österreichische Wirtschaft im dritten und vierten Quartal 2014 um +0,1% bzw. +0,2% gegenüber dem Vorquartal wachsen.

Prognose für das reale Bruttoinlandsprodukt in Österreich für das dritte und vierte Quartal 2014 (saison- und arbeitstägig bereinigt)



*) Prognosewerte

Quelle: OeNB-Konjunkturindikator vom August 2014, Eurostat.

Im Vergleich zur OeNB-Prognose vom Juni 2014 kommt es damit zu einer Abwärtsrevision der Wachstumsaussichten für das Gesamtjahr 2014 von +1,6% auf nur mehr +0,8%. Der geänderte Wachstumsverlauf im Jahr 2014 wirkt sich über den statistischen Überhang auch negativ auf die Wachstumserwartungen für 2015 aus. Rein mechanisch ergibt sich eine Revision der BIP-Prognose für 2015 von +1,9% auf rund +1¼%.

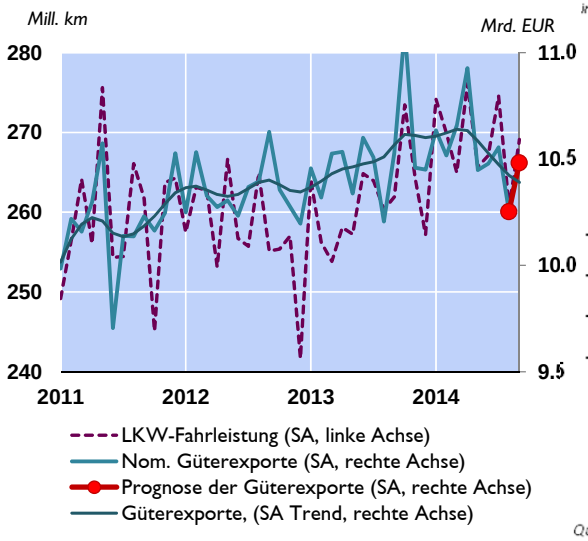
Österreichs Güterexporte im dritten Quartal 2014 rückläufig

Im Juli stiegen die nominellen Güterexporte laut aktuellen Zahlen von Statistik Austria um 0,3% gegenüber dem Vorjahresmonat. In den ersten sieben Monaten des Jahres 2014 nahmen die Güterexporte damit kumuliert um 1,2% zu. Aufgrund der schwachen Konjunktur in Europa stiegen die Exporte in die Europäische Union in diesem Zeitraum um 1,6%. Noch schwächer entwickelten sich jedoch die Ausfuhren in Drittländer (+0,3%). Dazu haben nicht zuletzt die bekannten Schwierigkeiten der russischen Wirtschaft beigetragen. Im ersten Halbjahr sind die Exporte nach Russland um 12% zurückgegangen. Der Exportanteil Russlands ist inzwischen von

3% Mitte 2013 auf knapp unter 2½% gesunken. Der Ausblick für Österreichs Exportwirtschaft für den weiteren Jahresverlauf ist sehr verhalten.

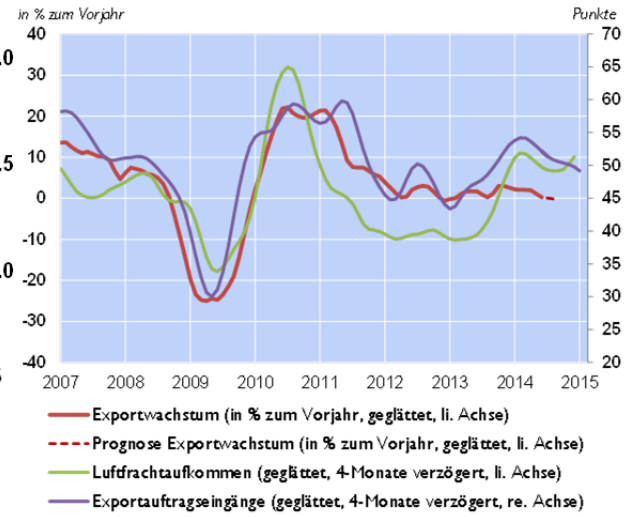
Der auf LKW-Fahrleistungsdaten der ASFINAG basierende OeNB-Exportindikator signalisiert für den August einen Rückgang der nominellen Güterexporte um 3,4% und für den September ein Wachstum von 2,2%. Das volatile Muster ist auf Arbeitstageffekte zurückzuführen; im August 2014 gab es einen Arbeitstag weniger als im Vorjahresmonat, im September um einen mehr. Damit ergibt sich für das dritte Quartal ein geringfügiger Rückgang der Güterexporte im Vorjahresabstand (-0,1%). Enttäuschend ist aber insbesondere die Dynamik der Güterexporte in den vergangenen fünf Monaten. Saisonbereinigt und geglättet gehen die Güterexporte seit Mai 2014 zurück. Im Vergleich zum zweiten Quartal sind die Güterexporte im dritten Quartal saisonbereinigt um 1,8% gesunken. Die verfügbaren Vorlaufindikatoren wie Exportaufträge und Luftfrachtvolumina lassen derzeit kein Anspringen der Exportkonjunktur erwarten.

LKW-Fahrleistung und Güterexporte
(saison- und arbeitstägig bereinigt)



Quelle: ASFINAG, OeNB

Vorlaufindikatoren für den Außenhandel

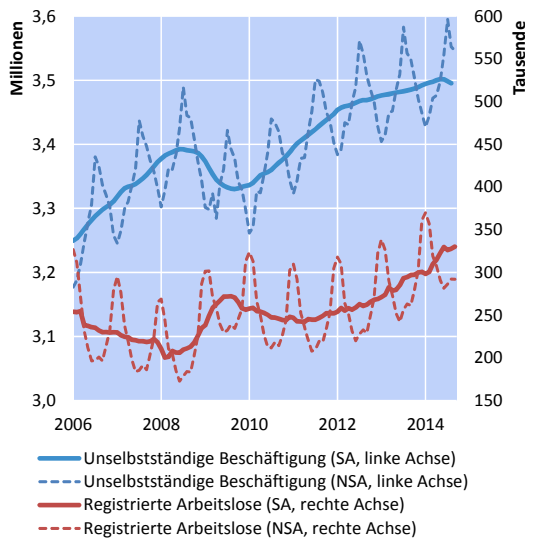


Quelle: Statistik Austria, ASFINAG, OeNB.

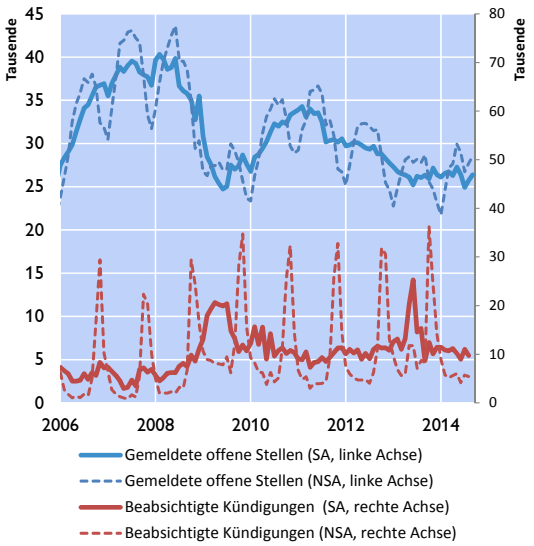
Arbeitsmarkt: Ende des gleichzeitigen Anstiegs von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Die Dynamik am österreichischen Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Monaten sowohl die Entwicklung der Beschäftigung als auch die Arbeitslosigkeit betreffend abgekühlt. Die Beschäftigung verzeichnet im Jahresabstand zwar noch positive Wachstumsraten (+0,4% im September). Ein Blick auf die saisonbereinigten Zahlen zeigt jedoch, dass die Beschäftigung seit ihrem Höhepunkt im Mai wieder leicht sinkt. Der Anstieg der Anzahl der Arbeitslosen hat sich ebenfalls verlangsamt und betrug im September 11,8%. Saisonbereinigt stagniert die Anzahl der Arbeitslosen seit Juni auf einem Niveau von rund 330.000 Personen.

Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



Offene Stellen und beabsichtigte Kündigungen gemäß AMS-Frühwarnsystem



Quelle: AMS, HSV; Saisonbereinigung: eigene Berechnungen.

Damit ist die seit 2011 anhaltende Phase des gleichzeitigen Wachstums von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit zum Stillstand gekommen. Dies deutet auf ein nicht mehr weiter wachsendes Arbeitskräfteangebot hin. Für die nächsten Monate signalisieren die sich eintrübenden Konjunkturaussichten und die leicht rückläufige Anzahl der gemeldeten offenen Stellen eine anhaltend geringe Beschäftigungsdynamik. Die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen hängt stark von den zukünftigen Zuströmen auf den Arbeitsmarkt ab.

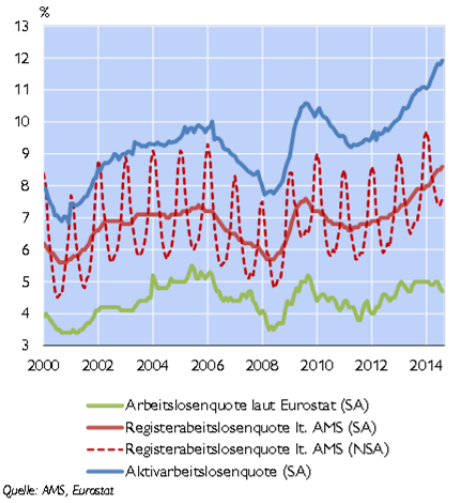
Kennziffern des österreichischen Arbeitsmarktes

	Unselbstständige Beschäftigte		Arbeitslose		Arbeitslosenquote in %			Gemeldete offene Stellen		Beabsichtigte Kündigungen gemäß AMS-Frühwarnsystem	
	in 1.000	zu Vorjahr in 1.000	in 1.000	zu Vorjahr in %	laut AMS (SA)	laut AMS (SA)	laut EU-Konzept	in 1.000	zu Vorjahr in %	in 1.000	zu Vorjahr in %
2011	3.422	+62	246,7	−1,6	6,7	6,7	4,2	32.310	+4,2	119.000	−10,5
2012	3.465	+44	260,6	+5,7	7,0	7,0	4,3	29.422	−8,9	129.407	+8,7
2013	3.483	+18	287,2	+10,2	7,6	7,6	4,9	26.383	−10,3	150.689	+16,4
Q4 13	3.474	+14	314,5	+11,9	8,3	7,9	5,0	24.492	−6,5	75.073	−0,5
Q1 14	3.448	+25	348,6	+9,5	9,2	8,0	5,0	24.495	−0,7	19.809	−10,6
Q2 14	3.505	+23	293,3	+14,7	7,7	8,4	5,0	28.863	+2,6	15.834	−46,1
Q3 14	3.564	+12	290,3	+11,5	7,5	×	×	27.647	−2,0	×	×
Apr. 14	3.476	+24	307,5	+12,6	8,1	8,3	4,9	27.655	−1,6	5.641	−4,0
Mai 14	3.499	+13	290,9	+15,5	7,7	8,4	5,0	29.946	+5,2	6.023	−48,7
Juni 14	3.540	+31	281,6	+16,2	7,4	8,5	5,0	28.987	+4,1	4.170	−64,5
Juli 14	3.595	+12	286,4	+11,6	7,4	8,5	4,8	26.734	−5,2	5.699	−19,5
Aug. 14	3.552	+10	292,3	+11,1	7,6	8,6	4,7	27.690	−0,4	5.435	−37,6
Sep. 14	3.546	+13	292,1	+11,8	7,6	×	×	28.516	−0,5	×	×

Quelle: HSV, AMS, OeNB, Eurostat.

Insgesamt ist aber angesichts des schwachen konjunkturellen Umfelds nicht zu erwarten, dass in den nächsten Monaten das Beschäftigungswachstum stark genug ist, um ein Sinken der Arbeitslosigkeit zu ermöglichen.

Arbeitslosenquoten für Österreich



Quelle: AMS, Eurostat

Im letzten Jahr ist eine deutliche Diskrepanz zwischen der Entwicklung der nationalen Arbeitslosenquoten und der Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition zu beobachten. Während die Register- und die Aktivarbeitslosenquote[6] einen steigenden Trend aufweisen, stagniert die Eurostat-Arbeitslosenquote seit einem Jahr bzw. sinkt in den letzten Monaten sogar leicht. Die unterschiedliche Entwicklung der Arbeitslosenquoten dürfte mit Schwierigkeiten bei der Erfassung ausländischer Arbeitnehmer bei der Eurostatquote zusammenhängen. Da diese nicht auf Administrativdaten, sondern auf Umfragen beruht, werden ausländische Erwerbspersonen nicht adäquat erfasst. Mit 4,7% weist Österreich im August 2014 weiterhin die niedrigste Arbeitslosenquote in der Europäischen Union auf. In Deutschland liegt die Arbeitslosigkeit nur geringfügig höher. Allerdings weisen die beiden Länder eine unterschiedliche Dynamik auf. In Deutschland sank die Arbeitslosenquote nach EU-Definition von 7,5% im Jahr 2008 auf 4,9% im August 2014, in Österreich stieg sie von 3,8% auf 4,7%.

Inflationsrate im heurigen Jahr bisher wenig verändert

Die österreichische HVPI-Inflationsrate hat sich seit Anfang des laufenden Jahres kaum verändert. Im August 2014 betrug die Teuerungsrate 1,5% und lag damit auf demselben Niveau wie im Jänner 2014. Im Juni und Juli war sie zwischenzeitlich auf 1,7% geklettert, was in erster Linie auf die Entwicklung im Dienstleistungs- und im verarbeiteten Nahrungsmittelsektor (inklusive Alkohol und Tabak) zurückzuführen war.

Rund 90% der Gesamtinflation tragen im August Dienstleistungen bei, deren Jahresteuerung sich im Laufe dieses Jahres von 2,6% (im Jänner) auf 3,0% (im August) beschleunigte. Die Teuerungsraten von Restaurant- und Hoteldienstleistungen sind weiterhin überdurchschnittlich, wobei die gute Nachfrageentwicklung im Tourismus dafür ausschlaggebend sein dürfte. Zudem beschleunigte sich die Jahresteuerung bei Mieten (auf 4,2% im August) auf Grund der in den vergangenen Monaten erfolgten Anpassung der Kategorie- und Richtwertmieten sowie der weiterhin sich dynamisch entwickelnden Immobilienpreise. Aber auch administrierte Preise wie zahnmedizinische Dienstleistungen trugen zum Anstieg der Inflation im Dienstleistungssektor bei.

Die Teuerung bei Industriegütern ohne Energie bewegte sich heuer bis Juli meist knapp unterhalb von 0,5%, sank aber im August deutlich auf -0,2%. Dieser Rückgang im jüngsten Monat war vor allem durch Preisrückgänge bei Bekleidung und Schuhen (-1,5%) zurückzuführen, aber auch bei manchen Gebrauchsgütern für Freizeit und Kultur (z. B. Aufzeichnungsmedien) sowie bei kurzlebigen Haushaltsgütern.

[6] Im Gegensatz zur Register-Arbeitslosenquote werden im Zähler nicht die registrierten Arbeitslosen, sondern alle Arbeit Suchenden (inklusive Personen in Schulungsmaßnahmen des AMS) berücksichtigt. In den Nenner geht nicht die Registerbeschäftigung, sondern die Aktivbeschäftigung ein.

Im Nahrungsmittelsektor wurde zwar insgesamt seit Jahresanfang eine rückläufige Teuerungsrate beobachtet, die sich allerdings in den letzten beiden Monaten Juli und Augst wieder leicht beschleunigte. Diese Entwicklung ist in erster Linie auf unverarbeitete Nahrungsmittel (z. B. Obst und Gemüse) zurückzuführen, deren Inflationsrate seit Jahresanfang von 1,8% im Jänner auf -0,3% im Juni zurückging, seither aber wieder auf 0,8% im August anstieg. Die Jahresinflationsrate im Energiesektor blieb im bisherigen Jahresverlauf negativ und lag auf Grund der weiterhin sinkenden Treibstoffpreise zuletzt im August bei -2,3%.

Österreich hat weiterhin eine deutlich höhere Inflationsrate als andere Euroraumländer. So lag im August die HVPI-Inflationsrate im Euroraum bei 0,4% und in Deutschland bei 0,8%. Der Inflationsabstand zu unserem wichtigsten Handelspartner Deutschland betrug im August 0,7 Prozentpunkte und geht hauptsächlich auf die unterschiedliche Preisentwicklung im Dienstleistungssektor zurück. Im August dieses Jahres betrug die Teuerung bei Dienstleistungen in Österreich 3,0% (Juli: 2,8%) und jene in Deutschland 1,4% (ebenso im Juli). Bei Dienstleistungen ist der Abstand zu Deutschland sowohl auf lohnsensitive Branchen (zuletzt vor allem Restaurantdienstleistungen und Hotels sowie Finanzdienstleistungen) als auch auf Sektoren, deren Preissetzung durch öffentliche Stellen wesentlich bestimmt wird (unter anderem Kulturdienstleistungen, Erziehung und Unterricht), zurückzuführen. Die in Österreich höhere Teuerungsrate bei Dienstleistungen dürfte daher sowohl auf den öffentlichen Sektor als auch auf die Lohnentwicklung und nicht zuletzt auf die Entwicklung der Mieten zurückzuführen sein.

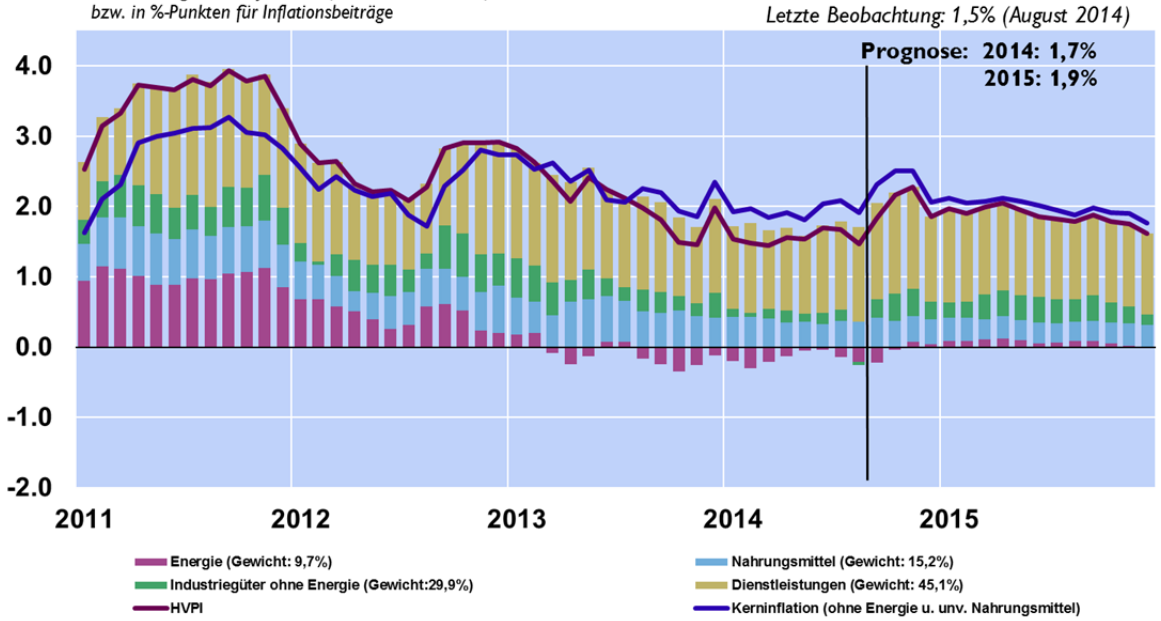
In der Inflationsprognose vom September 2014 erwartet die OeNB für Österreich im Jahr 2014 eine durchschnittliche Inflationsrate von 1,7% sowie einen moderaten Anstieg auf 1,9% im Jahr 2015. Die Kerninflationsrate (ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) wird im Prognosezeitraum über der Gesamtinflationsrate liegen. Die Kerninflationsrate wird im Jahresdurchschnitt 2014 mit 2,1% und 2015 mit 2,0% erwartet.

Der moderate Aufwärtstrend der Inflationsrate von derzeit 1,5% (im August 2014) auf durchschnittlich 1,9% im Jahresdurchschnitt 2015 wird in erster Linie vom Sektor Industriegüter ohne Energie getragen. Die Teuerungsrate in diesem Sektor sollte auf Grund der nach oben gerichteten Importpreise und der verbesserten Konsumnachfrage sowie auf Grund von Basiseffekten im Prognosezeitraum steigen. Im Dienstleistungssektor wird sich die HVPI-Inflation bis 2015 hingegen leicht abschwächen. Ausschlaggebend dafür sind rückläufige Rohölpreise, die sich insbesondere bei Transportdienstleistungen inflationsdämpfend auswirken. Bei Restaurant- und Hoteldienstleistungen hingegen erwarten wir keine Rückbildung der Teuerung, da die positive Nachfrageentwicklung im Tourismussektor weiter anhalten sollte. Bei verarbeiteten Nahrungsmitteln wird für 2015 auf Grund rückläufiger Erzeugerpreise für einige Agrarprodukte eine geringere Jahresteuerung als 2014 prognostiziert, wohingegen die zuletzt stark gesunkenen Teuerungsraten für unverarbeitete Nahrungsmittel bis 2015 wieder auf ein mittelfristiges Niveau ansteigen sollten. Die Effekte des russischen Importembargos für Agrarprodukte auf die österreichischen Verbraucherpreise lassen sich zum derzeitigen Zeitpunkt nicht abschätzen, da diese von der Dauer der Importrestriktionen und den Gegenmaßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene abhängen. Voraussichtlich dürften die direkten Effekte aber gering sein, da die Bedeutung Russlands für die vom Embargo betroffenen österreichischen Produkte relativ gering ist. Betroffen sind sowohl verarbeitete als auch unverarbeitete Nahrungsmittel. Am stärksten betroffen sind laut Bundesanstalt für Agrarwirtschaft die Exporteure von verschiedenen Lebensmittelzubereitungen mit einem russischen Exportanteil

von 8,6%. Bei Milchprodukten liegt der Exportanteil Russlands bei 0,9%, bei Obst und Gemüse bei 0,7%.

Österreichische HVPI-Inflationsrate und Beiträge der Subkomponenten

Veränderung zum Vorjahr in % für HVPI und Kerninflation bzw. in %-Punkten für Inflationsbeiträge



Quelle: OeNB, Statistik Austria.

Der Inflationsbeitrag des öffentlichen Sektors (gemessen an administrierten Preisen und indirekten Steuern) beläuft sich im Jahr 2014 und 2015 auf je 0,4 Prozentpunkte. Das mit März 2014 wirksam gewordene Steuerpaket (insbesondere die Erhöhung der Tabaksteuer, die 2015 in einer zweiten Etappe erhöht wird) steigert die Inflationsrate im Jahr 2014 und 2015 um 0,1 Prozentpunkte. Der Inflationsbeitrag der administrierten Preise (z. B. Gebühren) beläuft sich in den Jahren 2014 und 2015 auf je 0,3 Prozentpunkte.

Kreditinstitute: sinkende Erträge im 1. Halbjahr 2014[7]

Konsolidierte Ertragslage im ersten Halbjahr 2014 deutlich im Minus

Nachdem das konsolidierte Jahresergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen der österreichischen Kreditinstitute im Jahr 2013 mit -1,04 Mrd EUR erstmalig negativ war, fiel auch das entsprechende konsolidierte Periodenergebnis für das 2. Quartal 2014 zum 30. Juni 2014 mit -593,6 Mio EUR negativ aus. Ohne den Verlust der Hypo Alpe Adria ergäbe sich ein positiver Wert in Höhe von 1,08 Mrd EUR.

Im Vergleich zum 2. Quartal 2013 sank das Betriebsergebnis um 42,4% auf 2,9 Mrd EUR. Die wesentlichen Treiber dafür waren der Rückgang des Zinsergebnisses (-2,2%) auf 9,1 Mrd EUR, der Rückgang des Provisionsergebnisses (-3,6%) auf 3,7 Mrd EUR und die Abnahme der sonstigen betrieblichen Erträge (-6,6%) auf 3,0 Mrd EUR. Demgegenüber stand eine starke Zunahme des Handelsergebnisses von 16,7 Mio EUR in der Vergleichsperiode auf aktuell 496,9 Mio EUR und die Abnahme der Verwaltungsaufwendungen (-3,5%) auf 8,2 Mrd EUR. Darüber hinaus war ein Rückgang der Risikovorsorgen im Kreditgeschäft (-19,9%) auf 2,6 Mrd EUR und ein deutlicher Anstieg der Ertragssteuern um 93,3% auf 811,4 Mio EUR zu erkennen.

Anhaltende Wachstumsverlangsamung der Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen[8]

Die um Wechselkurseffekte, Abschreibungen und Reklassifikationen bereinigte Jahresveränderungsrate des Kreditvolumens an nichtfinanzielle Unternehmen in Österreich lag Ende August 2014 bei 0,9 %. Angesichts des extrem hohen Einlagenbestands der nichtfinanziellen Unternehmen (52,0 Mrd EUR), bei historisch niedrigen Einlagenzinssätzen, kann davon ausgegangen werden, dass die Wachstumsverlangsamung der Kredite nach wie vor vorrangig nachfrageseitig begründet ist.

Vergleicht man die Entwicklung bei Unternehmenskrediten mit dem Euroraum-Durchschnitt, so zeigt sich die relativ günstige Situation der heimischen Unternehmen. Die Wachstumsrate der Kredite an Unternehmen in Österreich lag im August 2014 deutlich über dem Durchschnitt des Euroraums (–2,2 %), wobei der Kreditrückgang im Euroraum allerdings vor allem auf die Situation in südeuropäischen Ländern zurückzuführen ist.

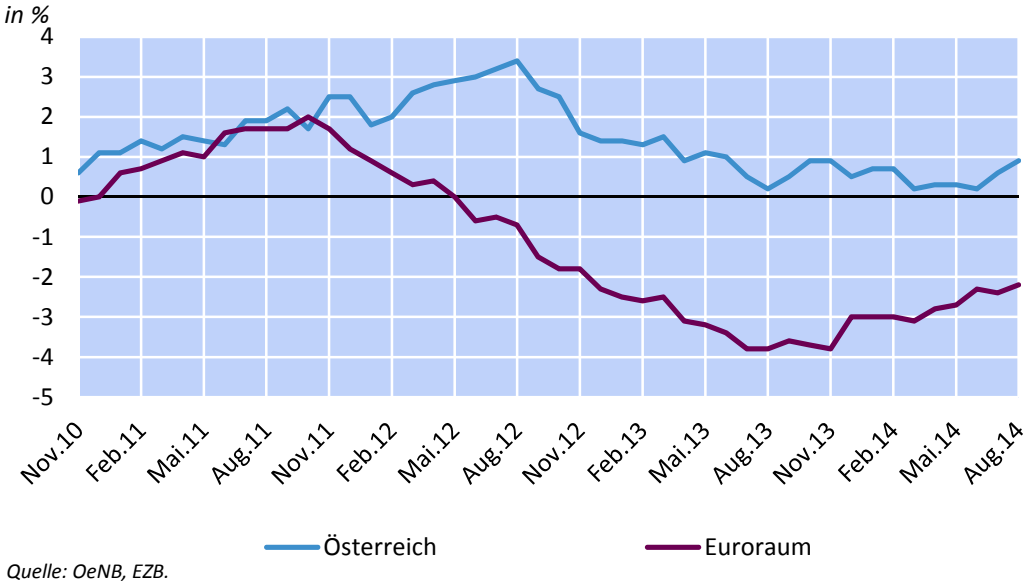
Beim Wachstum der Kredite an private Haushalte ist in Österreich seit März 2013 (+0,2 %) ein Aufwärtstrend festzustellen. Per Ende August 2014 betrug die Zunahme der Kredite 1,6%, während im Durchschnitt des Euroraums im Laufe des Jahres noch keine Erholung des Wachstums erkennbar war (August 2014 -0,4).

---

[7] Autor: Patrick Thienel (Abteilung Statistik – Außenwirtschaft Finanzierungsrechnung und Monetärstatistik)

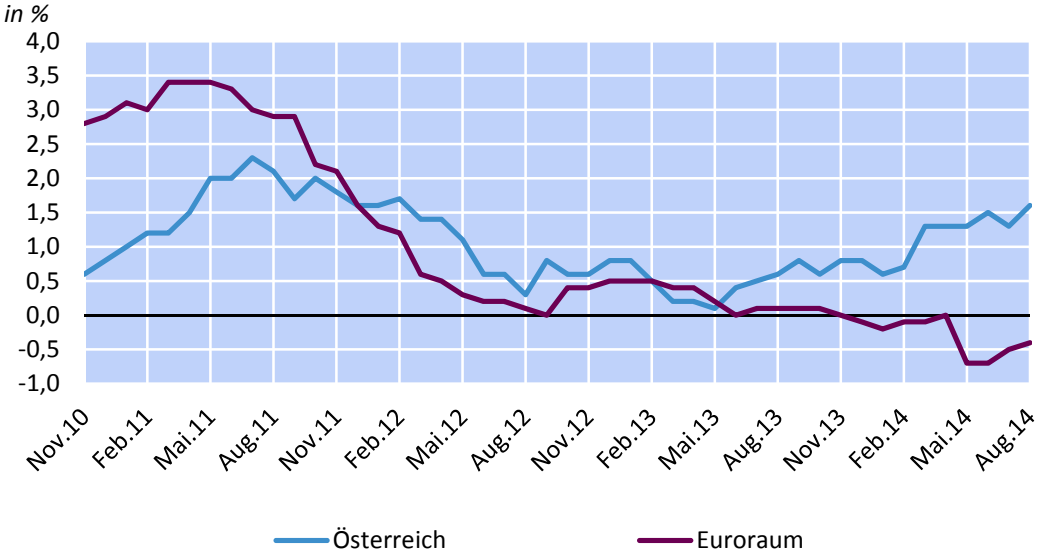
[8] Im Folgenden werden Daten der Monetärstatistik benützt, da die Standveränderungen um nichttransaktionsbedingte Veränderungen bereinigt werden können.

Jahreswachstum Kredite an Unternehmen



Quelle: OeNB, EZB.

Jahreswachstum Kredite an private Haushalte



Quelle: OeNB, EZB.

Leichte Erhöhung des Einlagenwachstums trotz weiter sinkender Zinssätze

Trotz weiter sinkender Einlagenzinssätze erhöhte sich das aushaftende Einlagenvolumen im August 2014, verglichen mit dem Vorjahr um 0,7 %, auf 301,2 Mrd EUR. Dabei stehen kräftige Zuwächse bei Einlagen der sonstigen Finanzintermediäre, Versicherungen, Pensionskassen, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungsträgern negativen Wachstums-raten bei

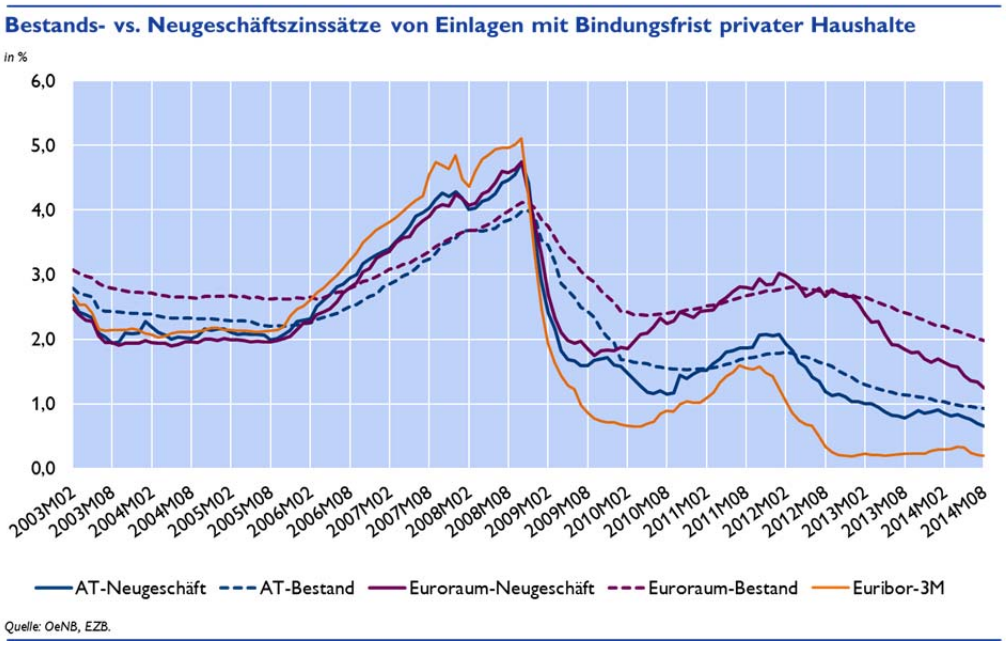
Einlagen von österreichischen Nichtbanken		
	Stand August 2014	Jahresabstand
	in Mio. EUR	*in %*
Insgesamt	301, 18	0,7
private Haushalte	214,84	0,7
nichtfinanzielle Unternehmen	51,97	-2,0
sonstige Finanzintermediäre	13,21	10,2
Versicherungen und Pensionskassen	5,67	3,8
Sonstiger Staat	12,06	3,8
Zentralstaat	3,43	-7,7
Quelle: OeNB.		

nichtfinanziellen Unternehmen und dem Zentralstaat gegenüber.

Angesichts der niedrigen Zinssätze und einer flachen Zinsstrukturkurve vollzog sich bei den privaten Haushalten innerhalb des Einlagensegments eine deutliche Umschichtung zugunsten täglich fälliger Einlagen. Diese stiegen im Jahresabstand um 7,6%, während Einlagen mit vereinbarter Bindungsfrist um 3,6% zurückgingen.

Historische Tiefststände bei Zinssätzen neu vergebener Einlagen mit Bindungsfrist

Die am 5. Juni 2014 vom EZB-Rat[9] beschlossene EZB-Leitzinssatzsenkung von 10 Basispunkten auf 0,15% wirkte sich relativ schnell auf die Kundenzinssätze aus. Bereits im Juni wurden bei neu vergebenen Einlagenzinssätzen historische Tiefststände erreicht. Vor dem Hintergrund weiter sinkender Geldmarktzinssätze – der 3-Monats-Euribor (0,19%) reduzierte sich im August um weitere 2 Basispunkte – gingen die Einlagenzinssätze auch im August zurück. Durchschnittlich bekamen private Haushalte in Österreich bei Neuabschluss eines gebundenen Einlagenproduktes einen Zinssatz von 0,65%, und damit um 5 Basispunkte weniger als im Vormonat, geboten. Der entsprechende Euroraum-Vergleichswert lag mit 1,25% (-9 Basispunkte gegenüber Juli) deutlich über dem Zinssatz in Österreich. Im Jahresverlauf war jedoch im Euroraum-Durchschnitt mit -60 Basispunkten eine deutlich stärkere rückläufige Tendenz als in Österreich (-12 Basispunkte) erkennbar. Sowohl in Österreich als auch im Euroraum-Durchschnitt wurden somit neue historische Tiefststände bei Zinssätzen neu vergebener Einlagen mit Bindungsfrist erreicht.



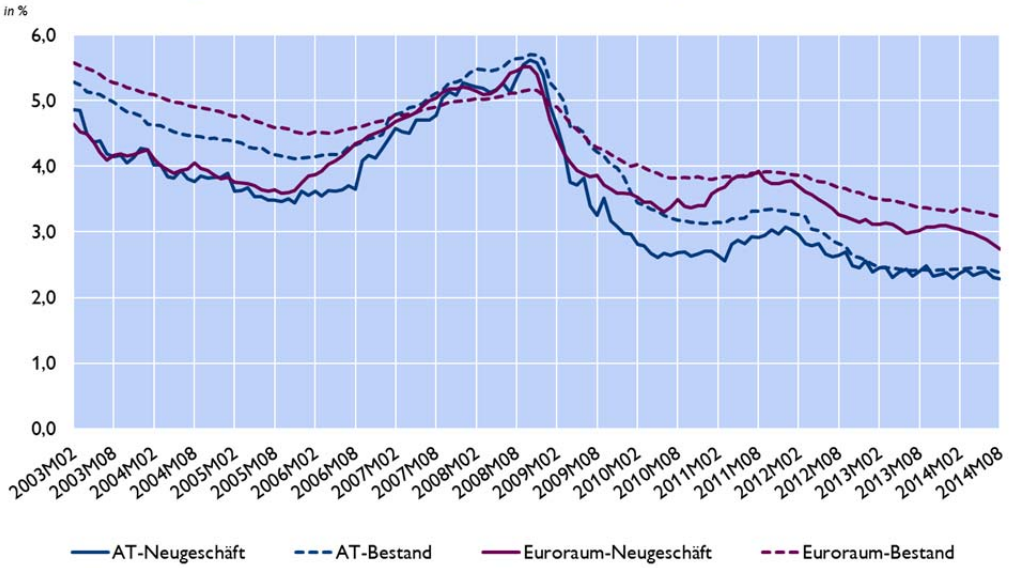
Auch die Bestandszinssätze gebundener Einlagen privater Haushalte erreichten in Österreich mit 0,92% und im Euroraum-Durchschnitt mit 1,98% ihr historisch geringstes Niveau. Deutlich geringer ist der Zinsunterschied zwischen Österreich und dem Euroraum-Durchschnitt bei Betrachtung des gesamten durchschnittlichen Einlagenzinssatzes[10] privater Haushalte

[9] Da hier August-Daten analysiert werden, ist die neuerliche EZB-Leitzinssatzsenkung vom 4. September noch nicht relevant.

[10] Inklusive täglich fälliger Einlagen und Einlagen mit Kündigungsfrist.

(Österreich: 0,68%, Euroraum: 0,91%). Dieser Umstand ergibt sich vor allem daraus, dass täglich fällige Einlagen in Österreich mit 0,35% – vor allem bedingt durch Direktbanken – höher verzinst waren als im Euroraum-Durchschnitt (0,24%).

Bestands- vs. Neugeschäftszinssätze von Wohnbaukrediten an private Haushalte



Quelle: OeNB, EZB.

Der Zinssatz für neu vergebene Kredite an private Haushalte verharrte im August 2014 auf dem Vormonatsniveau von 2,73%. Während es für Wohnbaukredite (-3 Basispunkte auf 2,28%) und Konsumkredite (-5 Basispunkte auf 4,94%) günstigere Konditionen als im Vormonat gab, stieg der gebotene Durchschnittszinssatz bei sonstigen Krediten[11] um 16 Basispunkte auf 2,57% an. Die vorgenommene Zinssenkung des EZB-Rats und die in Folge sinkenden Geldmarktzinssätze zeigten im August auch weitere Auswirkungen auf die Bestandszinssätze bei aushaftenden Krediten privater Haushalte. Sowohl im Euroraum-Durchschnitt als auch in Österreich bezahlten private Haushalte auf ihr aushaftendes Kreditvolumen bei Wohnbaukrediten mit durchschnittlichen Zinssätzen von 3,23% bzw. 2,38% historisch geringe Werte.

Anders als bei privaten Haushalten kam es beim kapitalgewichteten Durchschnittszinssatz neu vergebener Unternehmenskredite im August zu einem deutlichen Rückgang von 22 Basispunkten auf das historisch geringe Niveau von 1,72%. Verantwortlich für den deutlichen Rückgang waren hauptsächlich geringere Zinssätze (-24 Basispunkte auf 1,66%) bei neu vergebenen Großkrediten (über eine Million EUR). Hier muss allerdings relativierend gesagt werden, dass der Zinssatz im Vormonat durch einen größeren Anteil von längerfristig gebundenen Krediten und einen größeren Anteil von Krediten an ausländische Unternehmen ziemlich stark nach oben beeinflusst war. Der Zinssatz neu vergebener Unternehmenskredite bis eine Million EUR war mit -2 Basispunkten (2,23%) ebenfalls rückläufig.

[11] Diese Kategorie wird insbesondere von dem Subsektor der Einzelunternehmen und freien Berufen dominiert (-15 Basispunkte auf 2,59%).

Makroprudenzielle Aufsicht etabliert sich - sowohl in Österreich als auch in der Europäischen Union[12]

Das Finanzmarktstabilitätsgremium nimmt seine Tätigkeit auf

Die makroprudenzielle Aufsicht identifiziert und analysiert vorausschauend Risiken für die Stabilität des österreichischen Finanzsystems. Dazu gehören neben zyklischen und strukturellen Risiken auch grundlegende Fragen im Zusammenhang mit Anreizproblemen im Finanzsystem. Seit 2014 stehen den zuständigen Behörden in der Europäischen Union durch das Regelwerk CRR/CRD IV für den Bankensektor konkrete Instrumente zur Hintanhaltung makroprudenzieller Risiken zur Verfügung.[13] Beispielsweise können Banken zusätzliche Kapitalpuffer vorgeschrieben werden, wenn von diesen Banken ein Risiko einer schwerwiegenden Störung im Finanzsystem ausgeht. Die Schaffung der makroprudenziellen Aufsicht ist eine richtige und wichtige Lehre aus der Finanzkrise.

Das neu geschaffene Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) hat am 8. September 2014 seine Tätigkeit aufgenommen. Seine Aufgabe ist die Stärkung der Zusammenarbeit in makroprudenziellen Fragen und die Förderung der Finanzmarktstabilität. Die konstituierende Sitzung fand unter Teilnahme von Vertretern des Bundesministeriums für Finanzen (BMF), des Fiskalrats, der Finanzmarktaufsicht (FMA) und der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) statt.

Das FMSG wurde als zentrales Willensbildungsforum zur Umsetzung der makroprudenziellen Aufsicht in Österreich etabliert. Es kann Empfehlungen an die FMA oder Risikohinweise abgeben. In der ersten Sitzung des FMSG wurden grundlegende Themen wie Geschäftsordnung, Ziele und Instrumente der makroprudenziellen Aufsicht, das europäische institutionelle Rahmenwerk sowie Umsetzungen makroprudenzieller Maßnahmen in anderen EU-Ländern diskutiert.

In Österreich wurden bereits vor 2014 erste makroprudenzielle Maßnahmen gesetzt: Seit 2003 gibt es Mindeststandards für Fremdwährungs- und Tilgungsträgerkredite, und im März 2012 veröffentlichten die OeNB und FMA die aufsichtliche Leitlinie zur Stärkung der Nachhaltigkeit der Geschäftsmodelle international aktiver österreichischer Großbanken („Nachhaltigkeitspaket")[14]. Das Nachhaltigkeitspaket zielt darauf ab, die Eigenkapitalbasis der adressierten Großbanken zu erhöhen und die Refinanzierungsstruktur ihrer exponierten Tochterbanken ausgewogener zu gestalten. Zudem sind diese Banken angehalten, über adäquate Sanierungs- und Abwicklungspläne für etwaige Krisensituationen zu verfügen.

---

[12] Autoren: David Liebeg, Peter Strobl, Alexander Trachta (alle Abteilung für Finanzmarktstabilität und Makroprudenzielle Aufsicht)

[13] In Österreich sind die Bestimmungen zur makroprudenziellen Aufsicht über den Bankensektor in §§ 22 – 24b BWG geregelt.

[14] Für weitere Informationen siehe http://www.oenb.at/Finanzmarktstabilitaet/Systemrisikoanalyse/Nachhaltigkeitspaket.html

Makroprudenzielle Aufsicht in der Europäischen Union gewinnt an Fahrt

Behörden in zahlreichen Mitgliedstaaten der EU haben seit Jahresbeginn entsprechende Aufsichtsstrategien entwickelt und den Einsatz makroprudenzieller Instrumente den europäischen Bestimmungen gemäß offiziell an EU-Institutionen (Europäische Kommission, ESRB bzw. EBA) notifiziert. Die im Folgenden dargestellten Aufsichtspolitiken unterscheiden sich dabei sowohl hinsichtlich der zu bewältigenden systemischen Risiken als auch bezüglich der eingesetzten Aufsichtsinstrumente.

Kroatien führte mit Wirkung ab 19. Mai 2014 einen Systemrisikopuffer (SRP) in Höhe von 1,5% hartem Kernkapital für alle Banken ein: Systemrelevante Großbanken müssen einen Systemrisikopuffer von 3% vorhalten. Begründet wird diese Maßnahme mit den strukturellen Risiken für die kroatische Volkswirtschaft und den Bankensektor. Darüber hinaus führte Kroatien den Kapitalerhaltungspuffer (iHv 2,5%) bereits mit Wirkung ab 2014 und den Antizyklischen Kapitalpuffer ab 2015 ein. Als Begleitmaßnahme wurden die Standards für die Vergabe von Wohnhypotheken auf Basis der CRR-Bestimmungen verschärft.

Die belgische Nationalbank erhöhte die Unterlegung von privaten Hypothekarkrediten für IRB-Banken mit Wirkung ab 1.7.2014 um einen pauschalen Zuschlag von 5 Prozentpunkten auf die internen Risikogewichte der betroffenen Institute. Die Maßnahme, die Risiken aus dem Immobiliensektor und den im EU-Vergleich niedrigen Risikogewichten der IRB-Banken für diese Risiken in Belgien entgegenwirken soll, wurde auf die Befugnis zur „nationalen Flexibilität" nach CRR gestützt. Weder ESRB, noch EBA, noch die Europäische Kommission widersprachen dieser Maßnahme.

In den Niederlanden hat die Nationalbank Maßnahmen gegen die Risiken ergriffen, die systemrelevante Großbanken für die Finanzstabilität darstellen können. Für Banken deren Gesamtrisikoexpositionen mindestens 50% des BIP ausmachen, gilt ab 2016 ein Kapitalpuffer für systemrelevante Institute (O-SII-Puffer). Da der O-SII-Puffer aufgrund europarechtlicher Vorgaben mit maximal 2% begrenzt ist, müssen die größten Institute zusätzlich einen systemischen Risikopuffer halten, damit ein zusätzliches Puffererfordernis von insgesamt 3% erreicht wird. Die betroffenen Institute müssen die zusätzlichen Puffer in einem Übergangszeitraum bis 1.1.2019 vollständig aufbauen.

Slowenien notifizierte an den ESRB die Einführung einer Art Loan-to-Deposit-Ratio ("Gross Loans to Deposits Flows Minimum Requirement") mit Wirkung ab 1.7.2014. Die makroprudenzielle Natur dieser Aufsichtspolitik ist umstritten. Da sie auf eine Mindestkreditvergabe durch die slowenischen Banken – gemessen an neu hereingenommenen Einlagen – abzielt, könnte sie auch als wirtschaftspolitische Maßnahme eingestuft werden.

Estland zeigte die Einführung eines Systemrisikopuffers in Höhe von 2% zur Vorsorge gegen strukturelle Risiken für die Volkswirtschaft bzw. das Bankensystem sowie eines Kapitalerhaltungspuffers von 2,5% an. Diese Puffer sind seit August 2014 von allen Kreditinstituten einzuhalten.

Lettland machte von der Möglichkeit der vorgezogenen Umsetzung des Kapitalerhaltungspuffers (iHv 2,5%) mit Wirkung ab 28. Mai 2014 Gebrauch.

Die Finanzmarktaufsichtsbehörde Dänemarks zeigte im Juni 2014 die Identifizierung von sechs systemrelevanten Banken an. Diese sollen ab 2015 damit beginnen, bis Ende 2018 einen adäquaten Systemrisikopuffer aufzubauen. Die Festsetzung der konkreten Pufferhöhen durch das Wirtschaftsministerium erfolgte noch nicht. Eine beratende Kommission hatte Kapitalpuffer bis zu 3,5% empfohlen.

In Großbritannien steht das Instrument des Antizyklischen Kapitalpuffers (AZKP) bereits seit 2014 zur Verfügung. Im Juni 2014 setzte die Bank of England erstmals eine AZKP-Pufferrate mit 0% fest und bestätigte diese Entscheidung im September. Im Bereich der Hypothekarkreditvergabe folgten die zuständigen Aufsichtsbehörden der Empfehlung des makroprudenziellen Komitees und setzten mit Wirkung ab Oktober 2014 eine Loan-to-income-ratio-Begrenzung zur Eindämmung der systemischen Risiken aus dem Immobiliensektor um: Maximal 15% der Immobilienkredite dürfen eine Rate von mehr als 4,5 Mal das Brutto-Jahreseinkommen des Kreditnehmers aufweisen.

Die schwedische Finanzmarktaufsicht informierte darüber, dass ab 1.1.2015 ein Systemrisikopuffer in Höhe von 3% und ein zusätzliches Säule-2-Kapitalerfordernis von 2% für die vier größten Kreditinstitute gelten wird. Ergänzend verfügte die Aufsicht die Anhebung der Risikogewichtung für schwedische Hypothekarkredite von 15% auf 25%. Anfang September wurde darüber hinaus erstmals ein Antizyklischer Kapitalpuffer in Höhe von 1% festgesetzt.

Irland hat der EBA die Einführung strengerer Kriterien für die Risikogewichte für private Wohnkredite sowie die Anhebung der Mindestrisikogewichte für gewerbliche Hypothekarkredite von 50% auf 100% angezeigt. Als Begleitmaßnahme plant die irische Nationalbank den makroprudenziellen Einsatz von Loan-to-value- und Loan-to-income-Quoten. Entsprechende Vorschläge wurden am 7. Oktober 2014 in Begutachtung geschickt.

Tschechien führte im Zuge der CRD/CRR-Umsetzung in nationales Recht das gesamte CRD-Kapitalpufferregime ohne Übergangsfristen ein. Aufgrund des neuen Bankengesetzes müssen alle Banken seit 2014 einen Kapitalerhaltungspuffer von 2,5% zu halten. Auch das Instrument des Antizyklischen Kapitalpuffers wurde eingeführt und die erste AZKP-Pufferrate von der Nationalbank am 26.8.2014 mit 0% festgesetzt. Darüber hinaus notifizierte die Nationalbank mit Schreiben vom 30.9.2014 die Festsetzung eines Systemrisikopuffers zwischen 1% bis 3% für die vier größten Institute mit Wirkung ab 1.11.2014. Begründet wird die Maßnahme mit der hohen systemischen Bedeutung dieser Banken für den Bankensektor und die Volkswirtschaft in Tschechien.

Die slowakische Nationalbank beschloss und publizierte am 7. Oktober 2014 die Umsetzung einer makroprudenziellen Aufsichtsstrategie für die Kreditvergabe an Privatkunden. Das Maßnahmenpaket umfasst unter anderem Loan-to-value- und Debt-service-to-income-Vorgaben sowie weitere Empfehlungen zu sorgfältigen Kreditvergabestandards, inkl. der Begrenzung der Laufzeiten für Hypothekarkredite auf 30 Jahre und Konsumkredite auf 8 Jahre sowie Vorgaben zum Zinsänderungsrisiko und zu Stress Tests.

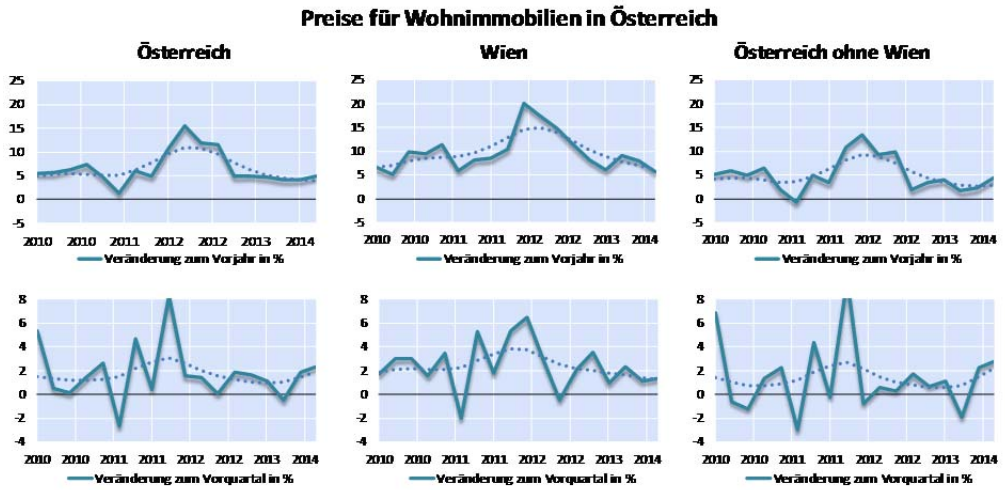
Außerhalb der EU hat das EWR-Land Norwegen das gesamte CRD-Kapitalpufferregime umgesetzt. Dieses soll inklusive eines Systemrisikopuffers von 2% mit Wirkung ab 30.6.2015 Anwendung finden. Zusätzlich wurden makroprudenzielle Maßnahmen betreffend Systemrisiken im Immobiliensektor gesetzt, inkl. einer Loan-to-value-Begrenzung von 85% und der Anhebung des regulatorischen Minimums für Loss-Given-Default-Annahmen von 20%.

OeNB-Immobilienmarktmonitor Herbst 2014: Wohnimmobilien in Wien trotz nachlassenden Preisanstiegs überbewertet [15][16]

Der Preisauftrieb bei Wohnimmobilien schwächt sich in Wien kontinuierlich ab und erreichte im zweiten Quartal 2014 +5,8% im Jahresabstand. Der OeNB-Fundamentalpreisindikator für Wohnimmobilien zeigt für Wien eine anhaltende Überbewertung an (um 23%). In Österreich ohne Wien ist hingegen ein steigender Preistrend zu beobachten, das Wachstum (+4,3%) liegt nur mehr knapp unter den Wiener Werten. Das Wachstum der Wohnbaukredite an private Haushalte hat sich zuletzt leicht beschleunigt, bleibt aber gering. Die Währungsstruktur der Kredite hat sich von Fremdwährungskrediten weiter zu Eurokrediten verschoben. Die Bedingungen für die Aufnahme von Wohnbaukrediten blieben bis zuletzt günstig. Das Währungsrisiko ist trotz weiterer Reduktion weiterhin hoch.

Unterschiedliche Preisdynamik in Wien und in den Bundesländern

Die Immobilienpreisentwicklung in Österreich ist derzeit von zwei unterschiedlichen Entwicklungen geprägt. Während sich die Preisanstiege in Wien kontinuierlich abschwächen, beschleunigt sich der Preisauftrieb in Österreich ohne Wien. In *Wien* stiegen die Immobilienpreise im zweiten Quartal 2014 um 5,8% im Jahresabstand. Seit dem Höhepunkt des Preisanstiegs im ersten Quartal 2012 (+20,1%) hat der Preisauftrieb damit spürbar nachgelassen.



Quelle: Prof. Wolfgang Feilmayr, Department für Raumplanung, TU Wien; OeNB

In *Österreich ohne Wien* zeigt sich im Verlauf der letzten vier Quartale hingegen eine Beschleunigung des Preisanstiegs. Im zweiten Quartal stiegen die Immobilienpreise um 4,3%,

[15] Autor: Martin Schneider (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen)

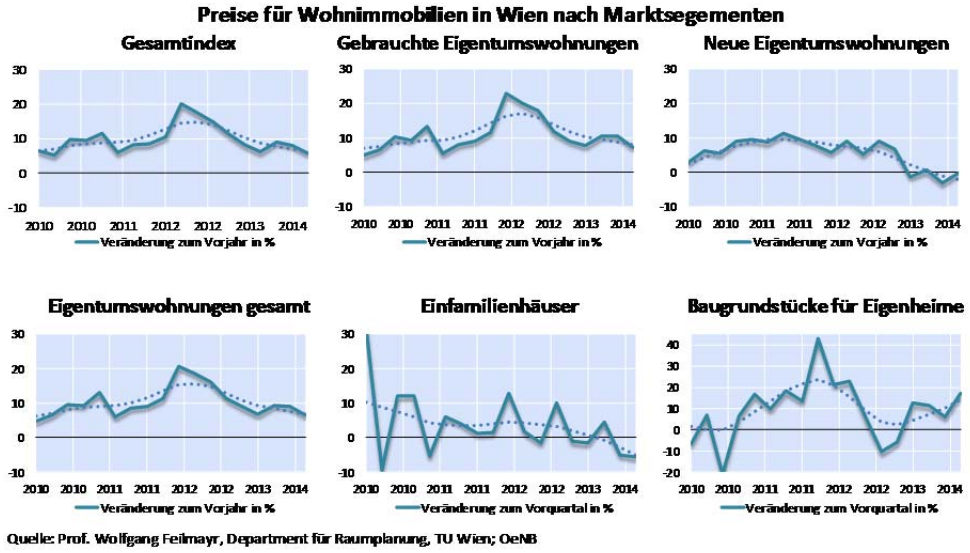
[16] Die in dieser Ausarbeitung durchgeführten Analysen spiegeln die Sichtweise der Oesterreichischen Nationalbank aus der Perspektive der Finanzmarktstabilität wider. Aus den Ergebnissen lassen sich keine Aussagen über Bewertungen von Einzelimmobilien sowie Kauf- oder Verkaufsempfehlungen ableiten.

während die Steigerungsrate im vierten Quartal 2013 nur 1,6% betrug. Diese Beschleunigung zeigt sich besonders auffallend in der Veränderung gegenüber dem Vorquartal (rechte untere Grafik). Dennoch liegen die Preissteigerungsraten noch deutlich unter den Wiener Werten.

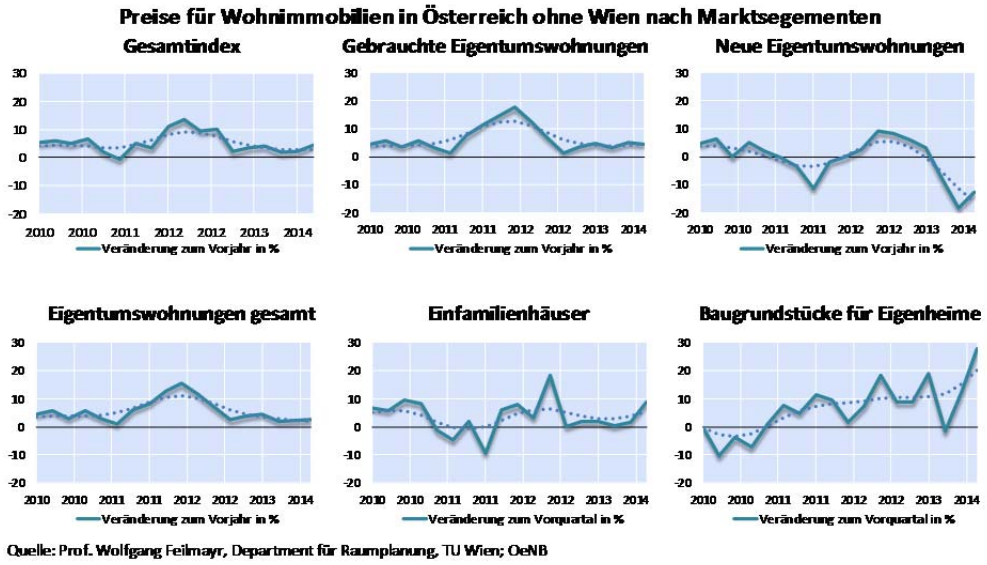
Für *Gesamtösterreich* zeichnet sich damit eine leichte Beschleunigung des Preisauftriebs ab, die sich besonders in den wieder steigenden Quartalswachstumsraten im ersten (+1,9%) und zweiten (+2,3%) Quartal zeigt. In den Jahreswachstumsraten (+4,1% im ersten und +4,8% im zweiten Quartal) – die üblicherweise mit einem halben Jahr Verzögerung reagieren – ist diese Beschleunigung hingegen noch nicht sichtbar.

Heterogene Preisentwicklungen nach Teilmärkten

Die einzelnen Teilmärkte in *Wien* zeigen mit Ausnahme der Baugrundstücke einen fallenden Trend. Der Preisauftrieb im größten Segment – den gebrauchten Eigentumswohnungen – nimmt zwar ab, blieb mit +7,5% im zweiten Quartal jedoch noch stark (Q1: +10,8%). Die Preise für neue Eigentumswohnungen entwickelten sich hingegen leicht rückläufig. Einfamilienhäuser haben die bei Eigentumswohnungen sichtbaren starken Preisanstiege nicht mitgemacht. Im ersten Halbjahr 2014 sind die Preise gefallen (Q1: -4,9%; Q2: -5,6%). Einen steigenden Preistrend zeigen hingegen die Preise für Baugrundstücke. Diese stiegen im zweiten Quartal 2014 um 17,0% gegenüber dem Vorjahr. Allerdings ist zu beachten, dass die Preise für Baugrundstücke aufgrund der im Vergleich zu Eigentumswohnungen sehr geringen Transaktionsanzahl deutlich höhere Schwankungen aufweisen.



Die Preisentwicklungen auf den einzelnen Teilmärkten in *Österreich ohne Wien* zeigen deutliche Parallelen zur Wiener Entwicklung. Der Preisauftrieb bei gebrauchten Eigentumswohnungen hat sich stabilisiert. Neue Eigentumswohnungen sinken mittlerweile im Preis. Im vorherrschenden Segment, den Einfamilienhäusern, beginnen die Preise hingegen anzuziehen. Die Preise für Baugrundstücke stiegen genauso wie in Wien kräftig.



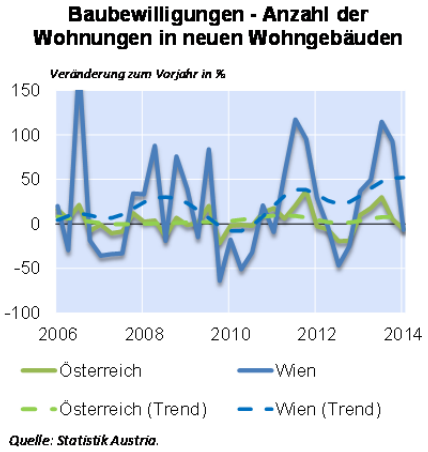
Nachfrage: Demografie und Veranlagungsmotiv treiben die Nachfrage nach Wohnimmobilien

Eine wesentliche Determinante der Preisentwicklung ist die gestiegene Nachfrage nach Wohnimmobilien als Folge des Bevölkerungswachstums. Seit dem Jahr 2011 beschleunigt sich das Bevölkerungswachstum kontinuierlich. Im Vergleich mit dem durchschnittlichen Wachstum der Jahre 2008 bis 2010 (+9.900 Personen) hat sich der Anstieg im Jahr 2013 verdreifacht (+27.800). Die Bundesländer ohne Wien zeigen eine deutlich schwächere Entwicklung. Das Wachstum beschleunigte sich zwar ebenfalls, blieb im Jahr 2013 mit +0,4% aber deutlich hinter den Wiener Werten.

Neben der demografischen Entwicklung spielt das *Veranlagungsmotiv* eine wichtige Rolle. Das im Rahmen der jüngsten Wirtschafts- und Finanzkrise stark gesunkene Zinsniveau hat zu einer Steigerung der Attraktivität von Immobilien als alternative Anlageform geführt. Das Werterhaltungsmotiv tritt gegenüber Renditeüberlegungen eindeutig in den Vordergrund.

Steigende Bautätigkeit führt zur Ausweitung des Immobilienangebots

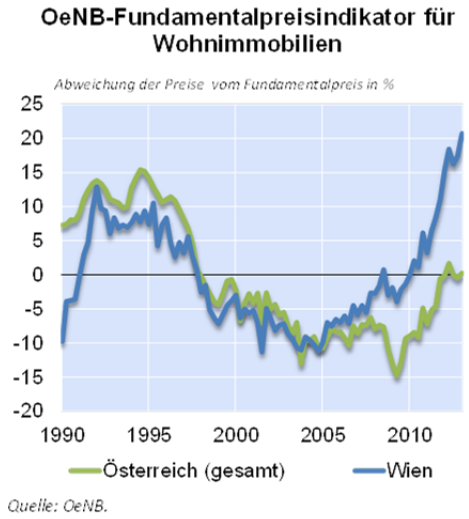
Das Angebot von Immobilien reagiert auf die gestiegene Nachfrage mit Verzögerungen. Die Wohnbautätigkeit hat sich in den letzten Jahren verhalten entwickelt. Im Verlauf des Jahres 2013 ist es jedoch zu einer deutlichen Beschleunigung der österreichweiten Wohnbauinvestitionen gekommen. Die Zunahme der Bautätigkeit dürfte in einem hohen Ausmaß auf Wien konzentriert sein. Dies zeigt sich in einer spürbaren Zunahme der Baubewilligungen in Wien. Diese weisen zwar eine hohe Volatilität auf, der Trend ist jedoch deutlich aufwärtsgerichtet. Für Österreich insgesamt stagnieren hingegen die Baubewilligungen.



Das Transaktionsvolumen am österreichischen Immobilienmarkt schrumpfte im Jahr 2013. Die Anzahl der Transaktionen fiel nach von ImmoUnited erhobenen und von REMAX veröffentlichten Grundbuchsdaten um 12,5%, das Transaktionsvolumen um 8,3%. Im ersten Halbjahr 2014 kam es zu einer Trendwende. Österreichweit wurden um 10,3% mehr Immobilientransaktionen im Grundbuch verbüchert. Der Wert dieser Transaktionen stieg um 4,3%.

Anhaltende Überbewertung in Wien

Aus der Beobachtung stark steigender Immobilienpreise alleine lässt sich noch keine Aussage ableiten, inwieweit diese Anstiege durch Fundamentalfaktoren gerechtfertigt sind. Der Fundamentalpreisindikator der OeNB für Wohnimmobilien zeigt für *Wien* eine weiter zunehmende Überbewertung an. Diese erreichte im zweiten Quartal 2014 23% (nach 22% im ersten Quartal). Trotz einer rückläufigen Dynamik stiegen die Preisanstiege noch stärker als die Fundamentalfaktoren. Der zuletzt starke Anstieg ist in erster Linie durch die relativen Immobilienpreise (relativ zu Mieten, HVPI und Baukosten) getrieben, während die verbesserte Leistbarkeit von Wohneigentum leicht dämpfend wirkt. Aus dem Befund einer Überbewertung lässt sich jedoch keine Prognose über die zukünftige Preisentwicklung ableiten.



Der Fundamentalpreisindikator für Wohnimmobilien

Die OeNB hat vor dem Hintergrund der starken Preisanstiege für Wohnimmobilien in Österreich und insbesondere in Wien einen Fundamentalpreisindikator für Wohnimmobilien entwickelt[17]*. Damit sollen die Entwicklungen am Immobilienmarkt laufend beobachtet und allfällige Fehlentwicklungen rechtzeitig erkannt werden.*

[17] Schneider, M. (2013): Are Recent Increases of Residential Property Prices in Vienna and Austria Justified by Fundamentals? Monetary Policy and the Economy Q4/13, 29-46.

Der Fundamentalpreisindikator für Wohnimmobilien setzt sich aus sieben Teilindikatoren zusammen, die verschiedene Perspektiven abdecken. Die Haushaltsperspektive beinhaltet zwei Indikatoren aus Sicht der Haushalte (reale Immobilienpreise, Leistbarkeit). In die Berechnung der Leistbarkeit fließt neben den verfügbaren Einkommen der Haushalte noch das Zinsniveau ein. Die Investorenperspektive umfasst zwei Indikatoren, die die Rentabilität von Immobilieninvestitionen widerspiegeln (Immobilienpreise zu Mieten, Immobilienpreise zu Baukosten). Mit drei Indikatoren der systemischen Perspektive (Kredittragfähigkeit, Wohnbauinvestitionen zu BIP, Zinsanhebungsrisiko) werden Zusammenhänge zwischen dem Immobilienmarkt und der Makroökonomie bzw. der Finanzmarktstabilität abgebildet. Der Fundamentalpreisindikator für Wohnimmobilien wird durch Aggregation dieser sieben Teilindikatoren ermittelt und gibt die prozentuelle Abweichung der Immobilienpreise von ihrem Fundamentalpreis an.

Für *Österreich* zeigt der Indikator eine weitgehende Übereinstimmung der Preise mit den Fundamentalfaktoren, im zweiten Quartal lagen sie um 1% über dem Fundamentalpreis. Die Veränderung seit der ersten Veröffentlichung im Jänner 2014, wo für das vierte Quartal 2013 eine Unterbewertung von 8% ausgewiesen wurde, ist neben den seither erfolgten Preisanstiegen auch auf eine methodische Revision (Veränderung der Gewichtung der Mieten zur Berechnung des Verhältnisses von Immobilienpreisen zu Mieten (Price-Rent-Ratio)) zurückzuführen.

Obwohl der Indikator für Österreich ohne Wien nicht berechnet wird, kann aus diesen Ergebnissen abgeleitet werden, dass die Preise in Österreich ohne Wien unter dem Fundamentalpreis liegen.

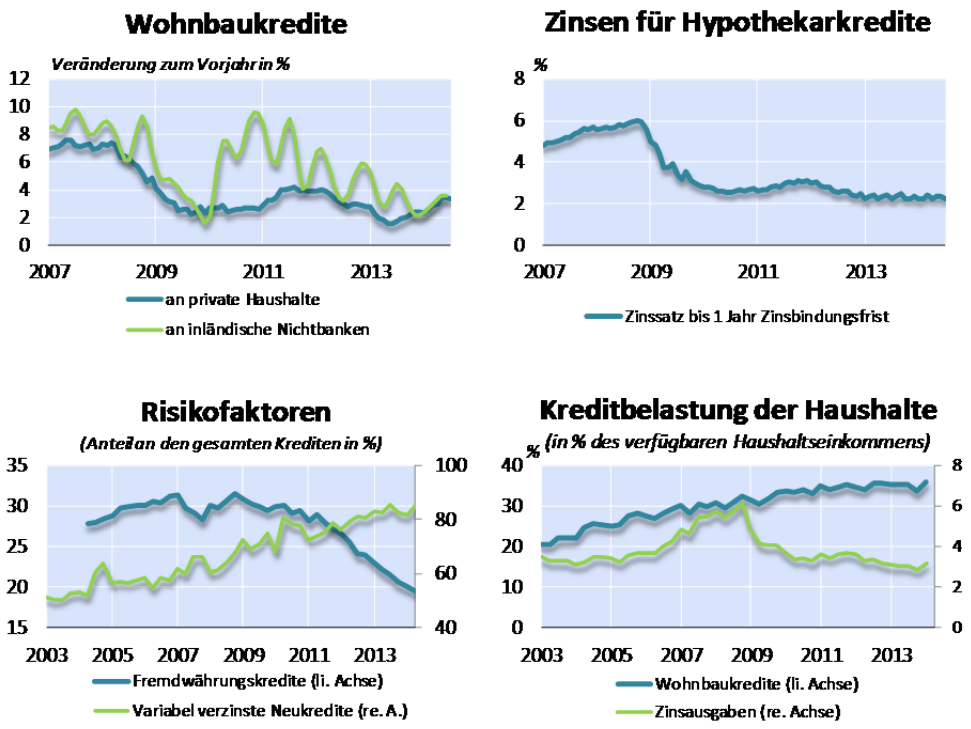
Leichte Beschleunigung des Wachstums der Wohnbaukredite an private Haushalte

Das Wachstum der Wohnbaukredite an private Haushalte hat sich im bisherigen Verlauf des heurigen Jahres etwas beschleunigt, blieb aber bis zuletzt unter der Steigerungsrate des Immobilienpreisindex. Von 2,4% im Dezember 2013 stieg die jährliche (nominelle) Steigerungsrate (bereinigt um Reklassifikationen, Bewertungsänderungen und Wechselkurseffekte) auf 3,4% im Juli 2014. Dieser Anstieg fand zur Gänze bei langfristigen Krediten (Laufzeit über 5 Jahre) statt, die um 4,1% zunahmen, während Wohnbaukredite mit mittleren Laufzeiten (1 bis 5 Jahre) zurückgingen. Nach Währungen betrachtet, erfolgte die gesamte Ausweitung in Euro; Wohnbaukredite in Fremdwährung waren weiterhin stark rückläufig. Nahezu alle aushaftenden Wohnbaukredite in Fremdwährung (96,6%) lauten auf Schweizer Franken.

Die Kredite der österreichischen Banken an alle inländischen Nichtbanken zur Beschaffung und Erhaltung von Wohnraum waren im zweiten Quartal 2014 um 3,5% höher als vor Jahresfrist. Auch hier stiegen die Euro-Kredite weiter (+6,9%), während die Fremdwährungskredite deutlich sanken (-6,4%). Subventionierte Wohnbaukredite nahmen in den letzten vier Quartalen nur leicht zu (+1,1%).

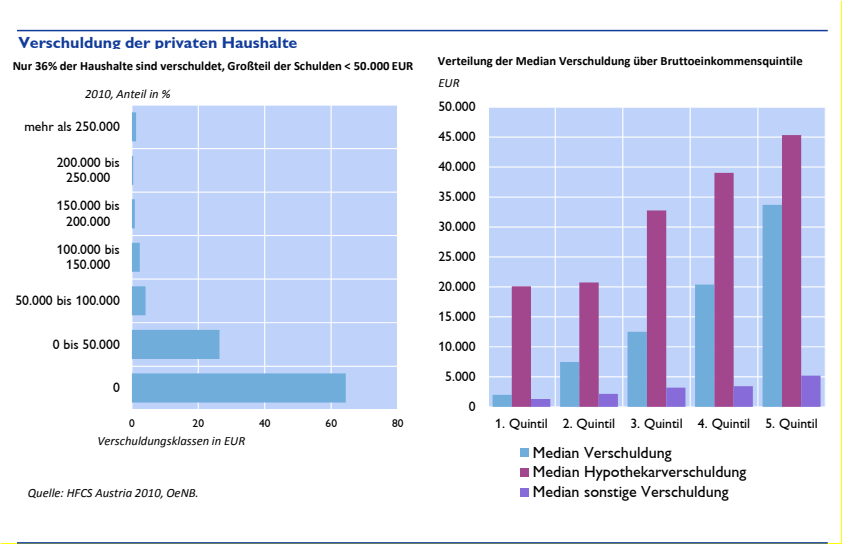
Die Bedingungen für die Aufnahme von Wohnbaukrediten blieben bis zuletzt günstig. Die Kreditrichtlinien der Banken für die Vergabe von Wohnbaukrediten an private Haushalte gemäß Umfrage für das Kreditgeschäft (Bank Lending Survey) waren im zweiten Quartal 2014 nun schon ein Jahr lang stabil. Auch die Kreditkonditionen waren weiterhin günstig, auch wenn sich die Zinsrückgänge zuletzt abflachten bzw. zum Teil sogar leicht umkehrten. Die durchschnittlichen Zinsen für Wohnbaukredite an private Haushalte in Euro gingen im Laufe des Jahres 2014 weiter geringfügig um 7 Basispunkte auf 2,31% zurück. Für variabel verzinste Kredite (Zinsbindungsfrist bis 1 Jahr), auf die mittlerweile mehr als 83% aller neu vergebenen Wohnbaufinanzierungen entfallen, verminderte sich der Zinssatz um 9 Basispunkte auf 2,28%. Der effektive Jahreszinssatz für Wohnbaukredite, der die Gesamtkosten des Kredits – bestehend

aus der Zinskomponente und der Komponente für sonstige (mit dem Kredit verbundene) Kosten – abdeckt, stieg im gleichen Zeitraum um 3 Basispunkte, auf 2,79%.



Quelle: OeNB, WIFO.

Auch wenn sich das Währungsrisiko der Wohnbaufinanzierungen der privaten Haushalte heuer weiter merklich verringert hat, bleibt es weiterhin sehr hoch. Der Fremdwährungsanteil lag im Juli 2014 mit 23,6% um rund 3 Prozentpunkte unter dem Vergleichswert des Vorjahres (bzw. um rund 16 Prozentpunkte unter dem im Oktober 2008 verzeichneten Höchstwert von knapp 40%). Andererseits erhöhte sich das Zinsänderungsrisiko leicht. Der Anteil variabel verzinster Kredite (Zinsbindungsfrist bis 1 Jahr) stieg im gleichen Zeitraum um 1,1 Prozentpunkte auf 83,4%.



Auch wenn die Wohnbaukredite in absoluten Größen bis zuletzt nicht sehr rasch expandierten, so hat sich angesichts der sehr moderaten Einkommensentwicklung die Relation

von Hypothekarverschuldung zu verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Vorjahresvergleich um 0,5% Prozentpunkte erhöht.

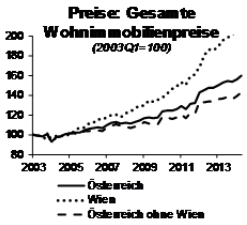
Neben der Höhe der Verschuldung des gesamten Haushaltssektors ist für die Beurteilung der Implikationen für die Finanzmarktstabilität eines Landes auch die Struktur der Verschuldung relevant.

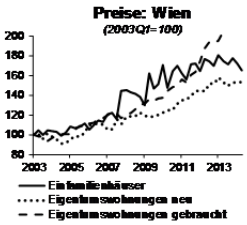
Ein Großteil der heimischen Haushalte (64%) ist nicht verschuldet. Die 36% der Haushalte, die verschuldet sind, setzen sich zusammen aus 17% der Haushalte mit Nichthypothekarschulden, 14% der Haushalte halten Hypothekarschulden und 4% der Haushalte halten beide Arten der Verschuldung. Weiters zeigen die Daten des von der OeNB durchgeführten Household and Consumption Survey (HFCS) aus dem Jahr 2010, dass sowohl Schuldenpartizipation als auch die Höhe der Schulden mit dem Vermögen und dem Einkommen steigen. Dieser Umstand senkt das aus der Verschuldung resultierende Risiko für den Finanzsektor.

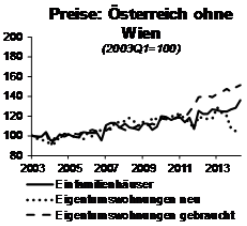
Factsheet Wohnimmobilienmarkt Österreich

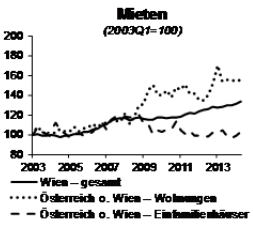
ONB

Wohnimmobilienpreise und Mieten

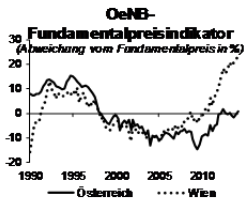


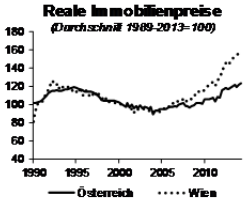


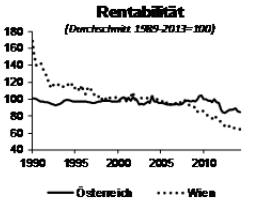


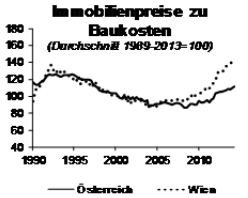


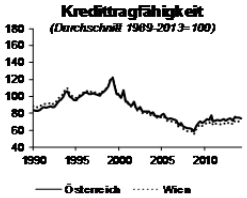
OeNB-Fundamentalpreisindikator für Wohnimmobilien (inkl. Teilindikatoren)

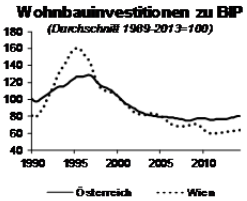




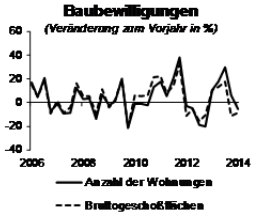


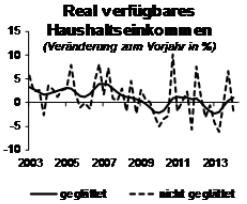


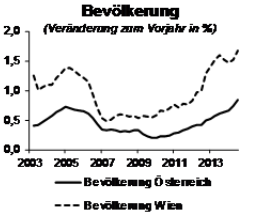




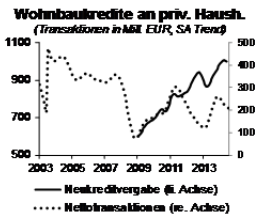
Weitere Fundamentalfaktoren

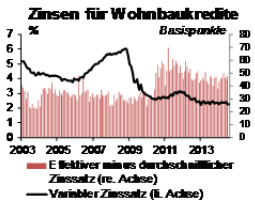




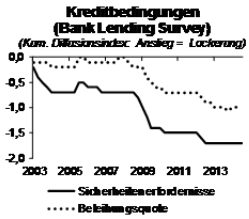


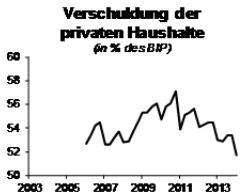
Finanzierung

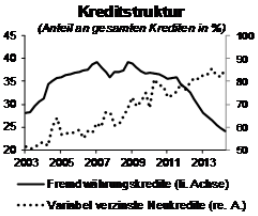




Risikoindikatoren







Factsheet Wohnimmobilienmarkt Österreich

ÖNB

	Quelle	Einheit	2013	2012	Aug.14	Juli14	Juni14	2Q14	1Q14	4Q13	3Q13	2013	2012	2011	2010	2009	2008
A. Wohnimmobilienmarkt																	
1. Wohnimmobilienpreise			Niveau		Veränderung zur Vorjahresperiode in %												
1.1 Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen																	
Österreich	(e)	2000=100	156,0	149,1	.	.	.	+4,8	+4,1	+4,1	+4,7	+4,7	+12,4	+4,2	+6,2	+3,9	+1,1
Wien	(e)	2000=100	196,3	180,7	.	.	.	+5,8	+8,1	+9,1	+6,1	+8,7	+15,7	+8,5	+7,8	+6,4	+5,3
Österreich ohne Wien	(e)	2000=100	141,1	137,4	.	.	.	+4,3	+2,2	+1,6	+3,9	+2,7	+10,8	+2,3	+5,5	+2,9	−0,6
1.2 Eigentumswohnungen																	
Wien – gesamt	(e)	2000=100	197,8	181,4	.	.	.	+6,6	+9,0	+9,4	+6,7	+9,1	+16,7	+9,1	+7,6	+6,6	+4,7
Wien – gebraucht	(e)	2000=100	204,2	185,9	.	.	.	+7,5	+10,8	+10,7	+7,8	+9,8	+18,2	+9,0	+7,8	+7,7	+3,9
Wien – neu	(e)	2000=100	160,3	154,6	.	.	.	−0,2	−3,2	+0,6	−1,2	+3,7	+7,0	+9,8	+5,9	−0,3	+9,3
Österreich ohne Wien – gesamt	(e)	2000=100	148,6	143,9	.	.	.	+2,7	+2,3	+2,1	+4,6	+3,3	+11,6	+4,6	+4,7	+3,4	+0,3
Österreich ohne Wien – gebraucht	(e)	2000=100	151,8	146,8	.	.	.	+4,6	+5,1	+3,4	+4,8	+3,4	+12,9	+5,9	+4,9	+3,8	−0,2
Österreich ohne Wien – neu	(e)	2000=100	126,6	123,9	.	.	.	−12,7	−18,4	−8,3	+3,1	+2,2	+2,2	−3,5	+3,8	+0,6	+3,5
1.3 Einfamilienhäuser																	
Wien	(e)	2000=100	176,3	171,3	.	.	.	−5,6	−4,9	+4,7	−1,5	+2,9	+3,5	+1,4	+10,5	+3,9	+12,9
Österreich ohne Wien	(e)	2000=100	123,5	122,1	.	.	.	+8,9	+1,8	+0,4	+2,0	+1,1	+8,7	−3,4	+7,5	+1,6	−2,7
1.4 Baugrundstücke Eigenheim																	
Wien	(e)	2000=100	198,8	196,1	.	.	.	+17,0	+6,2	+11,5	+12,4	+1,3	+22,5	+14,4	−4,3	+9,8	+4,8
Österreich ohne Wien	(e)	2000=100	142,8	131,7	.	.	.	+27,8	+12,0	−1,6	+18,9	+8,4	+9,3	+6,2	−5,4	+6,5	−1,8
2. Mieten																	
Wien – gesamt	(e)	2000=100	129,5	126,3	.	.	.	+4,0	+2,6	+1,4	+3,3	+2,5	+4,4	+2,8	+1,1	−0,4	+1,7
Österreich ohne Wien – Wohnungen	(e)	2000=100	162,5	144,1	.	.	.	+0,8	−9,7	+1,9	+10,5	+12,8	−2,8	+1,6	+0,8	+17,9	+5,9
Österreich ohne Wien – Einfamilienhäuser	(e)	2000=100	95,5	94,6	.	.	.	−1,6	−2,9	−5,3	−0,1	+0,9	−2,5	−4,6	+0,3	−10,1	+4,0
Wohnungsmieten ohne Betriebskosten lt. VPI	(d)	2000=100	148,4	143,9	+4,2	+4,0	+3,8	+3,7	+3,1	+2,7	+2,8	+3,1	+4,4	+3,3	+3,4	+4,7	+1,3
3. Transaktionen auf dem Immobilienmarkt																	
Volumen	(b)	Mrd EUR	16,0	17,5	.	.	.	.	.	.	.	−8,3	+6,4	−4,8	+5,8	.	.
Anzahl	(b)	Tsd	81,4	93,0	.	.	.	.	.	.	.	−12,5	+2,4	−3,2	+12,7	.	.
B. Fundamentalfaktoren																	
4. OeNB-Fundamentalpreisindikator für Wohnimmobilien					Abweichung der Wohnimmobilienpreise vom Fundamentalpreis												
4.1 OeNB-Fundamentalpreisindikator – Österreich	(g)	%	-0,6	0,3	.	.	.	0,8	-0,4	-1,8	-0,8	-0,6	0,3	-5,4	-8,9	-12,8	-7,3
Beiträge der Teilindikatoren					Beitrag zur gesamten Abweichung in Prozentpunkten												
Reale Immobilienpreise	(g)	%-Punkte	2,4	1,9	.	.	.	3,0	2,8	2,4	2,7	2,4	1,9	0,1	0,0	-0,8	-1,4
Immobilienpreise zu Mieten	(g)	%-Punkte	1,0	1,3	.	.	.	1,4	1,2	0,9	1,0	1,0	1,3	-0,1	-0,3	-0,5	-0,2
Leistbarkeit	(g)	%-Punkte	-4,4	-4,5	.	.	.	-4,2	-4,5	-4,7	-4,7	-4,4	-4,5	-5,3	-5,6	-5,2	-4,1
Immobilienpreise zu Baukosten	(g)	%-Punkte	0,4	-0,1	.	.	.	1,2	0,8	0,5	0,6	0,4	-0,1	-1,9	-2,2	-2,7	-3,2
Kreditragfähigkeit	(g)	%-Punkte	-0,3	-0,3	.	.	.	-0,1	-0,3	-0,3	-0,6	-0,3	-0,3	-0,2	-0,7	0,1	1,7
Wohnbauinvestitionen zu BIP	(g)	%-Punkte	0,9	0,4	.	.	.	1,4	1,4	1,2	1,0	0,9	0,4	0,1	-0,1	-0,3	-0,8
Zinsanhebungsrisiko	(g)	%-Punkte	-0,6	1,6	.	.	.	-1,9	-1,9	-1,6	-0,7	-0,6	1,6	1,8	0,0	-3,4	0,7
					Abweichung der Wohnimmobilienpreise vom Fundamentalpreis												
4.2 OeNB-Fundamentalpreisindikator – Wien	(g)	%	19,6	15,2	.	.	.	22,8	22,1	21,2	19,2	19,6	15,2	6,1	0,4	-2,7	-1,6
Beiträge der Teilindikatoren					Beitrag zur gesamten Abweichung in Prozentpunkten												
Reale Immobilienpreise	(g)	%-Punkte	5,5	4,3	.	.	.	6,2	6,1	5,9	5,6	5,5	4,3	2,1	1,4	0,5	-0,4
Immobilienpreise zu Mieten	(g)	%-Punkte	9,8	8,1	.	.	.	10,5	10,6	10,5	9,8	9,8	8,1	5,4	4,1	2,6	1,1
Leistbarkeit	(g)	%-Punkte	-0,5	-1,0	.	.	.	-0,2	-0,3	-0,5	-0,8	-0,5	-1,0	-2,1	-2,8	-2,6	-1,9
Immobilienpreise zu Baukosten	(g)	%-Punkte	5,3	3,7	.	.	.	6,5	6,3	6,1	5,5	5,3	3,7	0,7	-0,5	-1,4	-2,5
Kreditragfähigkeit	(g)	%-Punkte	-0,4	-0,3	.	.	.	-0,2	-0,4	-0,5	-0,9	-0,4	-0,3	-0,2	-0,9	0,2	2,3
Wohnbauinvestitionen zu BIP	(g)	%-Punkte	0,3	-0,3	.	.	.	0,7	0,7	0,5	0,3	0,3	-0,3	-0,8	-0,8	-0,3	-0,5
Zinsanhebungsrisiko	(g)	%-Punkte	-0,3	0,8	.	.	.	-0,8	-0,9	-0,8	-0,3	-0,3	0,8	0,9	0,0	-1,7	0,3
5. Weitere Fundamentalfaktoren																	
5.1 Angebotsfaktoren					Veränderung zur Vorjahresperiode in %												
Wohnbauinvestitionen	(f)	Mrd EUR	11,6	11,4	.	.	.	+4,3	+3,3	+3,2	+2,7	+2,4	+1,0	+2,2	+0,9	−0,6	−0,7
Baubewilligungen – Anzahl der Wohnungen	(d)	Tsd	46,0	39,8	.	.	.	−6,4	−1,8	+5,7	+29,9	+15,8	−12,9	+20,5	+1,9	−2,1	−0,1
Bewilligte Bruttogeschoßflächen neuer Wohngebäude	(d)	Mio. m^2	9,0	8,4	.	.	.	−11,5	−5,0	−11,2	+17,6	+6,8	−11,0	+18,8	+9,5	−1,7	+3,0
Baupreise – Wohnbau- und Siedlungsbau	(d)	2000=100	138,7	135,3	.	.	.	+2,3	+2,3	+2,3	+2,4	+2,4	+2,6	+2,8	+1,8	+2,3	+4,7
Baukosten – Wohnungs- und Siedlungsbau	(d)	2000=100	145,1	142,4	+1,3	+1,1	+1,0	+1,0	+0,8	+1,6	+1,7	+1,9	+2,1	+2,3	+3,2	+0,6	+5,3
5.2 Nachfragefaktoren					Veränderung zur Vorjahresperiode in 1.000 Personen												
Bevölkerung – Österreich	(d)	Tsd Pers.	+49,4	+36,4	.	.	.	+62,6	+55,9	+54,3	+51,8	+49,4	+36,4	+26,3	+18,7	+21,2	+26,1
Bevölkerung – Wien	(d)	Tsd Pers.	+26,1	+17,5	.	.	.	+26,7	+25,5	+26,4	+27,6	+26,1	+17,5	+12,9	+10,9	+9,2	+9,6
					Veränderung zur Vorjahresperiode in %												
Real verfügbares Haushaltseinkommen	(d)	Mrd EUR	154,9	156,5	.	.	.	.	−2,0	+6,6	+0,1	−1,0	+1,2	−1,3	−0,5	+0,1	+0,7
C. Finanzierung und Verschuldung der privaten Haushalte																	
6. Finanzierung																	
6.1 Wohnbaukredite an private Haushalte					Veränderung zur Vorjahresperiode in % bzw. Anteil in %												
Kreditvolumen	(c)	99M01=100	314,4	306,9	+3,3	+3,4	+3,4	+3,4	+2,9	+2,4	+2,1	+2,4	+2,8	+3,9	+2,6	+2,3	+4,8
Neukreditvergabe	(c)	Mrd EUR	10,8	10,7	.	.	+11,0	+13,2	+19,3	+2,9	−0,2	+1,6	+8,1	+13,8	+11,6	.	.
6.2 Wohnbaukredite an private Nichtbanken					Veränderung zur Vorjahresperiode in % bzw. Anteil												
Kreditvolumen	(c)	Mrd EUR	106,7	104,4	.	.	.	+3,5	+2,6	+2,2	+3,9	+2,2	+5,8	+4,6	+9,4	+2,1	+8,3
Anteil subventionierter Kredite	(c)	%	30,4	30,9	.	.	.	30,1	30,4	30,4	30,5	30,4	30,9	31,1	31,7	33,9	33,5
Anteil der Wohnbaukredite an der Bilanzsumme der Banken	(c)	%	11,5	10,6	.	.	.	11,7	11,5	11,5	11,3	11,5	10,6	9,7	9,6	8,4	7,9
6.3 Zinssätze für Wohnbaukredite an private Haushalte					in %												
Insgesamt (alle Zinsbindungsfristen)	(c)	%	2,39	2,71	2,28	2,31	2,40	2,38	2,36	2,35	2,40	2,39	2,71	2,86	2,71	3,71	5,32
Variabel verzinst (bis 1 Jahr Zinsbindungsfrist)	(c)	%	2,36	2,70	2,25	2,28	2,40	2,38	2,34	2,34	2,38	2,36	2,70	2,92	2,69	3,75	5,79
Effektiver Jahreszinssatz (inkl. Gebühren, Spesen, etc.)	(c)	%	2,84	3,21	2,74	2,79	2,85	2,85	2,81	2,79	2,85	2,84	3,21	3,40	3,14	4,03	5,62
6.4 Wohnbaurelevante Aspekte der Bankenrefinanzierung					Veränderung zur Vorjahresperiode in %												
Wohnbauanleihen	(c)	Mrd EUR	11,4	12,9	.	-0,7	-1,3	-1,3	-0,5	-11,7	-12,9	-11,7	-3,8	-0,7	0,4	-0,7	8,5
Einlagen bei Bausparkassen	(c)	Mrd EUR	20,3	20,0	.	.	.	+1,4	+1,3	+1,9	+3,8	+1,9	+3,6	+2,9	+3,4	+5,5	−0,9
7. Risikoindikatoren (private Haushalte)					Anteil in %												
Verschuldung (in % des BIP)	(d)	%	53,4	54,5	.	.	.	.	51,7	53,4	53,4	53,4	54,5	55,6	57,1	56,1	54,5
Wohnbaukredite (in % des verf. Haushaltseinkommens)	(c, f)	%	46,5	46,2	.	.	.	.	47,8	43,8	46,5	46,5	46,2	46,5	45,3	42,1	41,5
Zinsausgaben (in % des verf. Haushaltseinkommens)	(c, f)	%	3,0	3,3	.	.	.	.	3,2	2,9	3,0	3,0	3,3	3,6	3,4	4,3	5,7
Anteil variabel verzinster Kredite (Neukredite)	(c)	%	82,6	80,9	85,2	83,3	85,9	85,9	82,0	82,6	85,4	82,6	80,9	78,9	77,9	75,1	68,0
Anteil Fremdwährungskredite	(c)	%	26,8	31,7	.	23,6	23,9	24,1	24,8	25,4	26,5	26,8	31,7	35,4	36,6	37,8	37,7

Quelle: (a) Eurostat, (b) IMMOunited GmbH Kaufvertragsauswertung für RE/MAX-Presseaussendung (c) OeNB, (d) Statistik Austria, (e) Prof. Wolfgang Feilmayr, Department für Raumplanung, TU Wien und OeNB, (f) WIFO, (g) eigene Berechnungen.

Annex

Chronik: Wirtschafts- und Währungspolitik – EU[18] und international[19]

Zeitraum 29. August bis 9. Oktober 2014

1) EU, Eurosystem, ESZB

Datum	Institution	Ereignis
30. August 2014	ER	Schwerpunkte des Europäischen Rats (ER): - Nominierung des polnischen Premier Donald Tusk als neuen EU-Ratspräsidenten. Van Rompuys Amtszeit endet am 30. November. Donald Tusk wurde für die Periode 1. Dezember 2014 bis 31. Mai 2017 bestellt. Der Ratspräsident leitet die EU-Gipfel. Donald Tusk wurde auch zum Präsidenten der Eurogruppen-Gipfel ernannt, die zwei Mal pro Jahr vorgesehen sind. - Einigung auf die italienische Außenministerin Federica Mogherini als künftige EU-Außenpolitikbeauftragte, neu ernannte Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik und erste Vizepräsidentin der EK (Nachfolgerin von C. Ashton). Amtsperiode: ab Ende der Amtszeit der derzeitigen EK bis 31.10.2019.
3.September 2014	ECON	Wirtschaftspolitischer Dialog mit J. Dijsselbloem: ➢ Erholung in der Eurozone bleibt weiterhin fragil und uneinheitlich in den unterschiedlichen Mitgliedstaaten, ➢ es besteht weiterhin die Erfordernis der Durchführung von Strukturreformen und die Wiederherstellung des Vertrauens in den Bankensektor, ➢ eine Reduzierung der Besteuerung von Arbeit in den Mitgliedstaaten soll umgesetzt werden. Verbleibende Programmländer: ➢ Cypern: laufende Fortschritte, Umsetzung des Programms ist „on track“; ➢ Griechenland: Es gibt zwar Fortschritte und Anzeichen für ein steigendes Vertrauen der Märkte, aber große Herausforderungen bleiben bestehen (Grad der öffentlichen Verschuldung und die hohe Arbeitslosigkeit).

[18] Autorin: Sylvia Gloggnitzer (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

[19] Autorin: Andrea W. Hofer (Abteilung für Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen)

4. September 2014	EZB	Europäische Zentralbank senkt Leitzins im Euroraum auf Rekordtief von 0,05 Prozent - Der Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität wird um 10 Basispunkte auf 0,30 % und der Zinssatz für die Einlagefazilität um 10 Basispunkte auf -0,20 % gesenkt.
10. September 2014	EK	Jean-Claude Juncker stellt die designierten Kommissionsmitglieder vor: ➢ Insgesamt besteht die neue Kommission neben Juncker aus 27 Kommissaren und sieben Vizepräsidenten, ➢ Erster Vizepräsident wird der Niederländer Frans Timmermanns, der für „Bessere Regulierung" zuständig ist und auch die Aufsicht über die Charta der Grundrechte erhält, ➢ designierter österreichischer Kommissar Johannes Hahn erhält das Portfolio: „Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen.
12. September 2014	ER	Einigung auf weitere restriktive Maßnahmen in Reaktion auf Handlungen Russlands zur anhaltenden Destabilisierung der Lage in der Ukraine. Eine Review-Klausel erlaubt eine Rücknahme der Sanktionen im Anlassfall. In Bezug auf die Kapitalmärkte hat sich gegenüber den bislang bestehenden Maßnahmen folgendes verändert: - Verbot der Begebung von Anleihen, Kapitalbeteiligungen und Ähnlichem mit Laufzeit von mehr als 90 Tagen, begeben zwischen 1.8.2014 und dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der Sanktionen, oder mit einer Laufzeit von 30 Tagen, begeben nach dem Zeitpunkt des Inkrafttreten der Sanktionen, - betroffen sind fünf große russische Staatsbanken, - Erweiterung der Liste der mit Konto- und Reisesperren belegten Personen um 23 auf 119.
12. September 2014	Informeller ECOFIN Rat	I. Wirtschaftslage und Entwicklung auf den Finanzmärkten: Die Wirtschaftslage wurde im zweiten Quartal 2014 vor allem durch unerwartete Einbrüche in den drei großen Euro-Staaten gedämpft. Die Arbeitslosenrate ist in der Mehrheit der Mitgliedstaaten weiterhin hoch. II. Strukturreformen und Investitionen: Der Zugang zur Finanzierung von Investitionen soll verbessert werden. Die Kommission und Europäische Investitionsbank wurden beauftragt, diesbezüglich konkretere Maßnahmen auszuarbeiten und für den ECOFIN-Rat im Oktober darüber einen Zwischenbericht vorzulegen. III. Vorbereitungen auf die Bankenunion: EZB berichtet, dass die Überprüfung der Banken im Rahmen der Asset Quality Review und des Stresstests nach Plan verläuft. Die Mehrheit der Mitgliedstaaten habe auch bereits die rechtlichen Voraussetzungen für nationale Backstops geschaffen. IV. Europäische Arbeitslosenversicherung: Die Diskussion zu diesem Thema wurde grundsätzlich begrüßt, gleichzeitig aber wurde betont, dass andere Themen (Förderung der

		Arbeitskräftemobilität und Schaffung effizienter Arbeitsmärkte) wesentlich größere Priorität einzuräumen sei.
16. September 2014	EP	Das Europäische Parlament hat mit breiter Mehrheit das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine ratifiziert. Für das Abkommen stimmten 535 Abgeordnete, 127 votierten dagegen, 35 enthielten sich. Der politische Teil des Assoziierungsabkommens sieht vor, dass Ukrainer - sofern bestimmte rechtliche, organisatorische und politische Voraussetzungen erfüllt sind - auch ohne Visa in die EU reisen dürfen. Das Freihandelspaket im Abkommen soll nach Gesprächen mit Russland aber erst ab 2016 umgesetzt werden. Es sieht einen fast 100-prozentigen Verzicht beider Seiten auf Zölle für Handelswaren vor. Das Assoziierungsabkommen samt einhergehender Liberalisierung des Handels lässt positive wirtschaftliche Effekte sowohl für die EU als auch die Ukraine erwarten.
22. September 2014	ECON	Währungspolitischer Dialog mit M. Draghi, Präsident der EZB: - Die wirtschaftliche Erholung der Eurozone verliert an Geschwindigkeit, - Draghi weist auf hohe Arbeitslosigkeit, Risiko von ungenügenden Strukturreformen durch die Mitgliedstaaten und eine verlängerte Periode einer niedrigen Inflation hin, - unterstrichen werden die Notwendigkeit einer gemeinsamen Haltung bei der Geldpolitik und die Schaffung von günstigeren Bedingungen, damit der Kreditfluss an die Realwirtschaft erhöht wird, - die EZB steht bereit, zusätzliche unkonventionelle Interventionen innerhalb ihres Mandats zu nutzen und das Ausmaß und/oder Zusammensetzung ihrer Interventionen zu ändern.
2. Oktober 2014	EZB	Die Europäische Zentralbank (EZB) will für die Dauer von mindestens zwei Jahren Pfandbriefe und besicherte Kreditpakete ankaufen. ➢ Der Kauf von Pfandbriefen (Covered Bonds) soll in der zweiten Oktoberhälfte beginnen, ➢ der Kauf von besicherten Kreditpaketen (Asset Backed Securities, „ABS“) im vierten Quartal dieses Jahres.

2) IWF und andere internationale Organisationen/Gremien

Datum	Institution	Ereignis
29. August 2014	IWF / Ukraine	Abschluss der ersten Überprüfung des Stand-By Arrangements mit der Ukraine: Der IWF-Exekutivdirektorium schließt die erste Überprüfung des

		Stand-By Arrangements mit der Ukraine über insgesamt rund 13 Mrd EUR (17 Mrd USD) ab, was die Auszahlung der zweiten Kredittranche (1,1 Mrd EUR bzw. 1,4 Mrd USD) erlaubt (Gesamtauszahlung bisher somit rund 3,6 Mrd EUR bzw. 4,5 Mrd USD) (Programm „on track“).
8. September 2014	IWF / Österreich	Einjährige Verlängerung der bilateralen Darlehensverträge: Das IWF Exekutivdirektorium beschließt eine Verlängerung der im Jahr 2012 (auch mit Österreich) ursprünglich auf zwei Jahre abgeschlossenen bilateralen Darlehensverträge um ein weiteres Jahr. Von den im Jahr 2012 abgeschlossenen 35 bilateralen Verträgen (rund 349 Mrd EUR) werden 32 Verträge (336 Mrd EUR) verlängert.
15. September 2014	IWF / Österreich	Abschluss der 2014 Artikel IV Konsultationen mit Österreich: Das IWF Exekutivdirektorium schließt die Art. IV Konsultationen mit Österreich ab und lobt die österreichischen Behörden für die vernünftige Wirtschaftspolitik, die half, die globale Finanzkrise durchzustehen und stabiles Wachstum und niedrige Arbeitslosigkeit zu bringen. Die Direktoren stellten fest, dass der Wirtschaftsausblick für Österreich positiv bleibt, aber geopolitische Risiken bestehen, insbesondere für den Finanzsektor angesichts seines großen Exposures gegenüber Zentral-, Ost- und Südosteuropa. Die Direktoren kamen überein, dass die politischen Prioritäten in der Aufrechterhaltung der Finanzmarktstabilität und in strukturpolitischen Maßnahmen liegen.
15. September 2014	IWF	Überprüfung des Financial Sector Assessment Program (FSAP): Das IWF Exekutivdirektorium überprüft nach 5 Jahren routinemäßig das Financial Sector Assessment Program (FSAP), seit 2010 obligatorischer Bestandteil der Artikel IV-Konsultationen von 29 Ländern mit systemisch wichtigen Finanzsektoren (auch Österreich). Da anlässlich der FSAP-Überprüfung im Jahr 2009 krisenbedingt umfassende Reformen beim FSAP erfolgreich durchgeführt wurden, stellen die Exekutivdirektoren fest, dass keine großen Änderungen des bestehenden Rahmenwerks notwendig sind.
20.-21. September 2014	G-20	G-20-Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure in Cairns (Australien) - Wichtigste Ergebnisse: • Die Finanzminister der G-20 wollen das Wachstum in ihren Ländern stärken. Auf ihrem Treffen legten sie rund eintausend Maßnahmen für mehr Wachstum vor. Nach Berechnungen internationaler Organisationen (IWF, OECD, WBG) sollen sie das Wachstum bis 2018 um 1,8 Prozentpunkte steigern. Die Maßnahmen, von denen mehr als 700 neue Vorschläge sind, liegen schwerpunktmäßig bei Strukturreformen und öffentlichen Infrastrukturinvestitionen. Ziel der G-20 ist es, das Wachstum in fünf Jahren um 2 Prozentpunkte zu erhöhen. • Die G-20 Finanzminister beschlossen weiters Vorschläge der OECD, mit denen Steuerschlupflöcher für Konzerne geschlossen werden sollen. Weiters forderten die G-20 Fortschritte bei der Umsetzung der IWF Quoten- und Governance-Reform ein und ersuchten die USA dringend, die 2010 beschlossenen Reformen bis

<table>
<tr><td></td><td></td><td>Jahresende 2014 zu ratifizieren.</td></tr>
<tr><td>26. September 2014</td><td>IWF</td><td>Emergency Financial Assistance als Hilfe nach Ebola-Ausbruch:

Das IWF Exekutivdirektorium beschließt in einem Schnellverfahren eine Emergency Financial Assistance über 130 Mio USD für jene Länder, die am stärksten vom Ausbruch des Ebola-Virus betroffen sind.</td></tr>
<tr><td>26. September 2014</td><td>IWF</td><td>Überprüfung der IWF-Überwachung (Triennial Surveillance Review – TSR):

Das IWF Exekutivdirektorium schließt die periodische Überprüfung der IWF Überwachungsaktivitäten ab. Die Direktoren begrüßen die Vielzahl an Reformen seit dem letzten TSR im Jahr 2011, insbesondere aber die Integration von bilateraler und multilateraler Überwachung durch die im Jahr 2012 beschlossene Integrated Surveillance Decision (ISD) und beschließen operationale Prioritäten für die Überwachung 2014 – 2019.</td></tr>
<tr><td>3. Oktober 2014</td><td>IWF</td><td>IWF-Jahresbericht 2014:

Die geschäftsführende IWF-Exekutivdirektorin Christine Lagarde weist im IWF-Jahresbericht 2014 anlässlich des 70-jährigen Jubiläums des IWF darauf hin, dass der IWF gegründet wurde, um nach dem 2. Weltkrieg durch Zusammenarbeit globalen und damit nationalen Wohlstand zu schaffen („national prosperity through global prosperity“).</td></tr>
<tr><td>7. Oktober 2014</td><td>IWF</td><td>World Economic Outlook (WEO):

Trotz Rückschlägen setzt sich die ungleiche globale wirtschaftliche Erholung fort. Vor allem aufgrund der schwächer als erwarteten wirtschaftlichen Aktivität im ersten Halbjahr 2014 insbesondere in den USA aber auch aufgrund des weniger optimistischen Ausblicks für einige Entwicklungsländer revidiert der IWF das weltweite Wirtschaftswachstum auf 3,3% für das Jahr 2014 nach unten; es ist damit um 0,4 Prozentpunkte geringer als im WEO im April 2014. Die globale Wachstumsvorhersage für das Jahr 2015 senkt der IWF auf 3,8%.
<table>
<tr><th></th><th>2013</th><th>2014</th><th>2015</th></tr>
<tr><td>World Output</td><td>3,3%</td><td>3,3% *)</td><td>3,8% *)</td></tr>
<tr><td>Industrieländer</td><td>1,4%</td><td>1,8% *)</td><td>2,3%</td></tr>
<tr><td>Euroraum</td><td>-0,4%</td><td>0,8% *)</td><td>1,3% *)</td></tr>
<tr><td>Schwellen- und Entwicklungsländer</td><td>4,7%</td><td>4,4% *)</td><td>5,0% *)</td></tr>
</table>
*) Revision nach unten gegenüber WEO April 2014

Die akuten Abwärtsrisiken haben sich seit dem Frühjahr erhöht, da die geopolitischen Risiken gestiegen sind und da das Wachstum in den Industrieländern geringer und in den Emerging Markets weniger stark ist. Der IWF empfiehlt dringend länderspezifische Strukturreformen in Industrieländern und Emerging Markets.</td></tr>
<tr><td>7. Oktober 2014</td><td>IWF</td><td>Global Financial Stability Report (GFSR):

Der IWF warnt, dass die fortgesetzte währungspolitische Lockerung zur Übernahme besonderer finanzieller Risiken ermutigen kann. (“Easy</td></tr>
</table>

		money continues to increase global financial stability risks.") Um den Trade-off der akkommodierenden Währungspolitik zwischen ökonomischen Aufwärtschancen und Abwärtsrisiken für die Finanzmarktstabilität auszubalancieren, empfiehlt der IWF a) den Transmissionsmechanismus der Währungspolitik auf die Realwirtschaft zu fördern und gleichzeitig b) makroprudenzielle Aufsicht.
9.-10. Oktober 2014	G-20	G-20-Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure – Wichtigste Ergebnisse: • Wachstum: Die G-20 beschließen eine globale Infrastrukturinitiative um Qualitätsinvestitionen zu fördern. Die Initiative wird von einem bis November finalisierten Global Infrastructure Hub der Weltbank unterstützt, eine Plattform für die Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsbanken und dem Privatsektor. • Der stellvertretende türkische Premierminister Ali Babacan stellt seine Pläne für seine G-20-Präsidentschaft im Jahr 2015 vor.
11.-12. Oktober 2014	IWF	IWF-Jahrestagung – Wichtigste Ergebnisse: • Globale Wirtschaft und Wachstum: Der IWF verpflichtet sich beizutragen, das potenzielle Wachstum zu erhöhen und eine robustere, nachhaltigere, ausgeglichenere und arbeitsplatzreichere globale Wirtschaft zu schaffen. • Fiskalpolitik: Die fiskalischen Strategien sollten weiter so flexibel umgesetzt werden, dass das Wachstum und die Arbeitsplatzschaffung unterstützt werden und gleichzeitig die Verschuldung nachhaltig ist. • Währungspolitik: Der IWF empfiehlt eine eventuelle Normalisierung der Währungspolitik bei gestärktem Wachstum und Preisstabilität, die allerdings vorsichtig kalibriert und gut kommuniziert sein sollte, um Spillovers und Spillbacks zu minimieren und günstig für die globale Wirtschaft zu sein. Emerging Markets sollten Kapitalbuffer aufbauen, wo diese unzureichend sind. • Governance: Der IWF betont, dass die Implementierung der Quoten- und Governancereformen aus dem Jahr 2010 höchste Priorität hat. Nächstes IMFC-Meeting: 17.-18. April 2015 in Washington D.C.

Wirtschaftsindikatoren - Grafiken und Tabellen

Redaktionsschluss: 15. Oktober 2014

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Weltwirtschaft	
Prognose der Europäischen Kommission für ausgewählte Regionen	1
Makroökonomische Indikatoren	2
Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise	3
Euroraum	
Wirtschaftsindikatoren	
Prognosen	4
Aktuelle Entwicklung	5
Leitzinssätze und Bereitstellung der Liquidität	6
Zinserwartungen	7
Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen	8
Renditen und Kreditzinsen	9
Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation	10
Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt	11
Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren	12
Inflation und Arbeitskosten	13
Makroökonomische Ungleichgewichte	14
Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)	
Ausgewählte makroökonomische Indikatoren	15
Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder	
Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts	16
Entwicklung der Verbraucherpreise	17
Arbeitslosenquoten	18
Leistungsbilanzsalden	19
Fiskaldaten	20
Österreich	
Wirtschaftsindikatoren	
Prognosen	21
Aktuelle Entwicklung	22
Außenhandel mit Waren	24
Inflation und Wettbewerbsindikatoren	25
Tourismus und Reiseverkehr	26
Öffentliche Haushalte	27
Bundeshaushalt	28
Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute - unkonsolidiert	29
Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	30
Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	31
Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland	32
Ertragslage der Kreditinstitute - konsolidiert	33
Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE	34
Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung	
Geldvermögensbildung und Geldvermögen	35
Finanzierung und Verbindlichkeiten	36

Zeichenerklärung

.. = Angabe liegt zur Zeit der Berichterstattung nicht vor
x = Angabe ist aus sachlichen Gründen nicht möglich
0 = Wert ist kleiner als die Hälfte der ausgewiesenen Einheit
Ø = Durchschnitt

Prognose des IWF für ausgewählte Regionen

	Reales BIP		Inflation[1)]		Arbeitslose		Budgetsaldo		Staatsschuld		Leistungsbilanzsaldo	
	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015
	Veränderung zum Vorjahr in %		*in %*		*in % des Arbeitskräfteangebotes*		*in % des BIP*					
USA	2,2	3,1	2,0	2,1	6,3	5,9	-5,5	-4,3	105,6	105,1	-2,5	-2,6
Japan	0,9	0,8	2,7	2,0	3,7	3,8	-7,1	-5,8	245,1	245,5	1,0	1,1
China	7,4	7,1	2,3	2,5	4,1	4,1	-1,0	-0,8	40,7	41,8	1,8	2,0
Euroraum	0,8	1,3	0,5	0,9	11,6	11,2	-2,9	-2,5	96,4	96,1	2,0	1,9
EU	1,4	1,8	1,4	1,8	x	x	-3,0	-2,5	89,1	88,9	1,4	1,4
Österreich	1,0	1,9	1,7	1,7	5,0	4,9	-3,0	-1,5	80,1	78,6	3,0	3,2
Deutschland	1,4	1,5	0,9	1,2	5,3	5,3	0,3	0,2	75,5	72,5	6,2	5,8
Vereinigtes Königreich	3,2	2,7	1,6	1,8	6,3	5,8	-5,3	-4,1	92,0	93,1	-4,2	-3,8
Polen	3,2	3,3	0,1	0,8	9,5	9,5	-3,2	-2,5	49,4	49,0	-1,5	-2,1
Ungarn	2,8	2,3	0,3	2,3	8,2	7,8	-2,9	-2,8	79,1	79,2	2,5	2,0
Tschechische Republik	2,5	2,5	0,6	1,9	6,4	6,0	-1,2	-1,4	44,4	44,4	-0,2	-0,3

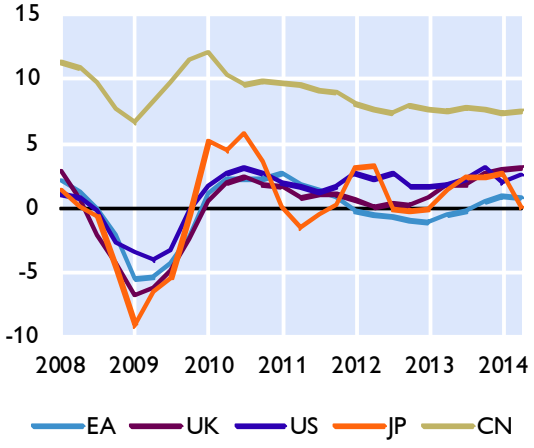
Quelle: IWF-WEO Prognose Oktober 2014.

1) HVPI-Inflation; USA, Japan, China: VPI.

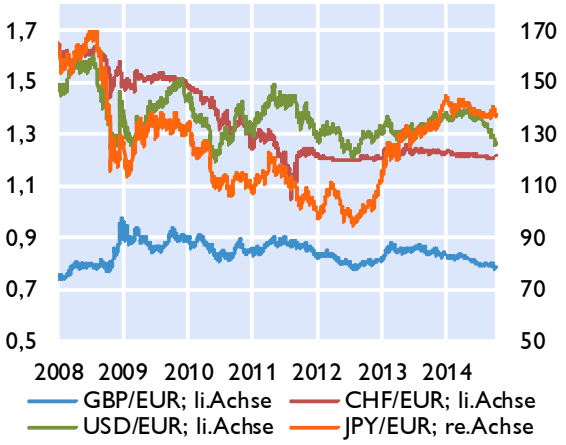
Makroökonomische Indikatoren

Reales BIP-Wachstum

Veränderung zum Vorjahr in %

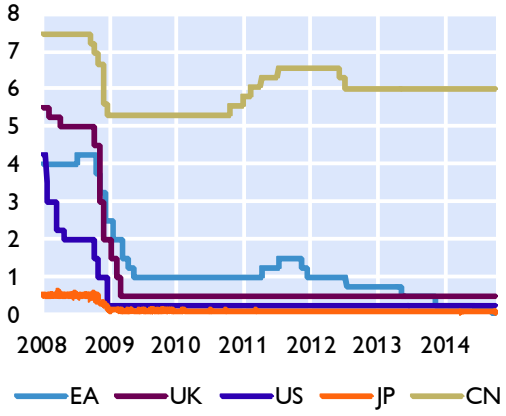


Wechselkurse zum Euro



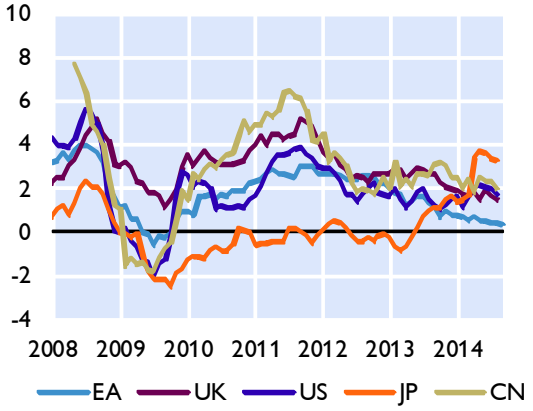
Leitzinssätze der Zentralbanken

in %



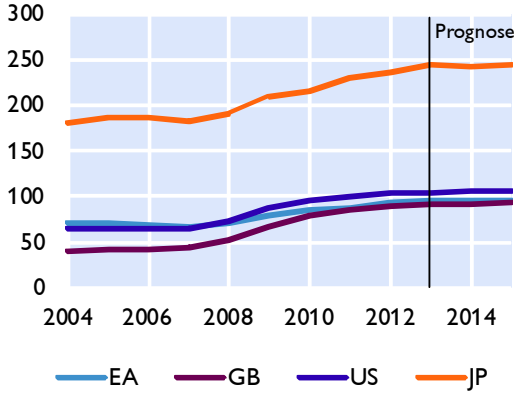
Verbraucherpreisindizes

in %



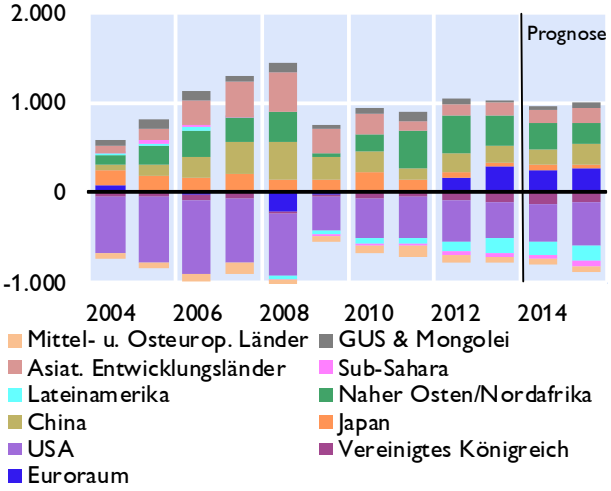
Öffentliche Verschuldung

in % des BIP



Leistungsbilanz

Saldo in Mrd USD



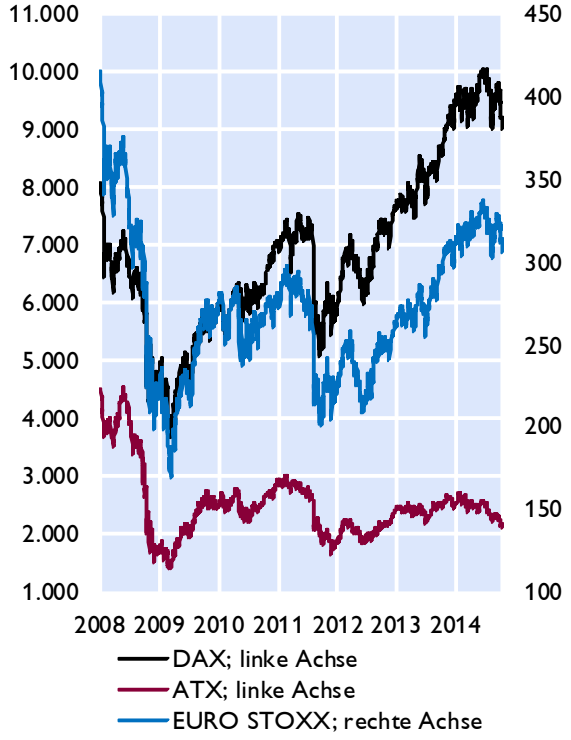
Quelle: Eurostat, Europäische Kommission, IWF, Thomson Reuters, nationale Quellen.

Aktienkurse und Entwicklung der Rohstoffpreise

Seite 3

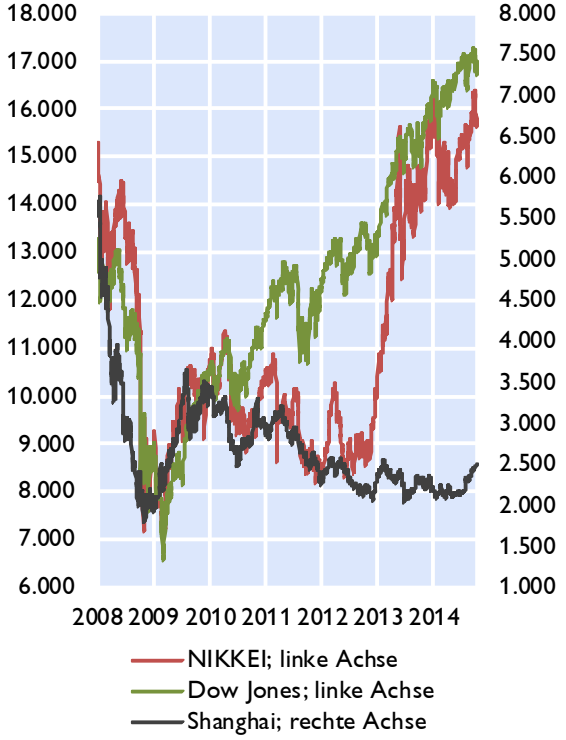
Aktienkurse - Europa

in Punkten



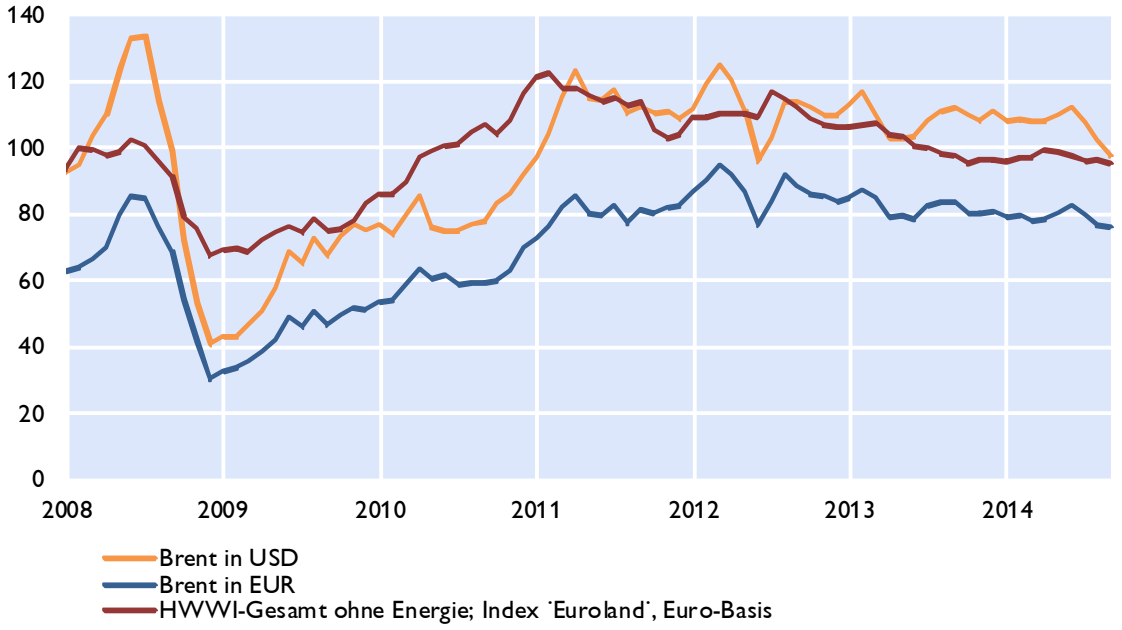
Aktienkurse - International

in Punkten



Rohstoffpreise

USD bzw. EUR je Barrel; HWWI-Rohstoffpreisindex: 2010=100



Quelle: Thomson Reuters.

Prognosen wichtiger Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum

	EZB / Eurosystem September 2014			OECD Mai 2014		IWF Oktober 2014		EU-Kommission Mai 2014	
	2014	2015	2016	2014	2015	2014	2015	2014	2015
	Veränderung zum Vorjahr in %								
BIP, real	0,9	1,6	1,9	1,2	1,7	0,8	1,3	1,2	1,8
Privater Konsum, real	0,7	1,4	1,6	0,7	1,3	0,7	1,2	0,7	1,4
Öffentlicher Konsum, real	0,7	0,4	0,4	0,3	0,2	0,4	0,2	0,5	0,7
Bruttoanlageinvestitionen, real	1,1	3,1	3,9	2,5	3,3	0,7	2,0	2,3	3,6
Exporte, real	3,1	4,5	5,3	x	x	3,5	4,3	4,2	5,7
Importe, real	3,5	4,5	5,3	x	x	3,4	3,9	4,1	5,9
BIP Deflator	0,9	1,3	1,7	0,7	1,1	1,0	1,2	1,2	1,4
HVPI	0,6	1,1	1,4	0,7	1,1	0,5	0,9	1,0	1,3
Lohnstückkosten	1,0	0,8	1,1	0,2	0,5	1,1	0,9	0,7	0,8
Beschäftigte	0,3	0,6	0,7	0,2	0,6	0,4	0,7	0,3	0,7
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition								
Arbeitslosenquote	11,6	11,2	10,8	11,7	11,4	11,6	11,2	12,0	11,7
	in % des nominellen BIP								
Leistungsbilanz	2,3	2,3	2,4	3,1	3,2	2,0	1,9	2,7	2,7
Öffentliches Defizit	-2,6	-2,4	-1,9	-2,5	-1,8	96,4	96,1	-2,6	-2,5
	Prognoseannahmen								
Erdölpreis in USD/Barrel	107,4	105,3	102,7	110,6	115,6	102,8	99,4	104,1	99,6
Kurzfristiger Zinssatz in %	0,2	0,2	0,3	0,1	0,1	0,2	0,1	0,3	0,4
USD/EUR	1,36	1,34	1,34	1,38	1,38	1,35	1,34	1,36	1,36
	Veränderung zum Vorjahr in %								
BIP, real USA	2,1	3,1	3,1	2,6	3,5	2,2	3,1	2,9	3,2
BIP, real Welt[1)]	3,7	4,2	4,3	2,2	2,8	3,3	3,8	3,6	3,9
Welthandel[2)]	3,9	5,3	5,8	4,4	6,1	3,8	5,0	4,9	6,0

1) EZB / Eurosystem: Welt ohne Euroraum. 2) EU-Kommission: Weltimporte.

Euroraum: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung

	2012	2013	2013 Q3	2013 Q4	2014 Q1	2014 Q2	2014 Q3	2014 Jun.	2014 Jul.	2014 Aug.	2014 Sept.
	Veränderung zum Vorjahr in %										
HVPI gesamt	2,5	1,3	1,3	0,8	0,7	0,6	0,6*)	0,5	0,4	0,4	0,3*)
Kerninflation	1,5	1,1	1,1	0,8	0,8	0,8	0,8*)	0,8	0,8	0,9	0,7*)
BIP-Deflator des privaten Konsums	1,5	1,5	1,4	0,9	0,8	0,7	..	x	x	x	x
Lohnstückkosten (nominell)	1,9	1,2	1,2	0,7	0,4	0,9	..	x	x	x	x
Arbeitnehmerentgelt (nominell)	1,9	1,6	1,6	1,7	1,3	1,1	..	x	x	x	x
Arbeitsproduktivität (nominell)	0,0	0,5	0,5	0,9	0,8	0,2	..	x	x	x	x
Produzentenpreis (Industrie)	2,8	-0,2	-0,6	-1,1	-1,5	-1,0	..	-0,9	-1,28	-1,38	..
Rohstoffpr. o. Energ; in EUR, 2010=100	110,3	101,0	98,4	96,1	96,7	98,5	95,6	97,4	95,6	96,3	95,0
Rohölpreis (Brent in EUR je Barrel)	87,1	82,1	83,2	80,5	79,0	80,3	77,4	82,6	79,4	76,9	75,8
Rohölpreis (Brent in USD je Barrel)	112,0	109,0	110,3	109,6	108,2	110,0	102,6	112,2	107,5	102,4	97,9
	Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)										
BIP real	-0,7	-0,4	0,1	0,3	0,2	0,0	..	x	x	x	x
Privater Konsum	-1,4	-0,7	0,2	0,1	0,2	0,3	..	x	x	x	x
Öffentlicher Konsum	-0,5	0,1	0,3	-0,3	0,7	0,2	..	x	x	x	x
Bruttoanlageinvestitionen	-4,1	-3,1	0,5	0,9	0,2	-0,3	..	x	x	x	x
	Beitrag zum Wachstum des realen BIP (in Prozentpunkten)										
Binnennachfrage (ohne Lager)	-2,1	-0,9	0,6	-0,1	0,5	-0,1	..	x	x	x	x
Nettoexporte	1,5	0,5	-0,4	0,4	-0,3	0,1	..	x	x	x	x
Veränderung der Lagerhaltung	-0,1	0,0	-0,1	0,0	0,0	0,0	..	x	x	x	x
	Zahlungsbilanz (in Mrd EUR)										
Handelsbilanz	81,3	155,7	36,6	47,7	31,1	47,2	..	16,7	21,2	..	..
Leistungsbilanz	128,6	221,3	49,9	66,7	55,6	54,5	..	24,8	32,3	..	..
Leistungsbilanz in % des BIP	1,7	2,4	2,1	2,8	2,3	2,2	..	x	x	x	x
	Ausgewählte Indikatoren										
Economic Sentiment Indicator	90,8	93,8	95,3	99,1	101,5	102,2	100,9	102,1	102,1	100,6	99,9
Industrievertrauen (Saldo)	-11,7	-9,3	-8,3	-4,1	-3,5	-3,6	-4,9	-4,3	-3,8	-5,3	-5,5
Markit Einkaufsmanagerindex (Industrie)	46,2	49,6	50,9	51,9	53,4	52,4	51,0	51,8	51,8	50,7	50,5*)
ifo-Geschäftsklima (2005=100)	105,0	106,8	107,2	108,7	110,9	110,4	106,3	109,7	108	106,3	104,7
Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	-2,5	-0,7	-1,1	1,6	1,4	1,0	..	0,3	1,6	-1,9	..
Konsumentenvertrauen (Saldo)	-22,1	-18,6	-15,9	-14,4	-11,2	-7,7	-9,9	-7,5	-8,4	-10	-11,4
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	-1,7	-0,8	-0,5	0,5	1,0	1,3	..	1,9	0,6	1,8	..
Kapazitätsausl. im Gewerbe in %	78,9	78,0	78,3	78,4	80,1	79,5	79,8	x	x	x	x
	Arbeitsmarktentwicklung										
Arbeitslose in % der Beschäftigten[1)]	11,3	12,0	12,1	11,9	11,7	11,6	..	11,5	11,5	11,5	..
Beschäftigung gesamt (Vä z. VP in %)	-0,7	-0,9	0,0	0,1	0,1	0,2	..	x	x	x	x
	Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)										
Geldmenge M3	3,5	1,0	2,0	1,0	1,0	1,6	..	1,6	1,8	2,0	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	x	x	x	x	x	x	x	1,5	1,8	..	..
Buchkredite an den privaten Sektor	0,5	-0,1	0,1	-0,1	-0,1	-0,7	..	-0,6	-0,5	-0,5	..
Leitzinssatz (Periodenendstand)	0,75	0,25	0,50	0,25	0,25	0,15	0,1	0,15	0,15	0,15	0,05
3-Monats Zinssatz (%)	0,57	0,22	0,22	0,23	0,30	0,30	0,2	0,24	0,21	0,19	0,10
10-Jahres Zinssatz (%)	3,92	3,00	3,15	2,97	2,81	2,23	1,8	2,09	1,96	1,78	1,66
Zinsabstand; 10-J. Zins minus 3-M. Zins	3,35	2,78	2,93	2,75	2,52	1,93	1,6	1,85	1,76	1,59	1,56
Corporate Bond Spreads (in Bp; Euro)[2)]	168,5	109,7	111,5	107,8	103,6	105,0	108,8	102,4	107,0	111,2	108,2
Aktienkurse (DJ-Euro Stoxx-Index)	239,9	281,8	282,4	305,3	315,9	326,4	319,2	331,5	322,3	311,3	324,0
Wechselkurs USD je EUR	1,29	1,33	1,32	1,36	1,37	1,37	1,3	1,36	1,35	1,33	1,29
nom. effekt. Wechselkurs des EUR[3)]	97,9	101,7	101,9	103,1	103,9	103,8	101,6	103,0	102,6	101,9	100,3
real effektiver Wechselkurs des EUR[3)]	95,5	98,9	99,2	100,0	100,7	100,1	97,8	99,2	98,8	98,1	96,6
	Finanzierung des öffentlichen Haushaltes in % des BIP										
Budgetsalden	-3,7	-3,0	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Staatsschuldenquoten	90,7	92,6	x	x	x	x	x	x	x	x	x

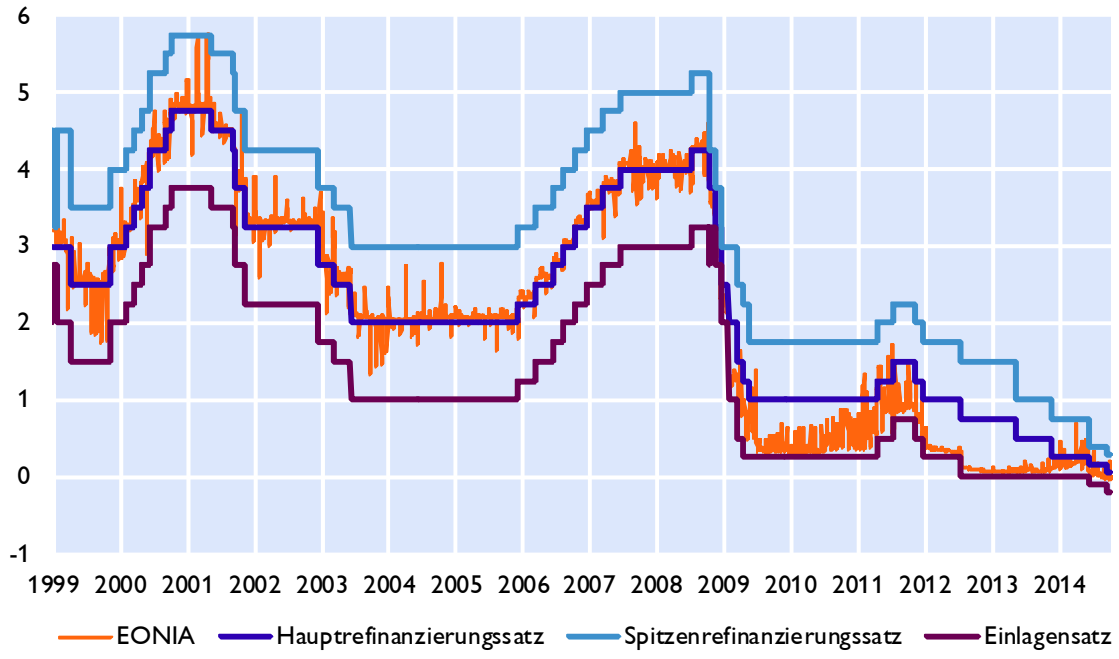
Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Thomson Reuters, HWWI, Markit, ifo.

*1) ILO-Definition. 2) Renditeabstand von 7- bis 10-jährigen Unternehmensanleihen zu 7- bis 10-jährigen Staatsanleihen (Merrill Lynch). 3) Enger Länderkreis, real effektiver Wechselkurs, berechnet anhand des VPI (1999 Q1=100). *) Schnellschätzung*

Euroraum: Leitzinssätze und Bereitstellung von Liquidität

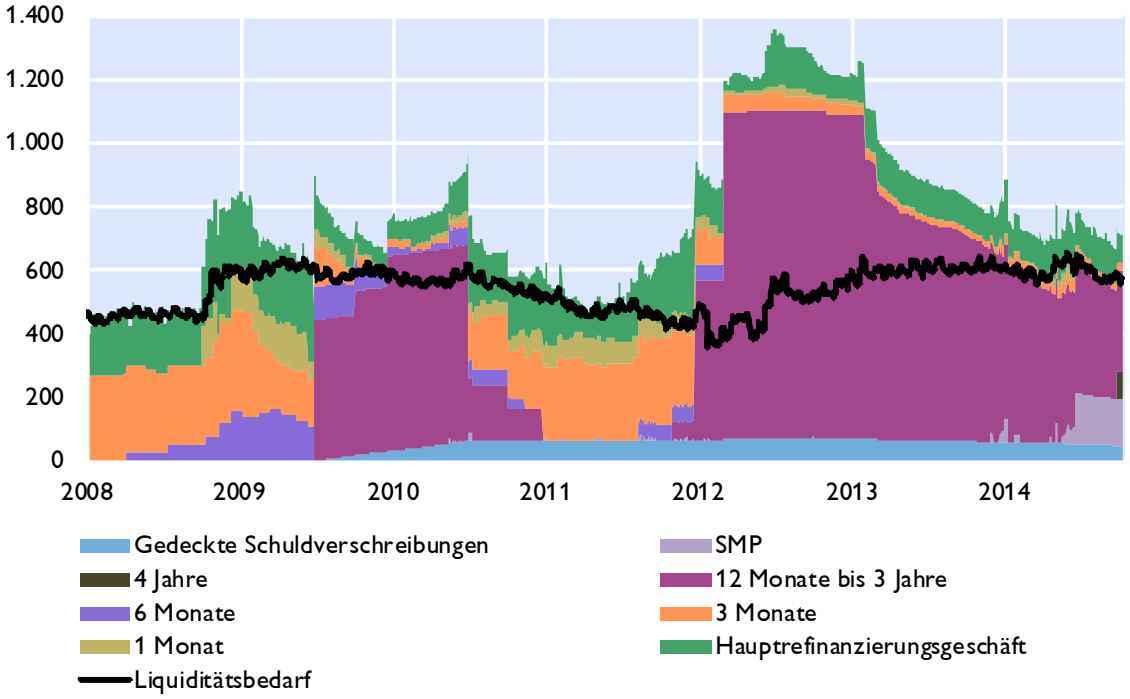
EZB-Leitzinssätze und EONIA

in %



Liquiditätsbereitstellung im Euroraum

nach Fristigkeit, in Mrd Euro

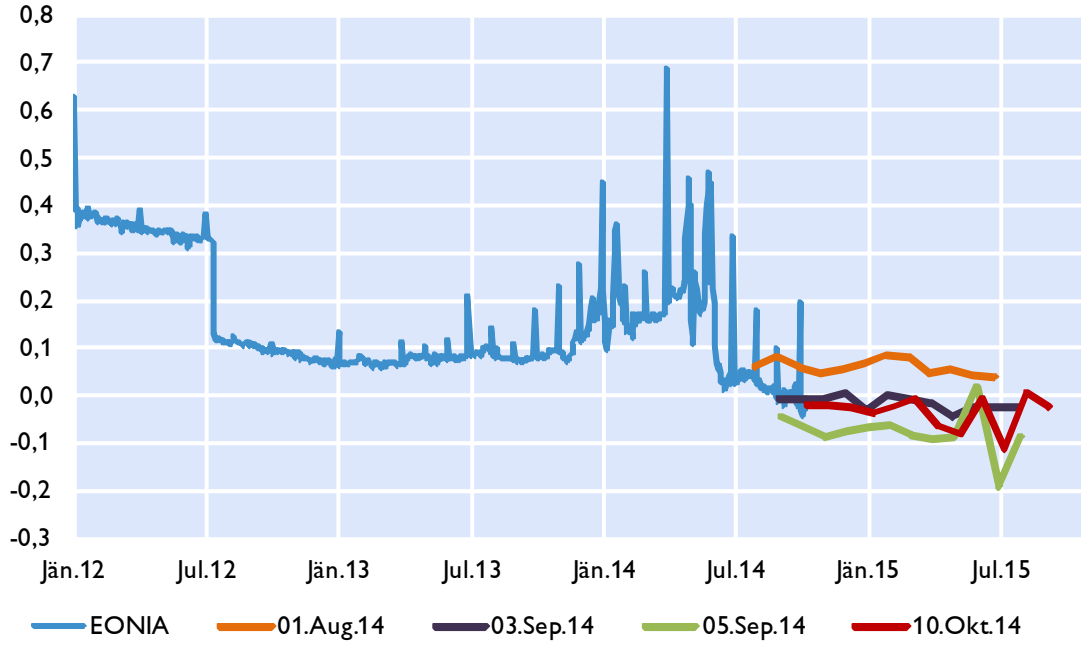


Quelle: Thomson Reuters, EZB, OeNB.

Euroraum: Zinserwartungen

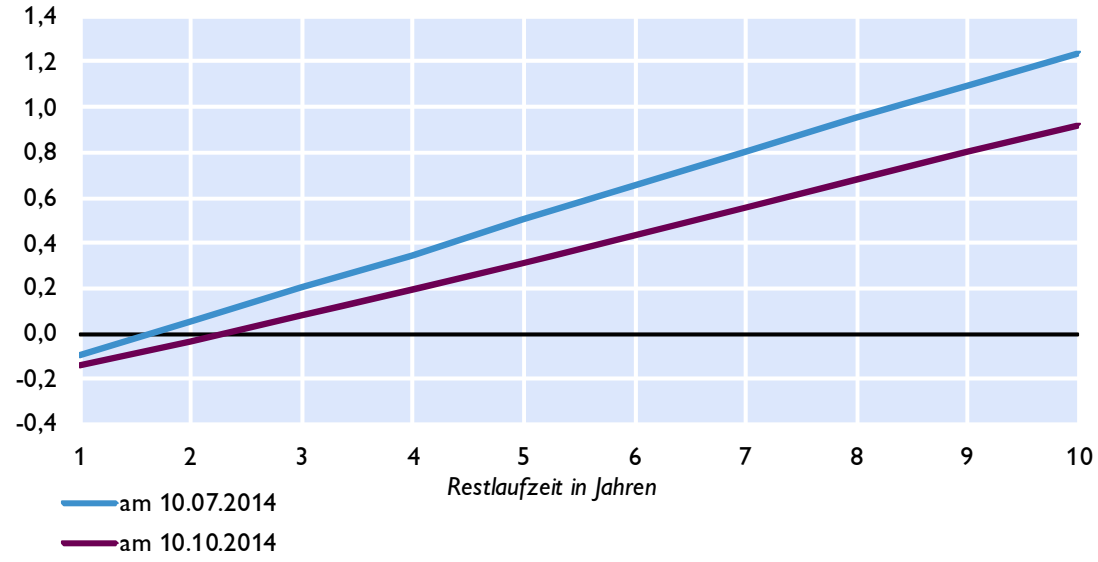
Markterwartungen über den Verlauf des EONIA

berechnet aus EURO Overnight Index Swaps, in %



Zinsstrukturkurve für AAA Staatsanleihen im Euroraum

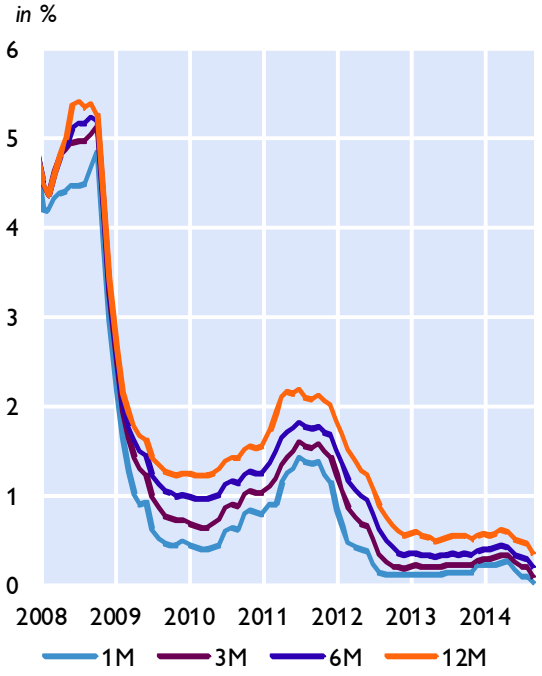
in %



Quelle: Thomson Reuters.

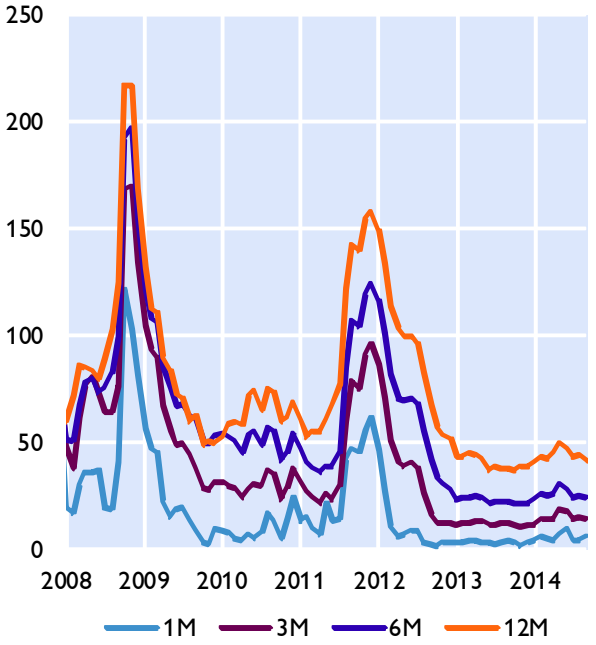
Euroraum: Geldmarktzinssätze und Renditen langfristiger Staatsanleihen

Euribor-Sätze



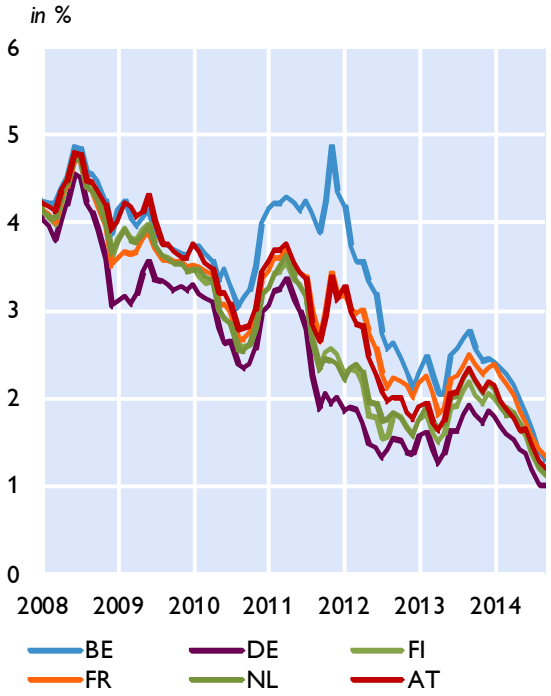
Risikoaufschläge am Interbankenmarkt

Euribor minus EURO Overnight Index Swap in Basispunkten

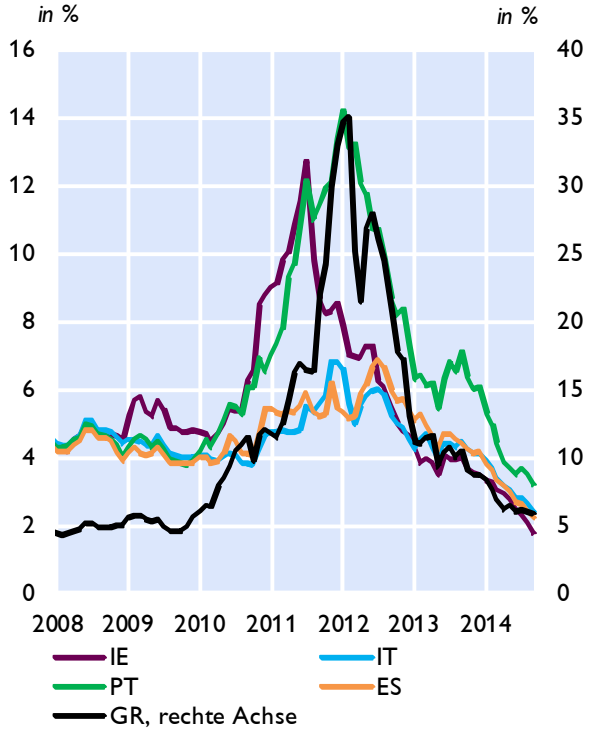


Renditen 10-jähriger Staaatsanleihen

Niedrigzinsländer



Hochzinsländer

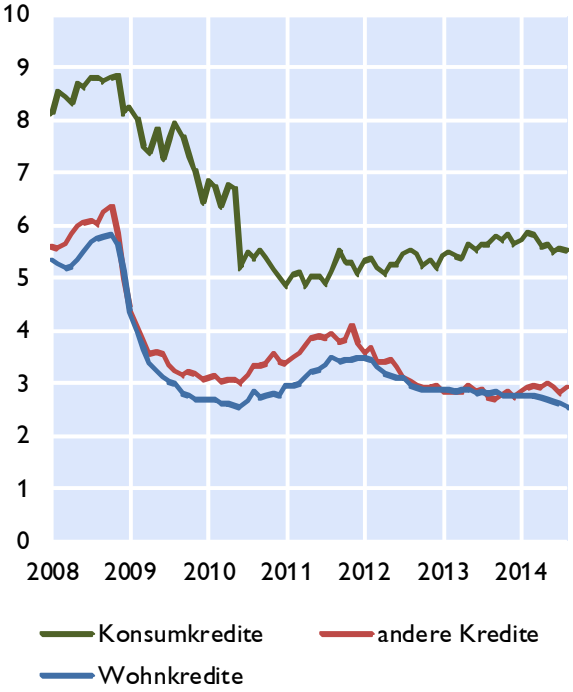


Quelle: Thomson Reuters.

Euroraum: Renditen und Kreditzinsen

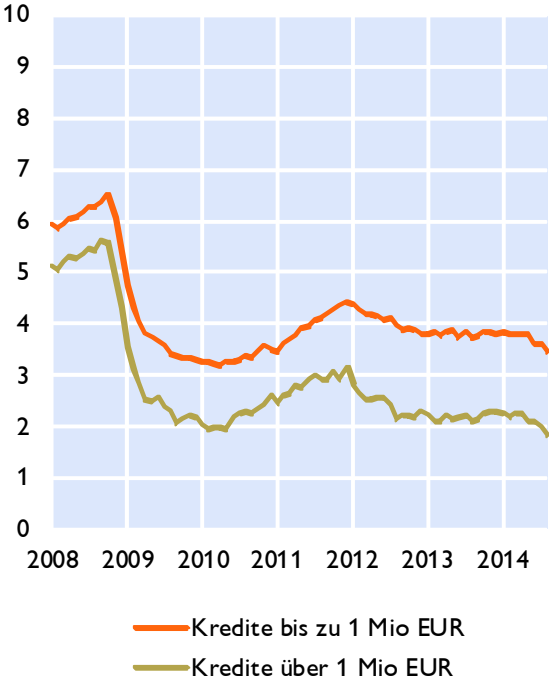
Kreditzinssätze für private Haushalte

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



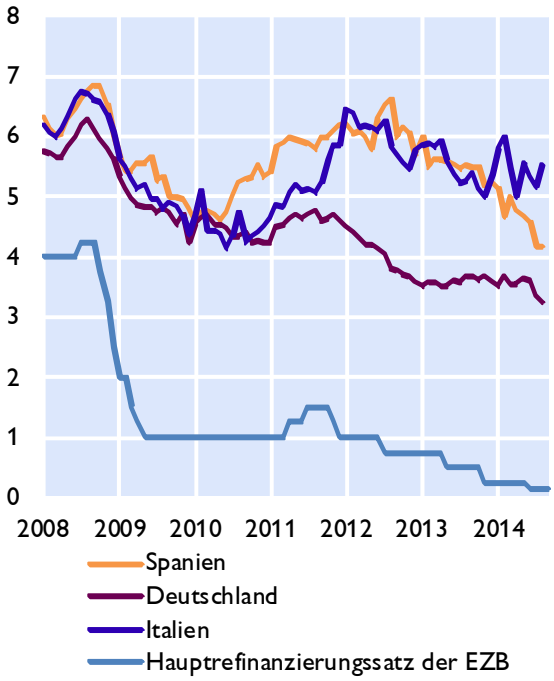
Kreditzinssätze für Unternehmen

mit Zinsfixierung bis zu 1 Jahr, in %



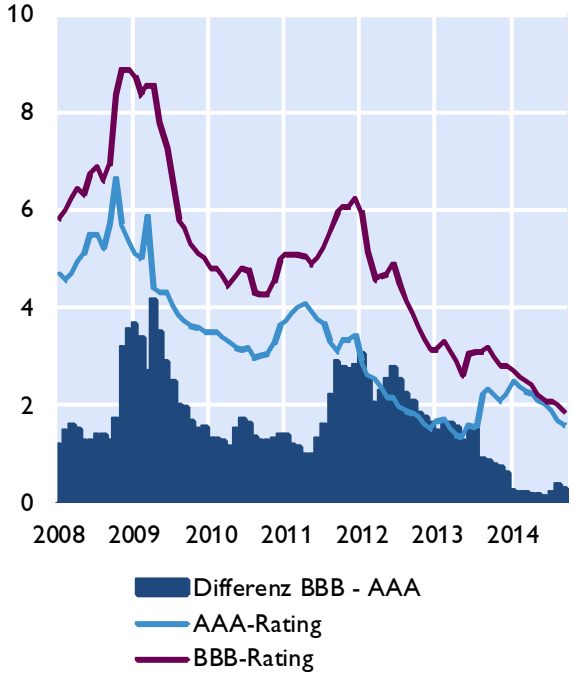
Kreditzinssätze für Unternehmen in ausgewählten Ländern und Leitzinssatz des Euroraums

in %



Renditen für Unternehmensanleihen

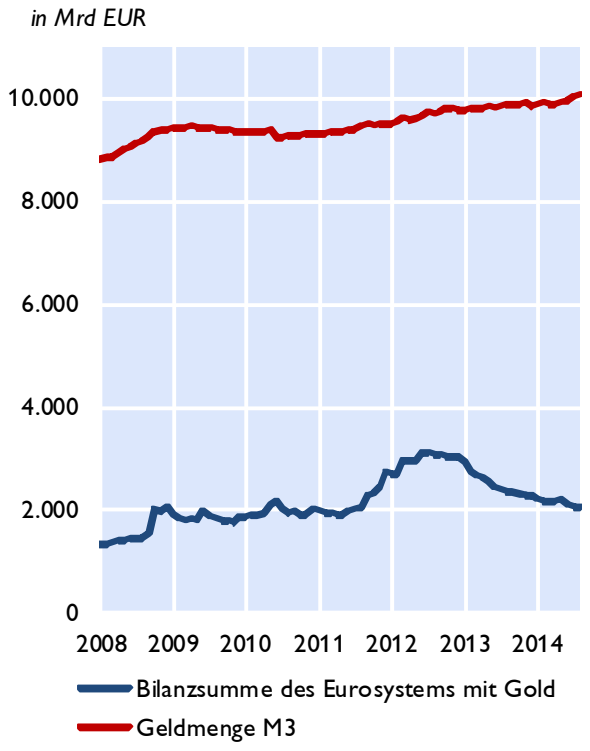
in %



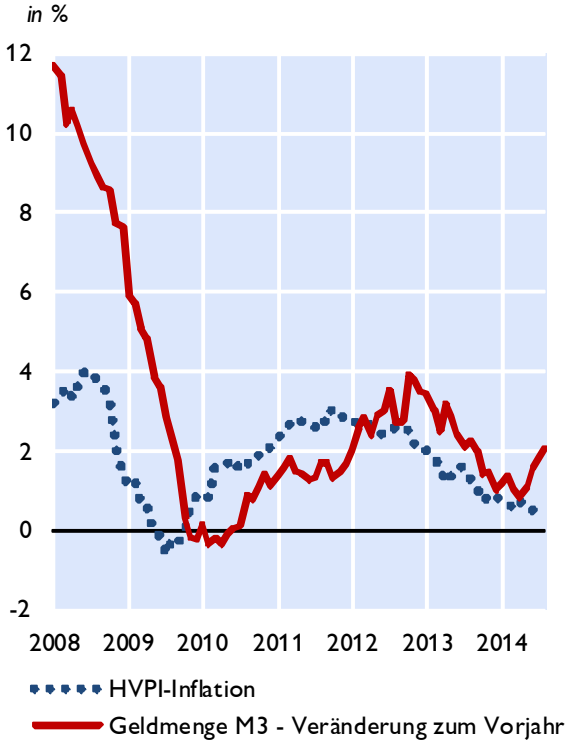
Quelle: Thomson Reuters, EZB.

Euroraum: Zentralbankbilanz, Geldmenge und Inflation

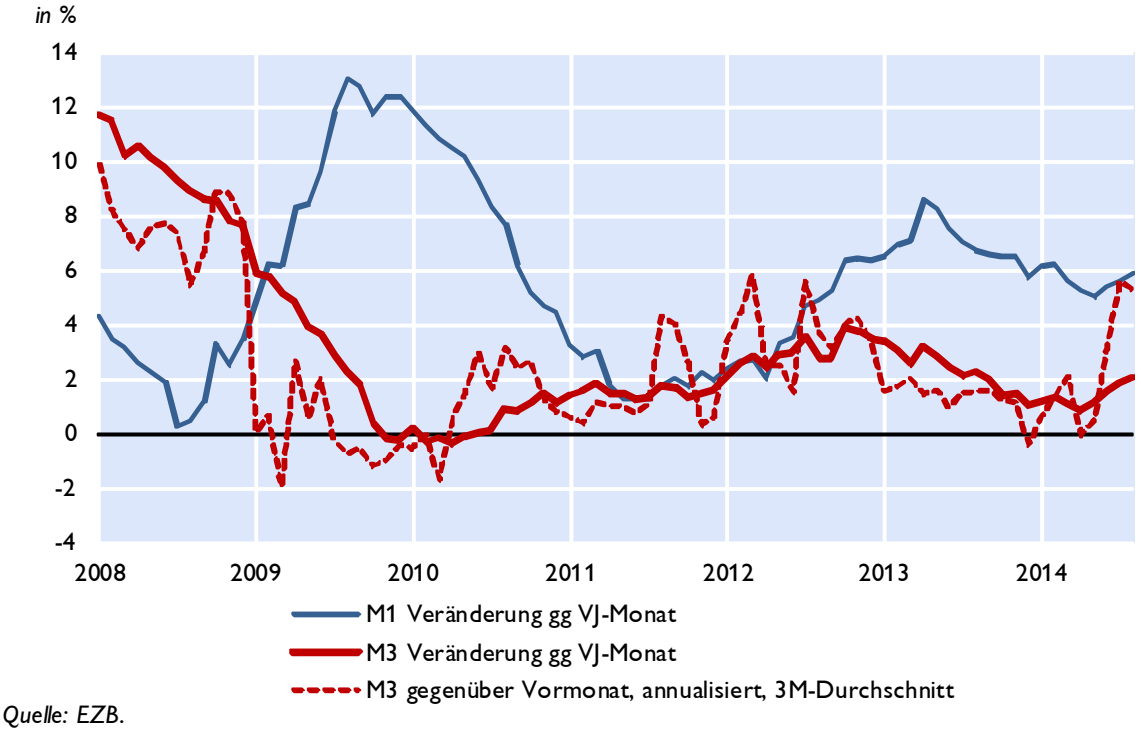
Bilanz im Eurosystem und Geldmenge M3



Geldmenge M3 und Inflation



Geldmenge M1 und M3



Quelle: EZB.

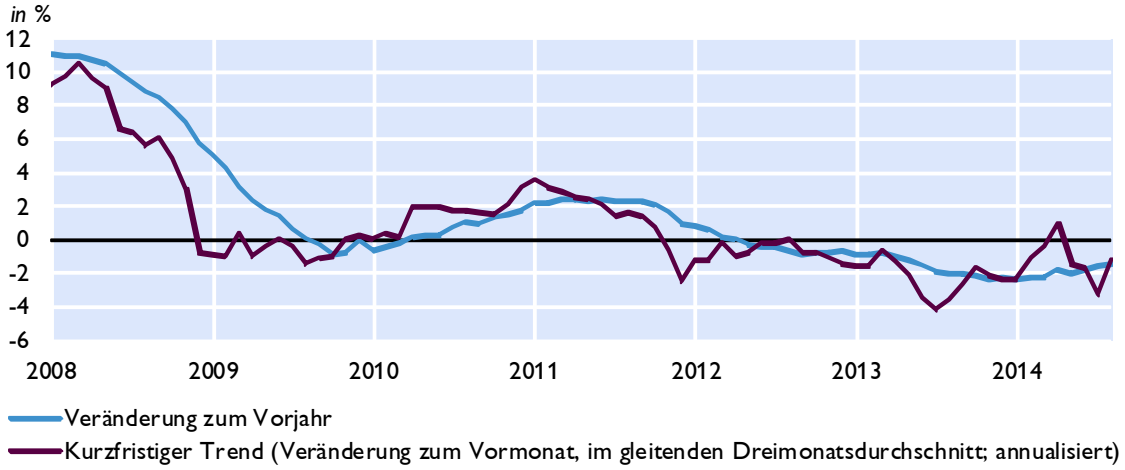
Euroraum: Gegenposten der Geldmenge M3 und Kredite gesamt

Gegenposten der Geldmenge M3

Veränderung zum Vorjahr in %

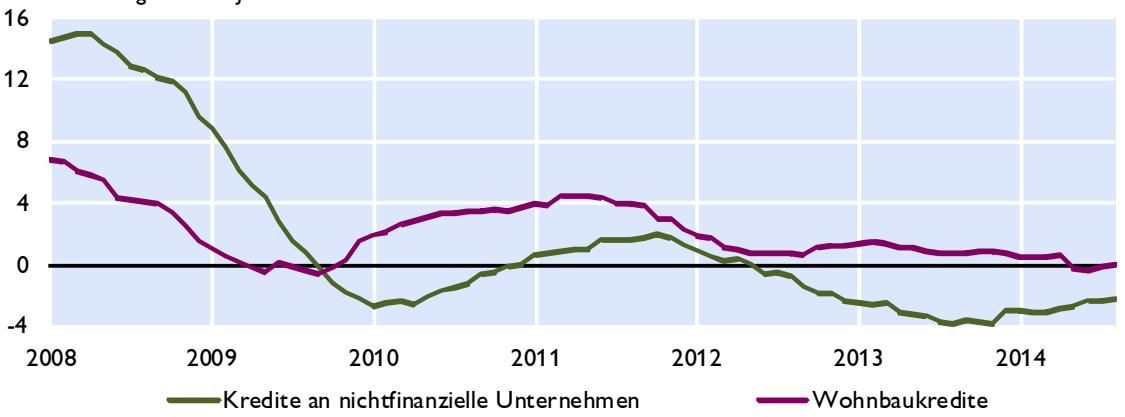
	arbeitstägig und saisonal bereinigt	2012	2013	Mär.14	Apr.14	Mai.14	Jun.14	Jul.14	Aug.14
Aktiva	Kredite	0,5	-2,0	-2,2	-2,2	-2,3	-2,3	-1,9	-1,8
	Kredite an öffentliche Haushalte	5,8	-0,7	-0,9	-0,9	-1,4	-2,6	-1,8	-1,2
	Kredite an sonstige Nicht-MFIs im Euro-Währungsgebiet	-0,8	-2,3	-2,5	-2,5	-2,6	-2,2	-1,9	-1,9
	davon: Buchkredite an den privaten Sektor[1)]	-0,6	-2,3	-2,2	-1,8	-2,0	-1,8	-1,6	-1,5
	Aktiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	-2,9	-1,8	0,6	0,8	1,7	2,1	4,0	4,3
Passiva	Passiva gegenüber Ansässigen außerhalb des Euro-Währungsgebietes	-5,9	-11,5	-9,5	-9,2	-7,6	-8,1	-6,4	-5,2
	Längerfristige Verbindlichkeiten der MFIs	-1,5	-1,2	-1,0	-1,0	-1,2	-1,6	-1,3	-1,1

Entwicklung der Buchkredite an den privaten Sektor[1)]



Kreditentwicklung

Veränderung zum Vorjahr in %



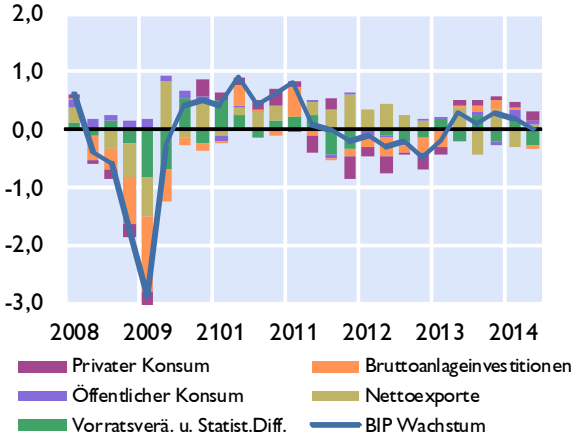
Quelle: EZB.

1) Nichtfinanzielle Unternehmen ohne öffentlichen Sektor.

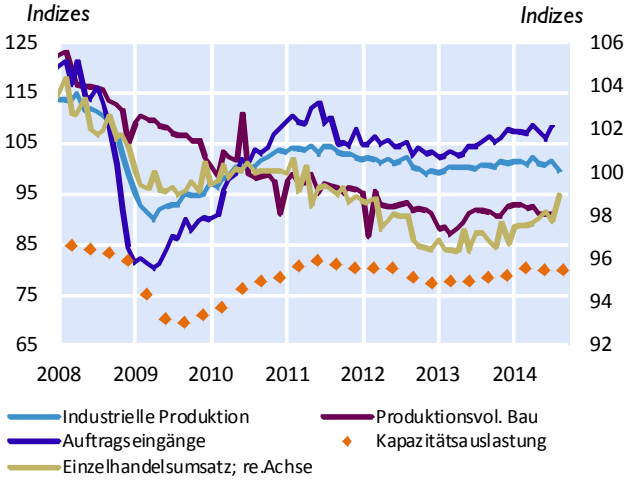
Euroraum: Wirtschafts- und Vertrauensindikatoren

Wachstumsbeiträge zum realen BIP

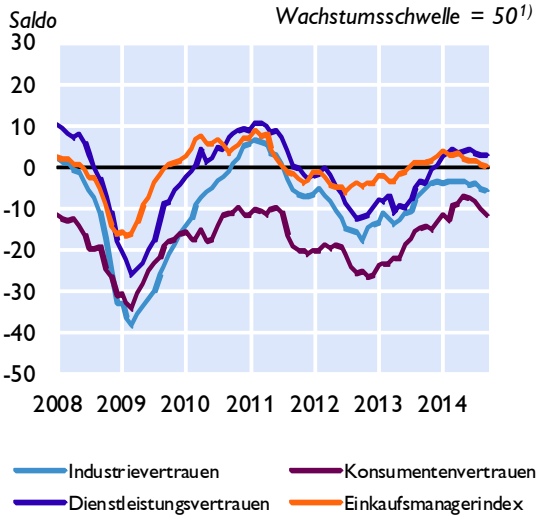
Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



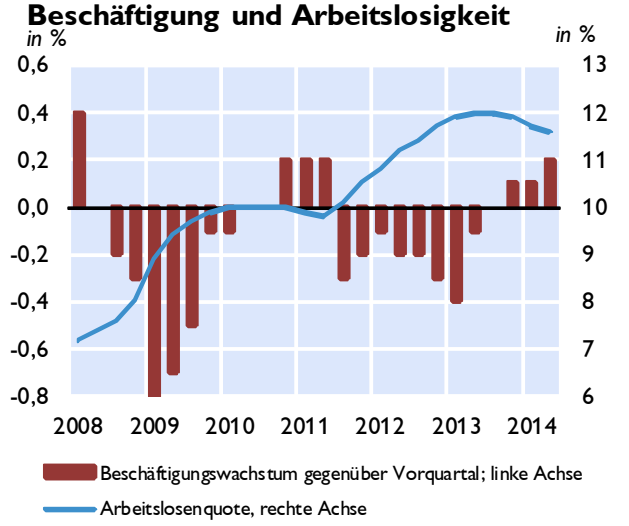
Frühindikatoren zum BIP-Wachstum



Geschäftsklimaindikatoren



Beschäftigung und Arbeitslosigkeit



Zahlungsbilanz

Salden	2011	2012	2013	2Q13	3Q13	4Q13	1Q14	2Q14
	in Mrd EUR							
Leistungsbilanz	12,06	133,09	227,81	60,07	51,42	87,71	31,63	56,35
Güter	0,87	89,05	165,31	49,86	38,07	48,09	36,92	50,93
Dienstleistungen	77,90	95,04	113,20	30,30	33,48	30,47	19,59	34,51
Einkommen	39,57	56,26	69,85	9,97	13,99	23,56	17,65	0,07
Laufende Transfers	-106,28	-107,26	-120,55	-30,05	-34,12	-14,40	-42,52	-29,15
Vermögensübertragungen	50,94	165,05	252,85	72,19	55,86	101,57	28,67	58,51
Kapitalbilanz	10,69	6,48	21,50	5,55	4,55	9,28	5,53	2,74
Direktinvestitionen	-101,72	-71,57	-32,16	21,97	-12,65	-16,31	-24,38	-0,19
Portfolioinvestitionen	238,59	95,44	110,26	43,97	4,92	58,99	65,63	-9,83
Finanzderivate	-5,55	5,29	17,33	-1,88	7,59	3,40	2,93	6,02
Sonstige Investiitionen	-172,00	-179,26	-343,88	-135,06	-52,86	-147,35	-70,30	-54,21
Währungsreserven[2)]	-10,27	-14,96	-4,41	-1,19	-2,86	-0,31	-2,56	-0,31
Statistische Differenz	28,20	25,48	3,54	6,56	-0,11	4,58	-8,49	-0,58
Leistungsbilanz in % des BIP[3)]	0,4	1,8	2,6	2,6	2,1	2,8	2,3	2,2

1) Werte über 50 signalisieren Wachstum. 2) Zunahme: - / Abnahme: +. 3) Quartale: Saisonbereinigte Daten.

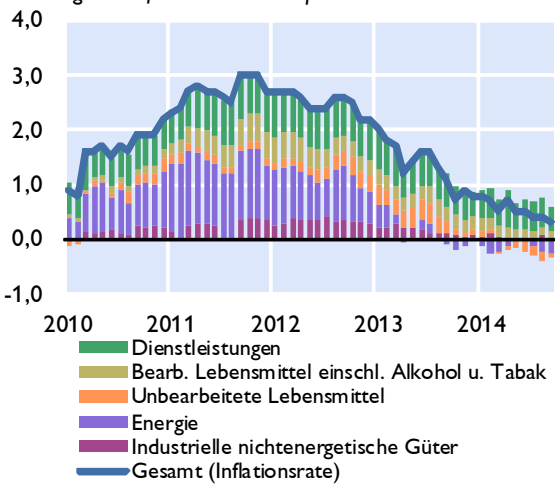
Quelle: EZB, Eurostat, Europäische Kommission, Markit.

Euroraum: Inflation und Arbeitskosten

HVPI	2014	2012	2013	Jun.14	Jul.14	Aug.14	Sep.14
COICOP-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*					
Gesamt-HVPI	100,0	2,5	1,4	0,5	0,4	0,4	0,3
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	15,7	2,8	2,4	-1,1	-1,0	-0,9	..
Alkoholische Getränke und Tabak	4,0	4,3	3,8	3,0	2,3	2,1	..
Bekleidung und Schuhe	6,3	1,8	0,4	-0,2	-0,6	0,9	..
Wohnung, Wasser, Energie	16,3	4,0	2,2	1,2	0,8	0,6	..
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	6,6	1,3	0,8	0,1	0,2	0,2	..
Gesundheitspflege	4,4	2,4	-0,2	1,1	1,2	1,2	..
Verkehr	15,2	4,0	0,5	1,0	0,7	0,3	..
Nachrichtenübermittlung	3,1	-3,2	-4,2	-2,9	-2,9	-2,9	..
Freizeit und Kultur	9,5	1,0	0,9	0,3	0,1	0,3	..
Bildungswesen	1,0	1,3	2,8	0,3	0,3	0,3	..
Hotels, Cafes und Restaurants	9,1	1,9	2,2	1,6	1,6	1,6	..
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	8,7	1,9	1,5	0,8	0,8	0,8	..

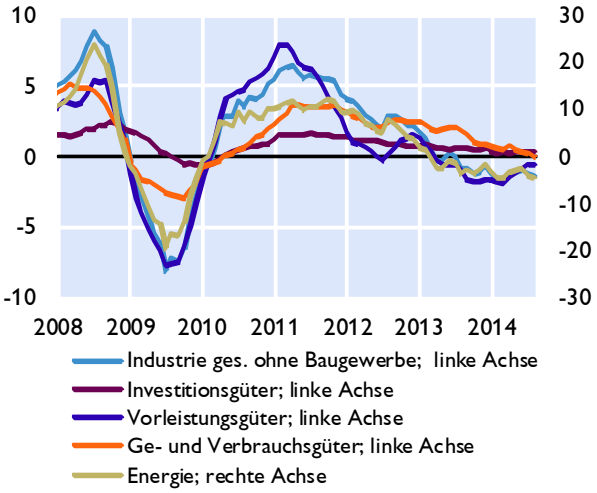
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



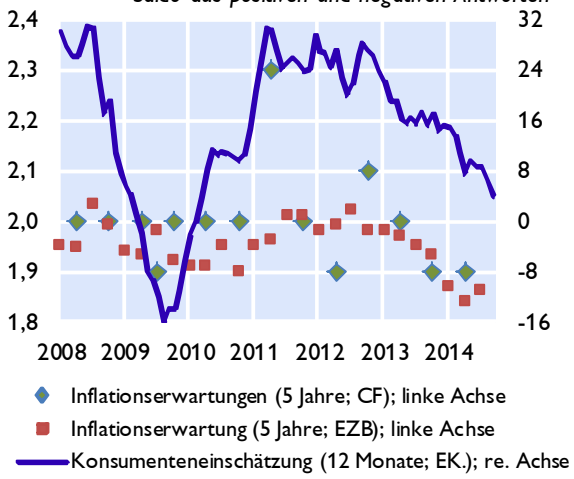
Erzeugerpreise

Veränderung zum Vorjahr in %



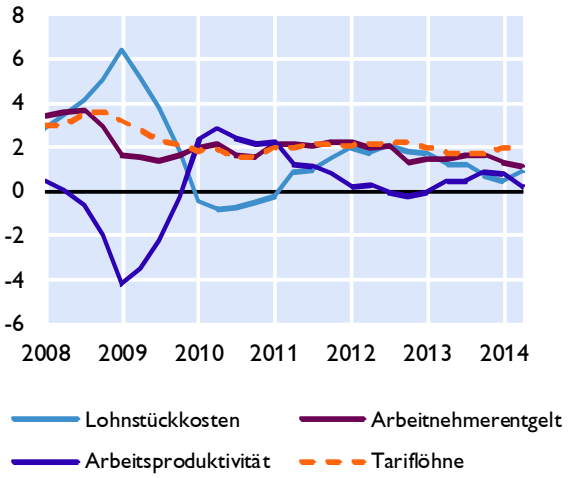
Umfragebasierte Inflationserwartungen

in % *Saldo aus positiven und negativen Antworten*



Arbeitskosten

Veränderung zum Vorjahr in %

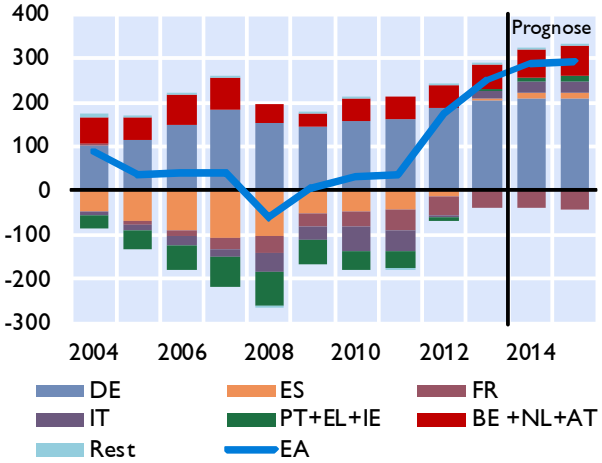


Quelle: Eurostat, EZB, Europäische Kommission, Consensus Forecasts.

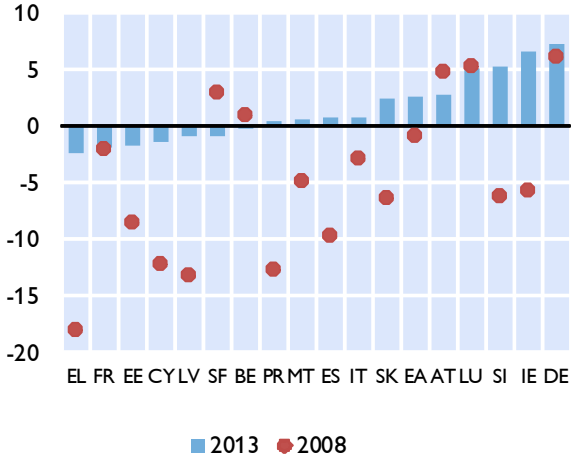
Euroraum: Makroökonomische Ungleichgewichte

Leistungsbilanzsalden

in Mrd EUR

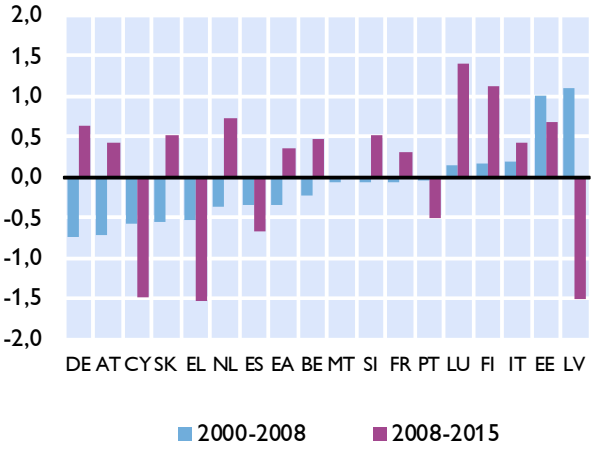


in % des BIP



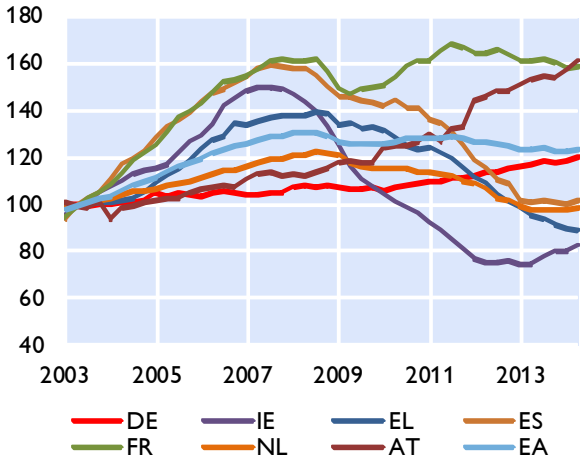
Lohnstückkosten

Durchschnitt der Jahreswachstumsraten in %



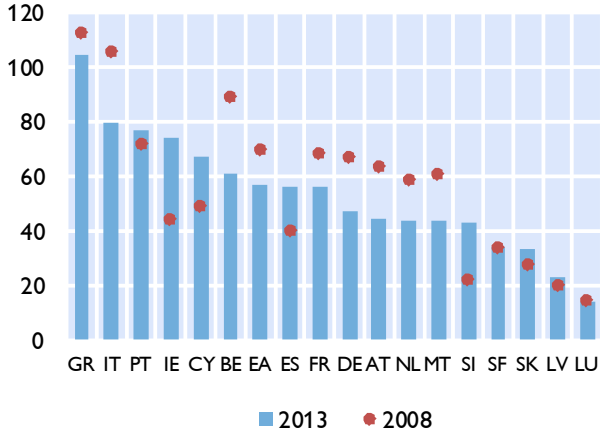
Immobilienpreisindizes

2003 = 100



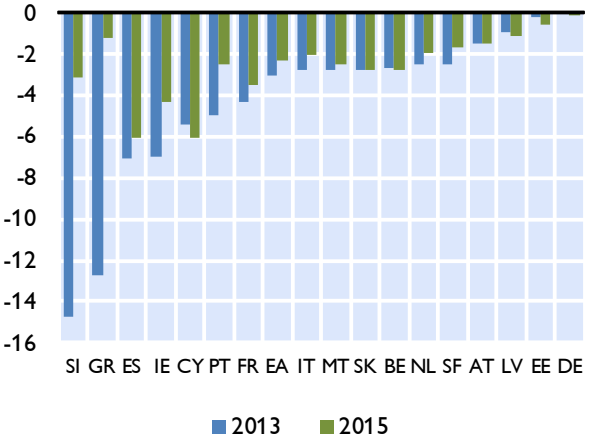
Verschuldung des Gesamtstaates

in % des BIP



Finanzierungssaldo des Gesamtstaates

in % des BIP

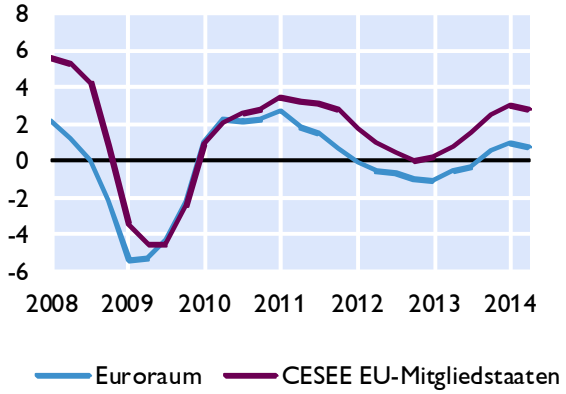


Quelle: EZB, Europäische Kommission; Prognose: EK-Prognose Mai 2014 für die Jahreswerte 2014 und 2015.

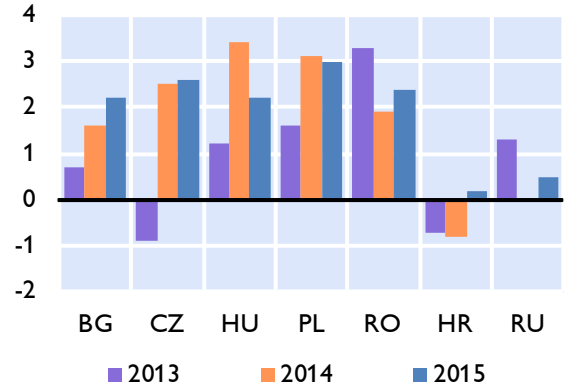
Zentral-, Ost- und Südosteuropa (CESEE)

Ausgewählte makroökonomische Indikatoren

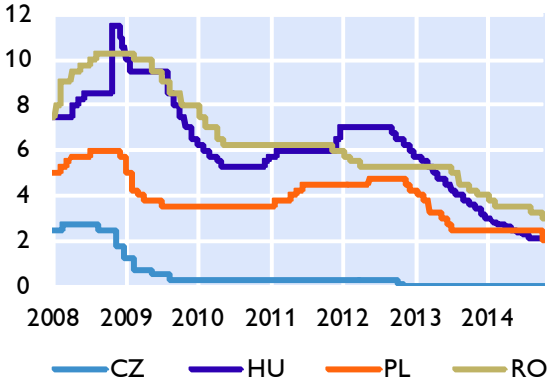
Reales BIP-Wachstum
in % gegenüber der Vorjahresperiode



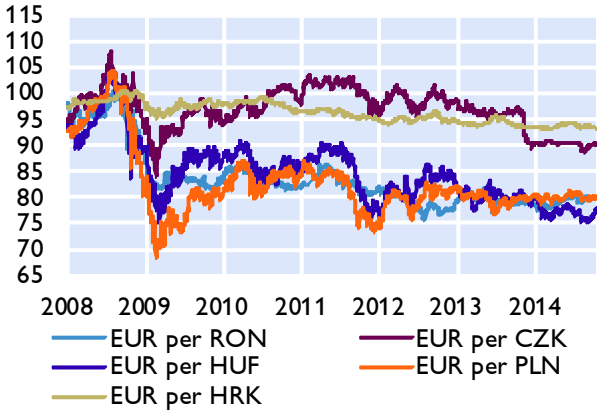
OeNB-BOFIT[1] Prognose vom Okt. 2014
reales BIP-Wachstum in %



Leitzinsen
in %



Wechselkursentwicklung
Sept. 2008=100, Anstieg = Aufwertung



Prognosen zum Wirtschaftswachstum

	OeNB-BOFIT Oktober 2014		EU-Kommission Mai 2014		IWF Oktober 2014		wiiw Juli 2014	
	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015
Bulgarien	1,6	2,2	1,7	2,0	1,4	2,0	1,4	2,1
Estland	x	x	1,9	3,0	1,2	2,5	0,7	1,8
Kroatien	-0,8	0,2	-0,6	0,7	-0,8	0,5	-0,5	0,7
Lettland	x	x	4,2	4,3	2,7	3,2	2,7	2,9
Litauen	x	x	3,3	3,7	3,0	3,3	2,9	3,1
Polen	3,1	3,0	3,2	3,4	3,2	3,3	3,0	3,2
Rumänien	1,9	2,4	2,5	2,6	2,4	2,5	3,2	3,0
Russland	0,0	0,5	1,0	2,0	0,2	0,5	0,6	1,6
Slowakei	x	x	2,2	3,1	2,4	2,7	2,4	3,0
Slowenien	x	x	0,8	1,4	1,4	1,4	0,5	1,4
Tschechische Republik	2,5	2,6	2,0	2,4	2,5	2,5	1,7	2,4
Ungarn	3,4	2,2	2,3	2,1	2,8	2,3	2,6	2,2

1) Bank of Finland Institute for Economies in Transition.

Quelle: Eurostat, OeNB, Thomson Financial, Europäische Kommission, IWF, wiiw, BOFIT.

Wirtschaftsdaten ausgewählter Länder

Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts

		Prognose[1)]						
	2013	2014	2015	2Q13	3Q13	4Q13	1Q14	2Q14
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	0,2	1,0	1,4	0,1	0,4	0,8	1,2	1,0
Deutschland	0,4	1,4	1,5	0,5	0,6	1,4	2,3	..
Estland	0,8	1,2	2,5	1,6	1,9	1,6	0,4	2,8
Irland	-0,3	3,6	3,0	0,3	1,7	-1,2	5,1	..
Griechenland[2)]	-3,9	0,6	2,9	..	..	..	..	..
Spanien	-1,2	1,3	1,7	-1,6	-1,1	-0,2	0,5	1,2
Frankreich	0,2	0,4	1,0	0,7	0,3	0,8	0,8	0,1
Italien	-1,9	-0,2	0,8	-2,2	-1,9	-0,9	-0,4	-0,2
Zypern	-5,4	-3,2	0,4	-6,0	-5,7	-5,0	-3,9	-2,5
Lettland	4,1	2,7	3,2	4,5	4,1	3,6	2,3	..
Luxemburg	2,1	2,7	1,9	2,0	2,8	3,0	3,8	..
Malta	2,6	2,2	2,2	4,0	2,7	2,8	3,8	2,7
Niederlande	-0,8	0,6	1,4	-1,9	-0,8	0,9	-0,3	..
Österreich	0,4	1,0	1,9	0,0	0,4	0,7	0,8	0,9
Portugal	-1,4	1,0	1,5	-2,0	-0,9	1,5	1,3	..
Slowenien	-1,1	1,4	1,4	-1,7	-0,8	1,9	1,5	..
Slowakische Republik	0,9	2,4	2,7	0,6	1,0	1,6	2,2	2,4
Finnland	-1,4	-0,2	0,9	-1,2	-0,8	-0,2	-0,5	..
Euroraum	-0,4	0,8	1,3	-0,6	-0,3	0,5	1,0	0,7
Bulgarien	0,9	1,4	2,0	0,4	0,9	1,2	1,2	1,6
Tschechische Republik	-0,9	2,5	2,5	-1,6	-1,0	1,1	2,9	2,7
Dänemark	0,4	1,5	1,8	0,9	0,7	0,7	1,3	0,0
Kroatien	-0,9	-0,8	0,5	-0,6	-0,4	-0,6	-0,6	..
Litauen	3,3	3,0	3,3	4,1	2,4	3,4	3,1	3,1
Ungarn	1,1	2,8	2,3	0,5	1,8	2,9	3,3	3,7
Polen	1,6	3,2	3,3	1,3	2,0	2,5	3,5	3,3
Rumänien	3,5	2,4	2,5	1,7	4,3	5,0	3,7	1,5
Schweden	1,6	2,1	2,7	1,0	0,6	3,0	1,8	1,9
Vereinigtes Königreich	1,7	3,2	2,7	1,8	1,8	2,7	3,0	3,1
EU	0,1	1,4	1,8	-0,1	0,2	1,1	1,4	1,2
Türkei	4,1	3,0	3,0	4,6	4,2	4,5	4,7	2,1
USA	2,2	2,2	3,1	1,8	2,3	3,1	1,9	2,5
Japan	1,5	0,9	0,8	1,3	2,4	2,4	2,7	0,0
Schweiz	2,0	1,3	1,6	2,3	2,1	1,8	1,7	1,1
Russland	1,3	0,2	0,5	1,0	1,3	2,0	0,9	0,8
Brasilien	2,5	0,3	1,4	3,6	2,5	2,1	1,8	-0,8
China	7,7	7,4	7,1	7,5	7,8	7,7	7,4	7,5
Indien	4,7	5,6	6,4	4,2	5,2	4,4	6,1	5,8

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, IWF, Thomson Reuters.

1) IWF WEO-Prognose Oktober 2014.

2) Das nationale Statistikamt Griechenlands berechnet derzeit keine saisonalbereinigten VGR-Daten.

Entwicklung der Verbraucherpreise[1)]

	2013	Prognose[2)] 2014	2015	Mai.14	Jun.14	Jul.14	Aug.14	Sep.14
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	1,2	0,7	1,0	0,8	0,7	0,6	0,4	..
Deutschland	1,6	0,9	1,2	0,6	1,0	0,8	0,8	..
Estland	3,2	0,8	1,4	0,6	0,4	0,0	-0,2	..
Irland	0,5	0,6	0,9	0,4	0,5	0,5	0,6	..
Griechenland	-0,9	-0,8	0,3	-2,1	-1,5	-0,8	-0,2	..
Spanien	1,5	0,0	0,6	0,2	0,0	-0,4	-0,5	..
Frankreich	1,0	0,7	0,9	0,8	0,6	0,6	0,5	..
Italien	1,3	0,1	0,5	0,4	0,2	0,0	-0,2	..
Zypern	0,4	0,0	0,7	-0,1	0,0	0,9	0,8	..
Lettland	0,0	0,7	1,6	0,8	0,8	0,6	0,8	..
Luxemburg	1,7	1,1	2,1	1,4	1,2	1,2	0,7	..
Malta	1,0	1,0	1,2	0,4	0,7	0,6	0,8	..
Niederlande	2,6	0,5	0,7	0,1	0,3	0,3	0,4	..
Österreich	2,1	1,7	1,7	1,5	1,7	1,7	1,5	..
Portugal	0,4	0,0	1,1	-0,3	-0,2	-0,7	-0,1	..
Slowenien	1,9	0,5	1,0	1,0	1,0	0,3	0,0	..
Slowakische Republik	1,5	0,1	1,3	0,0	-0,1	-0,2	-0,2	..
Finnland	2,2	1,2	1,5	1,0	1,1	1,0	1,2	..
Euroraum	1,4	0,5	0,9	0,5	0,5	0,4	0,4	0,3*)
Bulgarien	0,4	-1,2	0,7	-1,8	-1,8	-1,1	-1,0	..
Tschechische Republik	1,4	0,6	1,9	0,5	0,0	0,6	0,7	..
Dänemark	0,5	0,6	1,6	0,3	0,4	0,5	0,3	..
Kroatien	2,3	-0,3	0,2	0,4	0,5	0,5	0,3	..
Litauen	1,2	0,3	1,3	0,1	0,3	0,5	0,3	..
Ungarn	1,7	0,3	2,3	0,0	-0,1	0,5	0,3	..
Polen	0,8	0,1	0,8	0,3	0,3	0,0	-0,1	..
Rumänien	3,2	1,5	2,9	1,3	0,9	1,5	1,3	..
Schweden	0,4	0,1	1,4	0,1	0,5	0,4	0,2	..
Vereinigtes Königreich	2,6	1,6	1,8	1,5	1,9	1,6	1,5	..
EU	1,5	0,7	1,1	0,6	0,7	0,5	0,5	..
Türkei	7,5	9,0	7,0	9,4	9,2	9,5	9,8	..
USA	1,5	2,0	2,1	2,1	2,1	2,0	1,7	..
Japan	0,4	2,7	2,0	3,7	3,6	3,4	3,3	..
Schweiz	0,1	0,1	0,2	0,2	-0,1	-0,1	0,1	..
Russland	6,8	7,4	7,3	7,5	7,8	7,4	..	..
Brasilien	6,4	6,3	5,9	6,1	6,1	6,3	6,4	6,6
China	2,6	2,3	2,5	2,5	2,3	2,3	2,0	..
Indien	10,9	7,8	7,5	7,0	6,5	7,2	6,8	..

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, IWF. **) Flash.*

1) EU, Türkei, Schweiz: HVPI; restliche Länder nationaler VPI.

2) IWF-WEO Prognose Oktober 2014.

Arbeitslosenquoten[1)]

		Prognose [2)]						
	2013	2014	2015	Apr.14	Mai.14	Jun.14	Jul.14	Aug.14
	in % gemäß ILO-Definition							
Belgien	8,4	8,5	8,4	8,5	8,5	8,5	8,5	8,5
Deutschland	5,3	5,3	5,3	5,1	5,0	5,0	4,9	4,9
Estland	8,6	7,0	7,0	7,8	7,3	7,3	7,4	..
Irland	13,1	11,2	10,5	11,8	11,7	11,6	11,5	11,4
Griechenland	27,5	25,8	23,8	27,1	26,8	26,7	26,4	..
Spanien	26,1	24,6	23,5	24,9	24,7	24,6	24,5	24,4
Frankreich	10,3	10,0	10,0	10,1	10,2	10,4	10,5	10,5
Italien	12,2	12,6	12,0	12,5	12,6	12,3	12,6	12,3
Zypern	15,9	16,6	16,1	15,9	15,9	15,8	15,7	15,4
Lettland	11,9	10,3	9,7	10,8	10,8	10,8	..	..
Luxemburg	5,9	7,1	6,9	6,1	6,2	6,1	6,2	6,1
Malta	6,4	6,0	6,1	6,0	6,0	5,9	6,0	5,9
Niederlande	6,7	7,3	6,9	7,2	7,0	6,8	6,7	6,6
Österreich	4,9	5,0	4,9	4,9	5,0	5,0	4,8	4,7
Portugal	16,4	14,2	13,5	14,6	14,4	14,1	14,0	14,0
Slowenien	10,1	9,9	9,5	9,7	9,5	9,3	9,1	9,1
Slowakische Republik	14,2	13,9	13,2	13,5	13,4	13,3	13,3	13,3
Finnland	8,2	8,5	8,3	8,5	8,6	8,6	8,6	8,6
Euroraum	12,0	11,6	11,2	11,6	11,6	11,5	11,5	11,5
Bulgarien	13,0	12,5	11,9	11,7	11,5	11,4	11,3	11,3
Tschechische Republik	7,0	6,4	6,0	6,3	6,1	6,1	6,1	6,3
Dänemark	7,0	6,9	6,6	6,4	6,4	6,5	6,6	6,7
Kroatien	17,3	16,8	17,1	17,2	16,9	16,7	16,6	16,5
Litauen	11,8	11,0	10,7	11,5	11,4	11,4	11,5	11,4
Ungarn	10,2	8,2	7,8	7,9	8,1	8,1	7,8	..
Polen	10,3	9,5	9,5	9,4	9,2	9,1	9,0	8,8
Rumänien	7,3	7,2	7,1	6,9	6,9	7,0	7,1	7,1
Schweden	8,0	8,0	7,8	8,1	7,8	8,0	7,8	8,0
Vereinigtes Königreich	7,5	6,3	5,8	6,4	6,3	6,2	..	..
EU	10,8	x	x	10,3	10,3	10,2	10,2	10,1
Türkei	9,0	9,5	9,9	9,1	9,5	9,9	..	..
USA	7,4	6,3	5,9	6,3	6,3	6,1	6,2	6,1
Japan	4,0	3,7	3,8	3,6	3,5	3,7	3,8	3,5
Schweiz	3,2	3,4	3,3	3,2	3,2	3,2	3,2	3,2
Russland	5,5	5,6	6,5	5,3	4,9	4,9	4,9	4,8
Brasilien	5,4	5,5	6,1	4,9	4,9	4,8	4,9	5,0
China	4,1	4,1	4,1	x	x	4,1	x	x
Indien	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: Eurostat, Thomson Reuters.
1) EU: saisonal bereinigte Arbeitslosenquoten.
2) IWF WEO-Prognose Oktober 2014.

Leistungsbilanzsalden

	2010	2011	2012	2013	Prognose[1)] 2014	Prognose[1)] 2015
	in % des BIP					
Belgien	2,6	0,5	-0,2	-0,3	-1,3	-1,0
Deutschland	6,4	6,3	7,1	7,4	6,2	5,8
Estland	3,5	0,3	-2,8	-1,8	-2,2	-2,4
Irland	1,1	1,2	4,4	6,6	3,3	2,4
Griechenland	-12,8	-11,8	-4,6	-2,4	0,7	0,1
Spanien	-4,4	-4,0	-1,2	0,8	0,1	0,4
Frankreich	-1,9	-2,5	-2,1	-1,9	-1,4	-1,0
Italien	-3,5	-3,1	-0,4	0,9	1,2	1,2
Zypern	-9,2	-3,5	-7,0	-1,4	-1,1	-0,8
Lettland	2,9	-2,2	-2,5	-0,8	-0,1	1,5
Luxemburg	7,7	6,7	5,8	5,2	5,1	4,0
Malta	-5,3	-1,0	1,1	0,6	0,3	0,3
Niederlande	5,0	7,4	7,7	7,8	9,9	9,6
Österreich	3,6	1,5	1,8	2,7	3,0	3,2
Portugal	-10,4	-7,2	-2,2	0,4	0,6	0,8
Slowenien	-0,2	0,3	3,1	5,3	5,9	5,8
Slowakische Republik	-3,8	-2,6	1,6	2,5	1,9	2,2
Finnland	1,7	-1,5	-1,4	-0,8	-0,6	-0,5
Euroraum	0,3	0,4	1,8	2,6	2,0	1,9
Bulgarien	-0,4	0,1	-0,9	1,9	-0,2	-2,3
Tschechische Republik	-5,0	-3,5	-2,6	-1,2	-0,2	-0,3
Dänemark	5,8	6,0	6,0	7,3	7,1	7,0
Kroatien	-0,9	-0,7	-0,4	0,5	2,2	2,2
Litauen	-0,4	-3,9	-1,1	1,3	0,9	0,1
Ungarn	0,4	0,6	1,1	3,1	2,5	2,0
Polen	-4,3	-4,5	-3,4	-1,6	-1,5	-2,1
Rumänien	-4,4	-4,5	-4,5	-1,1	-1,2	-1,8
Schweden	6,9	6,2	6,5	6,6	5,7	6,1
Vereinigtes Königreich	-2,7	-1,5	-3,8	-4,4	-4,2	-3,8
EU	-0,1	0,2	0,9	1,6	1,4	1,4
Türkei	-6,2	-9,7	-6,2	-7,9	-5,8	-6,0
USA	-3,0	-2,9	-2,7	-2,3	-2,5	-2,6
Japan	3,7	2,0	1,0	0,7	1,0	1,1
Schweiz	15,3	9,5	12,1	13,9	13,0	12,5
Russland	4,4	5,1	3,5	1,6	2,7	3,1
Brasilien	-2,2	-2,1	-2,4	-3,6	-3,5	-3,6
China	4,0	1,9	2,6	1,9	1,8	2,0
Indien	-2,7	-4,2	-4,7	-1,7	-2,1	-2,2

Quelle: Europäische Kommission, IWF.
1) IWF WEO-Prognose Oktober 2014.

Fiskaldaten

	Budgetsalden					Staatsschulden				
				Prognose[1)]					Prognose[1)]	
	2011	2012	2013	2014	2015	2011	2012	2013	2014	2015
	in % des BIP									
Belgien	-4,0	-4,1	-2,7	-2,6	-2,2	99,2	101,1	101,5	101,9	101,7
Deutschland	-0,8	0,1	0,0	0,3	0,2	80,0	81,0	78,4	75,5	72,5
Estland	1,1	-0,2	-0,2	-0,3	-0,3	6,1	9,8	10,0	10,2	10,4
Irland	-13,1	-8,1	-7,0	-4,2	-2,8	104,1	117,4	123,7	112,4	111,7
Griechenland	-9,6	-8,9	-12,7	-2,7	-1,9	170,3	157,2	175,1	174,2	171,0
Spanien	-9,6	-10,6	-7,1	-5,7	-4,7	70,5	86,0	93,9	98,6	101,1
Frankreich	-5,2	-4,9	-4,3	-4,4	-4,3	86,2	90,6	93,5	95,2	97,7
Italien	-3,6	-2,9	-2,8	-3,0	-2,3	120,7	127,0	132,6	136,7	136,4
Zypern	-6,3	-6,4	-5,4	-4,4	-3,9	71,5	86,6	111,8	117,4	126,0
Lettland	-3,5	-1,4	-0,9	-0,8	-0,7	42,0	40,8	38,1	36,0	35,3
Luxemburg	0,2	0,1	0,1	0,4	-1,5	18,7	21,7	23,1	24,2	26,5
Malta	-2,7	-3,3	-2,8	-2,7	-2,4	68,8	70,8	73,0	71,9	71,3
Niederlande	-4,3	-4,0	-2,5	-2,5	-2,0	65,7	71,3	73,5	69,4	69,6
Österreich	-2,4	-2,6	-1,5	-3,0	-1,5	73,1	74,4	74,5	80,1	78,6
Portugal	-4,3	-6,5	-5,0	-4,0	-2,5	108,3	124,1	129,0	131,3	128,7
Slowenien	-6,4	-4,0	-14,7	-5,0	-3,9	47,1	54,4	71,7	77,4	75,6
Slowakische Republik	-4,8	-4,5	-2,8	-2,9	-2,3	43,7	52,7	55,4	55,7	55,7
Finnland	-1,0	-2,2	-2,5	-2,4	-1,4	49,3	53,6	57,0	57,9	59,3
Euroraum	-4,1	-3,7	-3,0	-2,9	-2,5	88,1	92,7	95,0	96,4	96,1
Bulgarien	-2,0	-0,8	-1,5	-2,7	-2,0	16,3	18,4	18,9	25,2	25,1
Tschechische Republik	-3,2	-4,2	-1,5	-1,2	-1,4	41,4	46,2	46,0	44,4	44,4
Dänemark	-2,0	-3,9	-0,9	-1,4	-3,0	46,4	45,4	44,5	45,1	46,6
Kroatien	-7,8	-5,0	-4,9	-4,7	-2,9	52,0	55,9	67,1	66,3	68,5
Litauen	-5,5	-3,4	-2,2	-2,2	-1,7	38,3	40,5	39,4	40,0	39,5
Ungarn	4,2	-2,2	-2,4	-2,9	-2,8	82,1	79,8	79,2	79,1	79,2
Polen	-5,1	-3,9	-4,3	-3,2	-2,5	56,2	55,6	57,0	49,4	49,0
Rumänien	-5,5	-3,0	-2,3	-2,2	-1,8	34,7	38,0	38,4	39,9	39,6
Schweden	0,0	-0,7	-1,4	-2,0	-0,8	38,7	38,3	40,6	42,2	41,3
Vereinigtes Königreich	-7,6	-6,1	-5,8	-5,3	-4,1	84,3	89,1	90,6	92,0	93,1
EU	-4,4	-4,0	-3,3	-3,0	-2,5	83,0	86,8	88,9	89,1	88,9
Türkei	-0,8	-1,1	-1,6	-2,0	-1,9	39,9	36,2	36,3	33,6	33,1
USA	-10,6	-9,2	-6,2	-5,5	-4,3	99,5	102,9	104,5	105,6	105,1
Japan	-8,8	-8,7	-9,0	-7,1	-5,8	229,9	237,3	244,0	245,1	245,5
Schweiz	0,3	0,3	0,2	0,5	0,7	49,1	49,2	48,3	47,2	46,4
Russland	1,5	0,4	-1,3	-0,9	-1,1	11,6	12,7	13,9	15,7	16,5
Brasilien	-2,6	-2,8	-3,3	-3,9	-3,1	64,7	68,2	66,2	65,8	65,6
China	0,6	0,2	-0,9	-1,0	-0,8	36,5	37,4	39,4	40,7	41,8
Indien	-8,0	-7,4	-7,2	-7,2	-6,7	66,8	66,6	61,5	60,5	59,5

Quelle: Europäische Kommission, IWF.
1) IWF WEO-Prognose Oktober 2014.

Prognose wichtiger Wirtschaftsindikatoren für Österreich

	OeNB			WIFO		IHS		OECD		IWF		EU-Kommission	
	Juni 2014			September 2014		September 2014		Mai 2014		Oktober 2014		Mai 2014	
	2014	2015	2016	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015
	Veränderung zum Vorjahr in %												
BIP, real[1)]	1,6	1,9	2,1	0,8	1,2	0,8	1,6	1,5	2,1	1,0	1,9	1,6	1,8
Privater Konsum, real	0,7	1,0	1,4	0,4	0,8	0,5	0,8	0,4	1,2	x	x	0,7	1,0
Öffentlicher Konsum, real	0,8	1,2	1,1	1,6	1,2	0,8	0,5	0,9	0,7	x	x	0,9	0,8
Bruttoanlageinvestitionen, real	0,8	2,6	2,9	0,9	1,5	0,9	2,7	1,8	4,5	x	x	2,2	3,4
Exporte, real	5,4	5,4	5,7	1,5	3,3	3,1	4,9	4,4	5,5	2,7	4,7	4,4	5,9
Importe, real	3,9	5,4	5,8	1,7	3,4	3,4	4,8	3,3	5,2	2,7	4,5	3,7	5,7
BIP je Erwerbstätigen[2)]	0,5	1,0	1,0	0,8	1,1	0,1	0,6	0,6	0,7	x	x	0,9	1,0
BIP Deflator	1,5	1,5	1,8	1,6	1,6	1,4	1,3	1,2	1,5	x	x	1,9	1,7
VPI	x	x	x	1,8	1,8	1,8	2,0	x	x	x	x	x	x
HVPI[3)]	1,8	1,7	1,9	1,7	1,8	1,7	2,0	1,4	1,6	1,7	1,7	1,6	1,7
Lohnstückkosten	1,6	1,4	1,7	1,8	1,5	2,1	1,7	1,2	1,4	x	x	1,1	1,1
Beschäftigte	1,1	0,9	1,0	0,7	0,6	0,6	1,0	x	x	x	x	0,8	0,9
	in % des Arbeitskräfteangebots, Eurostat-Definition												
Arbeitslosenquote	5,0	5,0	4,9	5,0	5,2	5,0	5,0	5,0	4,6	5,0	4,9	4,8	4,7
	in % des nominellen BIP												
Leistungsbilanz	3,1	3,4	3,6	2,4	2,5	x	x	2,9	3,0	3,0	3,2	3,4	3,8
Finanzierungssaldo des Staates	-2,5	-1,2	-0,7	-2,9	-1,9	-2,8	-1,6	-2,8	-1,3	-3,0	-1,5	-2,8	-1,5
	Prognoseannahmen												
Erdölpreis in USD/Barrel	107,2	102,2	98,2	110,0	110,0	107,0	110,0	110,6	115,6	102,8	99,4	107,6	102,9
Kurzfristiger Zinssatz in %	0,3	0,3	0,4	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2	0,1	0,3	0,4
USD/EUR	1,38	1,38	1,38	1,35	1,30	1,34	1,27	1,38	1,38	1,35	1,34	1,38	1,38
	Veränderung zum Vorjahr in %												
BIP, real Euroraum	1,0	1,7	1,8	0,8	1,1	0,7	1,4	1,2	1,7	0,8	1,3	1,2	1,7
BIP, real USA	2,4	3,0	3,0	2,2	3,1	2,1	2,8	2,6	3,5	2,2	3,1	2,8	3,2
BIP, real Welt[4)]	3,6	4,0	4,1	3,1	3,5	x	x	3,4	3,9	3,3	3,8	3,5	3,8
Welthandel	4,1	5,5	5,7	3,5	4,0	3,3	5,0	4,4	6,1	3,8	5,0	4,4	5,7

1) 2014: 0,8 laut OeNB-Konjunkturindikator vom Oktober 2014. 2) WIFO - Stundenproduktivität. 3) 2014: 1,7 und 2015: 1,9 laut OeNB-Inflationsprognose vom September 2014.
4) OeNB: Welt ohne Euroraum.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (I)

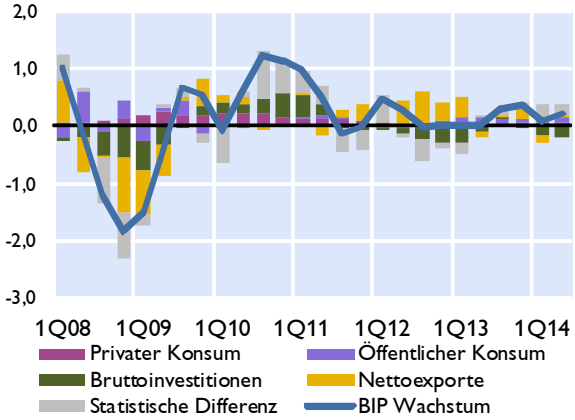
	2012	2013	2013 Q3	2013 Q4	2014 Q1	2014 Q2	2014 Q3	2014 Juni	2014 Juli	2014 Aug.	2014 Sep.
	Veränderung zum Vorjahr in %										
HVPI gesamt	2,6	2,1	2,0	1,6	1,5	1,6	..	1,7	1,7	1,5	..
Kerninflation	2,3	2,3	2,2	2,0	1,9	1,9	..	2,0	2,1	1,9	..
Nationaler VPI	2,5	2,0	1,8	1,6	1,6	1,8	..	1,9	1,8	1,7	..
Deflator des privaten Konsums (ESVG 2010)	2,4	2,2	..	..	..	..	..	x	x	x	x
BIP Deflator (ESVG 2010)	1,9	1,5	..	..	..	..	..	x	x	x	x
Erzeugerpreisindex	0,9	-0,9	-1,0	-1,2	-1,3	-0,9	..	-0,6	-0,8	-1,0	..
Großhandelspreisindex	2,4	-1,1	-1,9	-2,2	-2,0	-1,3	-1,5	-1,1	-1,3	-1,6	-1,7
Tariflohnindex	3,3	2,6	2,5	2,4	2,3	2,4	2,4	2,3	2,3	2,3	2,4
BIP je Erwerbstätigen	1,2	1,3	1,4	1,5	0,2	..	..	x	x	x	x
Lohnstückkosten Gesamtwirtschaft	3,0	2,4	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Lohnstückkosten Sachgütererzeugung	3,0	..	x	x	x	x	x	x	x	x	x
ESVG 1995	*Wirtschaftsaktivität saisonbereinigt (Veränderung zur Vorperiode in %)*										
BIP real (ESVG 1995)	0,7	0,3	0,3	0,4	0,1	0,2	..	x	x	x	x
Privater Konsum	0,4	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	..	x	x	x	x
Öffentlicher Konsum	0,1	2,2	0,5	0,4	0,4	0,4	..	x	x	x	x
Bruttoanlageinvestitionen	1,9	-0,8	0,0	-0,3	0,6	-0,3	..	x	x	x	x
Exporte	1,6	2,5	1,0	0,9	0,3	0,5	..	x	x	x	x
Importe	0,0	0,9	1,1	0,6	0,6	0,5	..	x	x	x	x
ESVG 2010	*Beitrag zum Wachstum des nichtsaisonbereinigten realen BIP (in Prozentpunkten)*										
BIP real (Veränderung zum Vorjahr in %)	0,9	0,2	..	..	..	..	..				
Binnennachfrage (ohne Lager)	0,4	-0,1	..	..	..	..	..	x	x	x	x
Nettoexporte	0,3	0,9	..	..	..	..	..	x	x	x	x
Vorratsveränderung u. stat. Differenz	0,2	-0,6	..	..	..	..	..	x	x	x	x
	Außenhandel - Waren lt. Statistik Austria (Veränderung z.VJP. in %)										
Exporte	1,5	1,8	0,6	4,1	2,8	-0,1	..	0,1	0,3	..	..
Importe	0,7	-1,0	1,1	1,2	3,0	-0,2	..	-0,6	-6,7	..	..
	Zahlungsbilanz (in Mrd EUR) - Transaktionsbilanz										
Güter- und Dienstleistungen	6,9	9,5	0,6	1,9	4,2	1,0	..	x	x	x	x
Reiseverkehr	6,9	7,5	1,0	1,5	4,4	0,4	..	x	x	x	x
Leistungsbilanz	7,3	4,8	-0,5	1,6	2,1	-0,5	..	x	x	x	x
Leistungsbilanz in % des BIP (ESVG 2010)	2,4	1,5	..	..	..	..	..	x	x	x	x
	Ausgewählte Indikatoren										
Economic Sentiment Indicator	94,9	95,9	95,3	101,4	99,8	100,1	94,9	98,9	95,1	96,5	93,0
Industrievertrauen (%-Saldo)	-8,2	-8,4	-8,3	-4,1	-3,8	-3,5	-6,4	-4,4	-8,6	-3,6	-7,1
Ind. Produktion o. Bau (Vä z. VJP in %)	1,3	0,2	0,3	0,0	2,1	0,3	..	2,4	-0,5	..	..
Kapazitätsauslastung - Industrie in %	84,6	83,6	83,5	82,6	84,1	85,1	84,2	x	x	x	x
Bauvertrauen (%-Saldo)	-5,2	-12,9	-14,6	-14,3	-13,7	-17,3	-19,6	-19,9	-19,3	-19,8	-19,8
Dienstleistervertrauen (%-Saldo)	5,0	6,5	5,0	16,6	12,6	13,9	6,0	12,6	8,1	7,8	2,2
Konsumentenvertrauen (%-Saldo)	-8,6	-5,8	-7,5	-4,6	-6,5	-7,1	-10,5	-6,6	-7,9	-11,2	-12,5
Einzelhandelsvertrauen (%-Saldo)	-9,1	-10,8	-9,7	-7,0	-6,7	-6,8	-11,7	-12,7	-12,4	-11,6	-11,0
Einzelhandelsumsätze (Vä z. VJP in %)	-0,2	-0,4	1,0	0,0	-0,6	1,2	..	-0,7	-0,5	..	..
	Arbeitsmarktentwicklung										
Unselbstständig Beschäftigte (Vä z.VJP in %)	1,3	0,5	0,4	0,4	0,7	0,7	0,3	0,9	0,3	0,3	0,4
Vorgemerkte Arbeitslose (Vä z. VJP in %)	5,7	10,2	13,2	11,9	9,5	14,7	11,5	16,2	11,6	11,1	11,8
Arbeitslosenquote (nationale Definition)	7,0	7,6	6,8	8,3	9,2	7,7	7,5	7,4	7,4	7,6	7,6
Arbeitslosenquote (gem. ILO-Definition)	4,3	4,9	5,0	5,0	5,0	5,0	..	5,0	4,8	4,7	..
	Monetäre und finanzielle Entwicklung (Veränderung zur Vorjahresperiode in %)										
Geldmenge M3 (österr. Beitrag)	2,9	2,1	1,6	1,8	2,6	1,9	..	1,4	1,9	0,5	..
gleitender 3-Monatsdurchschnitt	x	x	x	x	x	x	x	1,9	1,8	1,2	..
Kredite an im Euroraum Ansässige	1,4	-0,3	-0,3	-0,3	0,5	1,3	..	1,3	2,5	2,8	..
3-Monats Zinssatz (Stand in %)	0,6	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1
10-Jahres Zinssatz (Stand in %)	2,4	2,0	2,2	2,2	2,0	1,7	1,3	1,7	1,5	1,3	1,2
ATX (Stand; 2.1.1991=1000)	2.099	2.455	2.418	2.565	2.583	2.507	2.323	2.541	2.397	2.280	2.287
	Finanzierung lt. Maastricht in % des BIP										
Finanzierungssaldo des Bundessektors	-2,1	-1,4	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Finanzierungssaldo des Staates	-2,3	-1,5	x	x	x	x	x	x	x	x	x
Schulden des Staates	81,7	81,2	x	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: OeNB, WIFO, Statistik Austria, AMS, HSV, Eurostat, Thomson Reuters, OeKB, EU-Kommission, EZB.

Österreich: Wirtschaftsindikatoren - aktuelle Entwicklung (II)

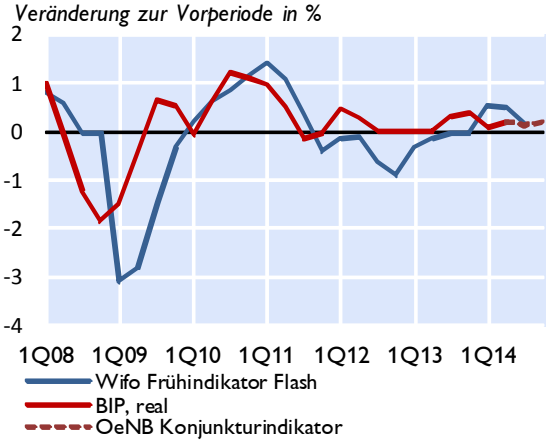
Wachstumsbeiträge z. realen BIP (ESVG95)

Beiträge zum Vorquartal in Prozentpunkten (saisonbereinigt)



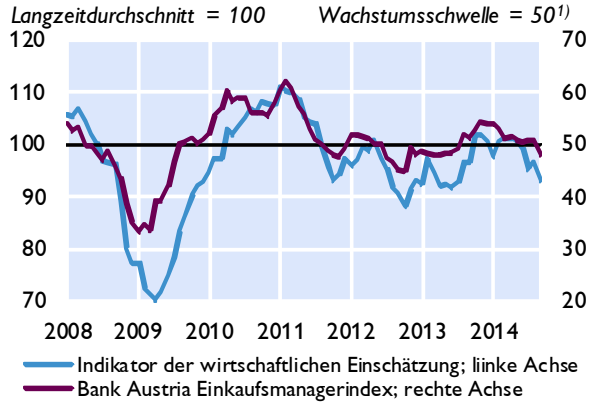
Frühindikatoren des realen BIP (ESVG95)

Veränderung zur Vorperiode in %



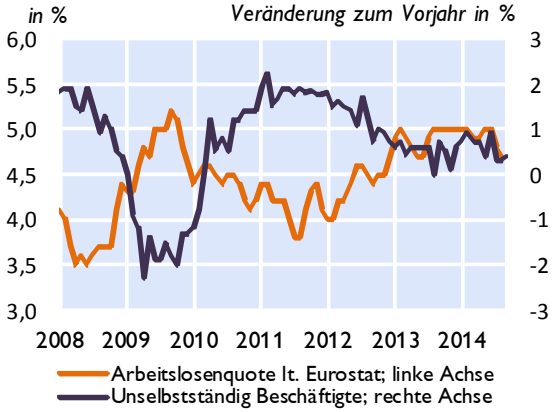
Vertrauensindikatoren (saisonbereinigt)

Langzeitdurchschnitt = 100 *Wachstumsschwelle = 50*[1)]



Arbeitsmarkt

in % *Veränderung zum Vorjahr in %*



Zahlungsbilanz[2)]

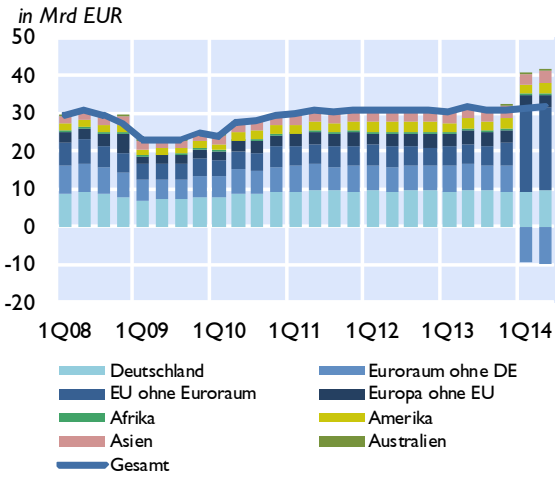
Salden	2011	2012	2013	2Q13	3Q13	4Q13	1Q14	2Q14
	in Mrd EUR							
Leistungsbilanz	4,9	7,3	4,8	0,3	-0,5	1,6	2,1	-0,5
Güter	-7,5	-7,2	-4,9	-0,2	-2,1	-1,5	-1,2	-0,1
Dienstleistungen	13,6	14,1	14,4	1,9	2,7	3,4	5,4	1,1
Einkommen	0,7	2,5	-2,0	-0,5	-0,4	-0,5	-1,0	-0,6
Laufende Transfers	-2,0	-2,1	-2,7	-0,9	-0,8	0,1	-1,2	-0,9
Vermögensübertragungen	-0,4	-0,4	-0,5	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Kapitalbilanz	-3,6	-7,4	-4,4	-1,8	0,7	-0,3	-1,3	0,0
Direktinvestitionen	-10,4	-12,5	-0,2	2,1	0,9	-2,0	-1,6	0,2
Portfolioinvestitionen	16,0	5,7	2,5	0,5	4,3	-3,2	-5,3	6,8
Finanzderivate	0,8	2,6	3,8	0,5	0,6	1,0	0,4	-0,7
Sonstige Investiitionen	-9,2	-2,2	-10,0	-4,6	-4,9	4,1	5,3	-5,2
Währungsreserven[3)]	-0,7	-0,9	-0,4	-0,3	-0,2	-0,1	0,0	-1,1
Statistische Differenz	-0,9	0,5	0,1	1,6	-0,1	-1,1	-0,7	0,6
Leistungsbilanz in % des BIP[4)]	1,6	2,3	1,5	..	..	..	..	..

Quelle: OeNB, WIFO, AMS, HSV, Europäische Komission, Bank Austria.
1) Werte über 50 signalisieren Wachstum.
2) Transaktionen; bis 2011 endgültige Daten, 2012 und 2013 revidierte Daten, 2014 provisorische Daten.
3) OeNB: Gold, Devisen, IWF- Positionen, Sonderziehungsrechte etc; Zunahme: - / Abnahme: + - 4) ESVG 2010.

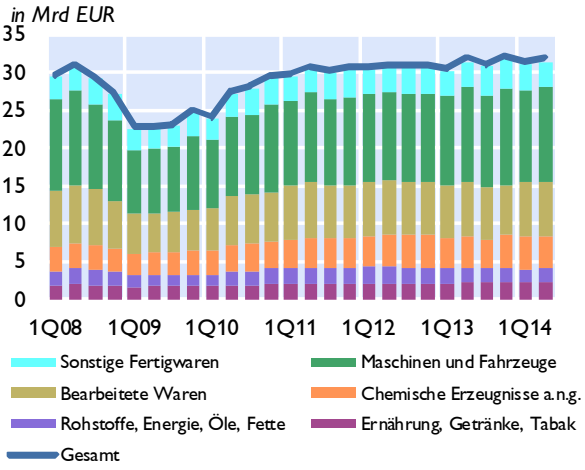
Österreich: Außenhandel mit Waren

	Exporte	Importe	Saldo	Exporte	Importe
	in Mio EUR			*Veränderung zum Vorjahr in%*	
2011	121.774	131.008	-9.234	11,3	15,3
2012	123.544	131.982	-8.439	1,5	0,7
2013	125.812	130.707	-4.895	1,8	-1,0
Jän.-Juli 13	73.542	75.936	-2.394	1,8	-2,0
Jän.-Juli 14	74.411	76.010	-1.599	1,2	0,1
Feb. 14	10.143	10.857	-714	2,1	7,9
März 14	11.305	11.234	71	5,2	0,3
Apr. 14	11.070	11.014	56	0,3	-1,0
Mai 14	10.321	10.653	-333	-0,7	1,0
Juni 14	10.464	10.531	-67	0,1	-0,6
Juli 14	11.115	11.154	-38	0,3	-6,7

Exporte nach Regionen



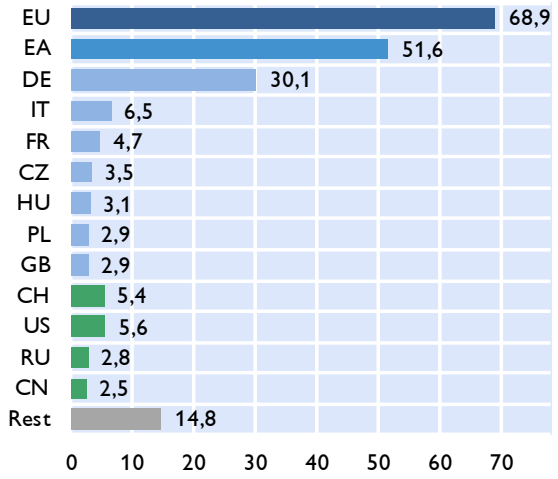
Exporte nach Warengruppen



Anteile der wichtigsten Handelspartner im Jahr 2013

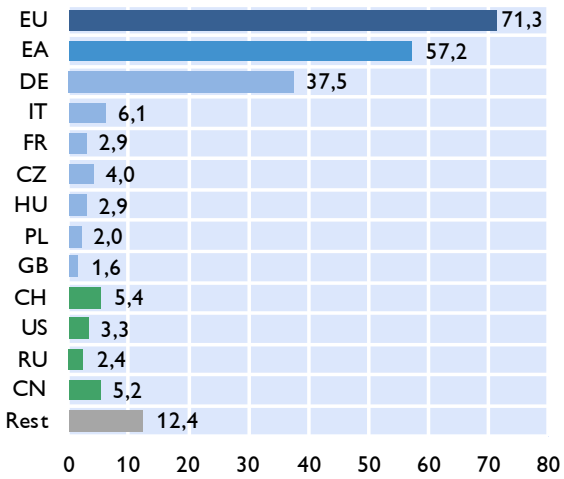
Exporte

Anteil am Gesamtexport in %



Importe

Anteil am Gesamtimport in %



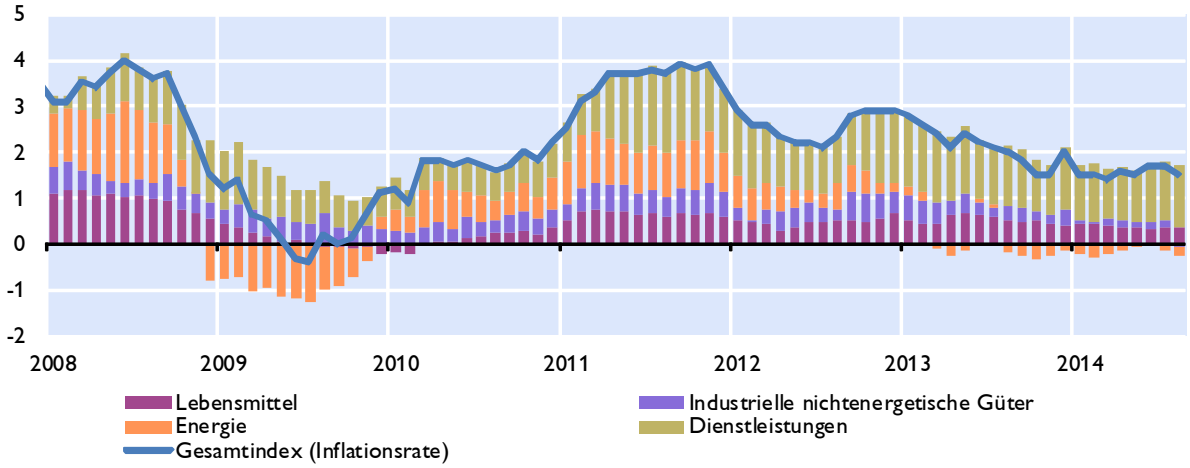
Quelle: Statistik Austria.

Österreich: Inflation und Wettbewerbsindikatoren

HVPI	2014	2012	2013	Apr.14	Mai.14	Jun.14	Jul.14	Aug.14
COICOP-Verbrauchsgruppen	*Gewicht in %*	*Veränderung zum Vorjahr in %*						
Gesamt-HVPI	100,0	2,6	2,1	1,6	1,5	1,7	1,7	1,5
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	11,4	3,3	3,4	1,9	1,9	1,5	1,8	1,9
Alkoholische Getränke und Tabak	3,8	2,5	3,5	3,5	3,9	3,9	4,3	3,8
Bekleidung und Schuhe	7,2	0,8	0,7	0,1	-0,3	0,2	0,4	-1,5
Wohnung, Wasser, Energie	13,9	3,5	2,7	1,8	1,9	2,0	1,7	1,7
Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	7,5	2,4	1,9	0,9	0,7	0,9	1,0	0,5
Gesundheitspflege	5,1	1,8	3,2	2,4	2,6	2,7	2,6	2,7
Verkehr	15,4	3,1	-0,1	-0,2	-0,4	-0,3	-0,5	-0,3
Nachrichtenübermittlung	2,3	-0,3	1,4	6,7	4,4	6,2	6,3	7,9
Freizeit und Kultur	11,1	3,1	-0,1	2,0	1,8	2,1	2,3	1,8
Bildungswesen	1,1	-0,3	1,4	2,2	2,5	2,5	2,6	2,3
Hotels, Cafes und Restaurants	14,0	1,4	2,0	2,2	2,8	3,1	3,2	2,7
Verschiedene Waren u. Dienstleistungen	7,1	4,4	3,9	1,2	1,2	1,2	0,9	0,8

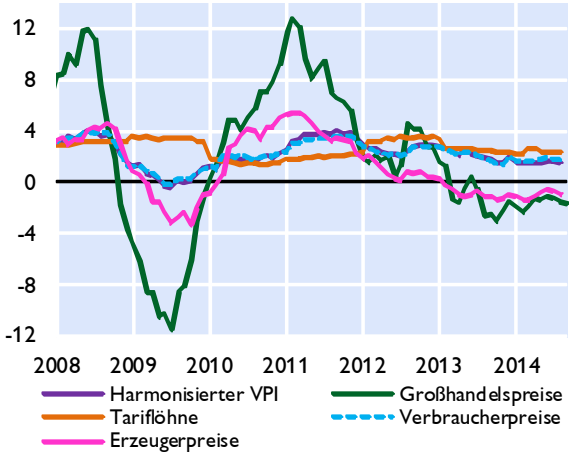
Sondergruppen des HVPI

Beitrag zur Inflation in Prozentpunkten



Ausgewählte Inflationsindikatoren

Veränderung zum Vorjahr in %



Indikatoren der Wettbewerbsfähigkeit

Veränderung zum Vorjahr in %

	2012	2013	2014[1)]	2015[1)]
Stunden-produktivität	0,9	1,1	0,8	1,1
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	2,4	2,1	1,7	2,0
Preisliche Wettbe-werbsfähigkeit [2)]	-1,6	1,9	1,3	-0,3
Lohnstückkosten				
Gesamtwirtschaft	3,0	2,4	1,8	1,5
Sachgüter-erzeugung	3,0	1,9	1,0	-0,4

1) WIFO-Prognose vom September 2014.

2) Wettbewerbsfähigkeitsindikator: Real-effektiver Wechselkurs des Euro auf Basis des österreichischen Außenhandels.

Quelle: Statistik Austria, WIFO.

Österreich: Tourismus und Reiseverkehr

Übernachtungen in Österreich

in 1.000	2011	2012	2013	2Q13	3Q13	4Q13	1Q14	2Q14
Gesamt	**126.003**	**131.016**	**132.629**	**21.640**	**43.717**	**21.748**	**42.595**	**23.706**
Inländer	35.297	35.964	35.755	7.725	12.348	6.601	8.728	8.215
Ausländer	90.706	95.052	96.874	13.915	31.369	15.148	33.867	15.491
darunter								
Deutschland	47.387	49.606	50.823	7.132	17.038	7.821	16.613	8.181
Osteuropa	9.783	10.232	10.544	1.453	2.216	1.915	4.989	1.522
Niederlande	8.899	9.389	9.140	687	2.901	1.103	4.296	706
Schweiz	4.277	4.558	4.577	776	1.461	902	1.410	842
Vereinigtes Königreich	3.104	3.181	3.345	562	785	469	1.423	626
Italien	3.014	2.918	2.778	380	1.443	526	427	439
Belgien	2.565	2.583	2.606	386	920	283	995	439
Frankreich	1.835	1.819	1.808	328	742	225	478	343
Dänemark	1.464	1.447	1.449	75	332	116	900	88
USA	1.203	1.286	1.367	374	507	282	206	422
Veränderung zum Vorjahr in %								
Gesamt	**0,9**	**4,0**	**1,2**	**-8,0**	**1,8**	**3,5**	**-6,5**	**9,5**
Inländer	0,8	1,9	-0,6	-3,5	0,7	0,3	-3,9	6,3
Ausländer	0,9	4,8	1,9	-10,3	2,2	5,0	-7,1	11,3

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Einnahmen nach Regionen

in Mio EUR	2011J	2012J	2013J	2Q13	3Q13	4Q13	1Q14	2Q14
Deutschland	7.009	7.106	7.489	1.068	2.102	1.368	2.675	1.199
Niederlande	1.012	1.046	1.068	72	269	161	561	78
Schweiz	759	860	853	132	208	185	328	138
Italien	678	650	584	98	223	135	126	103
Mittel- und Osteuropa[1)]	2.073	2.120	2.212	366	448	509	889	407
Restl. Europa	1.914	1.963	1.990	287	488	304	906	307
Rest der Welt	822	961	1.041	251	356	221	225	252
Gesamt	**14.267**	**14.706**	**15.237**	**2.274**	**4.094**	**2.883**	**5.710**	**2.484**

1) Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Moldawien, Montenegro, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn,

Grenzüberschreitender Reiseverkehr - Ausgaben nach Regionen

in Mio EUR	2011J	2012J	2013J	2Q13	3Q13	4Q13	1Q14	2Q14
Deutschland	1.814	1.989	2.036	518	722	394	439	546
Italien	1.252	1.265	1.193	354	588	143	110	373
Kroatien	637	674	618	155	414	34	18	149
Europäische Mittelmeerländer[1)]	994	819	909	274	435	98	123	266
Restl. Europa	2.010	1.999	1.993	554	654	397	371	514
Rest der Welt	824	1.079	988	201	239	285	276	202
Gesamt	**7.531**	**7.825**	**7.737**	**2.056**	**3.052**	**1.351**	**1.337**	**2.050**

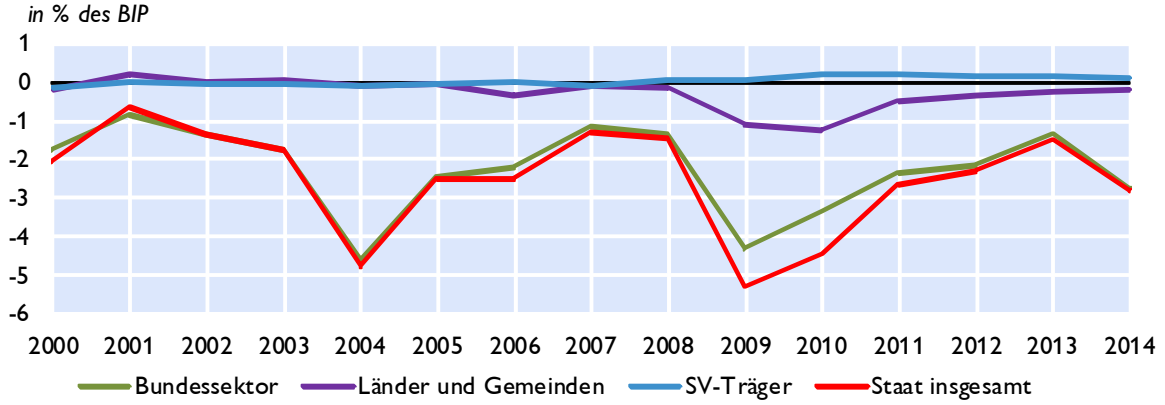
1) Albanien, Griechenland, Malta, Montenegro, Spanien, Türkei, Zypern.
Quelle: Statistik Austria, OeNB.

Österreich: Öffentliche Haushalte

Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2010	-9,9	-3,7	0,6	-13,1	-3,4	-1,3	0,2	-4,5
2011	-7,2	-1,6	0,6	-8,2	-2,3	-0,5	0,2	-2,6
2012	-6,8	-1,0	0,5	-7,3	-2,1	-0,3	0,2	-2,3
2013	-4,4	-0,8	0,5	-4,8	-1,4	-0,3	0,1	-1,5
2014[1)]	-9,1	-0,6	0,3	-9,3	-2,7	-0,2	0,1	-2,8

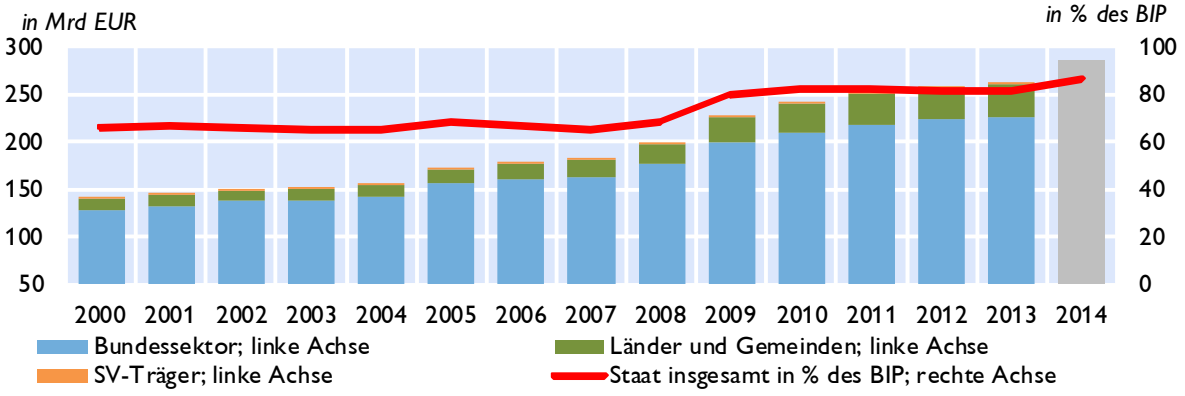
Öffentlicher Finanzierungssaldo laut Maastricht



Öffentliche Verschuldung laut Maastricht

	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt	Bundes-sektor	Länder und Gemeinden	SV-Träger	Staat insgesamt
	in Mrd EUR				*in % des BIP*			
2010	209,5	31,0	2,0	242,4	71,2	10,5	0,7	82,4
2011	217,6	33,9	1,8	253,3	70,5	11,0	0,6	82,1
2012	223,4	34,1	1,7	259,3	70,4	10,8	0,5	81,7
2013	226,6	33,7	1,7	262,0	70,2	10,4	0,5	81,2
2014[1)]	x	x	x	285,8	x	x	x	86,5

Öffentliche Verschuldung laut Maastricht



1) 2014: Prognose des BMF.

Quelle: Statistik Austria, BMF, WIFO.

Österreich: Bundeshaushalt

Gebarung des Bundes

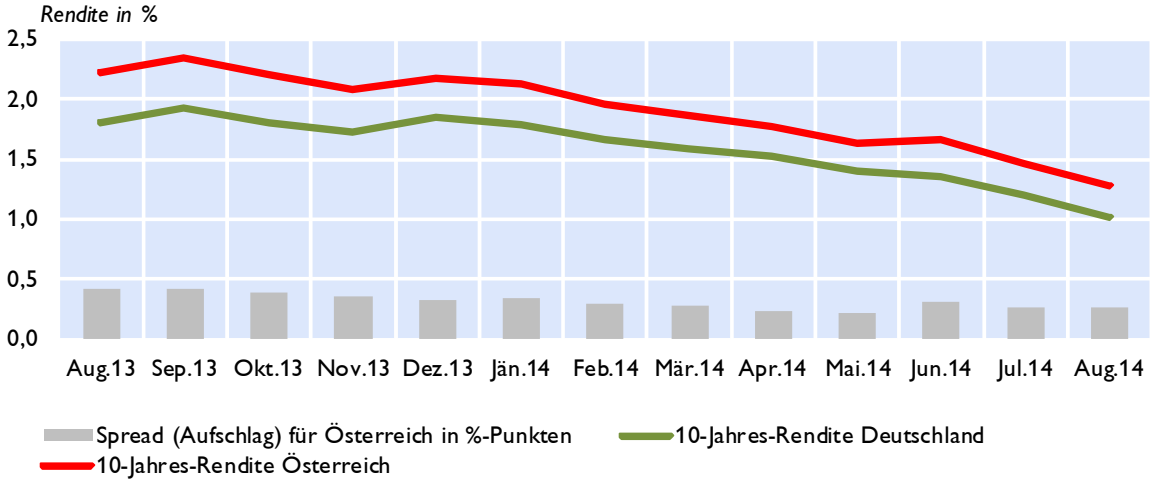
Finanzierungshaushalt[1)]	Jänner bis August		Vorl. Erfolg	Voranschlag	*Veränderung*
Allgemeine Gebarung	2013	2014	2013	2014	*2014/2013*
	in Mio EUR				*in %*
Auszahlungen	48.115	48.862	75.567	75.765	0,3
Einzahlungen	43.969	45.884	71.364	72.196	1,2
Nettofinanzierungsbedarf[2)]	**-4.146**	**-2.978**	**-4.204**	**-3.569**	**-15,1**

Abgaben des Bundes

	Jänner bis August		Vorl. Erfolg	Voranschlag	*Veränderung*
	2013	2014	2013	2014	*2014/2013*
	in Mio EUR				*in %*
Einkommen- und Vermögensteuern	23.568	25.008	38.738	40.625	4,9
davon:					
veranlagte Einkommensteuer	1.562	1.866	3.120	3.500	12,2
Körperschaftsteuer	3.131	3.360	6.018	6.200	3,0
Lohnsteuer	15.884	16.777	24.597	26.000	5,7
Kapitalertragsteuern	1.356	1.531	2.590	2.650	2,3
Verbrauchs- und Verkehrssteuern	24.020	24.866	36.857	38.145	3,5
davon: Umsatzsteuer	16.292	16.775	24.867	25.600	2,9
Öffentliche Abgaben brutto	**48.089**	**50.297**	**76.370**	**79.380**	**3,9**
Überweisungen an öffentliche Rechtsträger (Länder, Gemeinden, Fonds)	17.742	18.362	27.598	28.598	3,6
Überweisungen an die Europäische Union	2.255	2.283	2.971	2.900	-2,4
Öffentliche Abgaben netto[3)]	**28.092**	**29.652**	**45.801**	**47.882**	**4,5**

1) Entspricht der Liquiditätsplanung und stellt die erwarteten Aus- und Einzahlungen dar.
2) Budgetüberschuss (+) oder Budgetdefizit (-) des Bundes.
3) Steuereinnahmen des Bundes.

10-Jährige Staatsanleihe (Benchmark) für Deutschland und Österreich

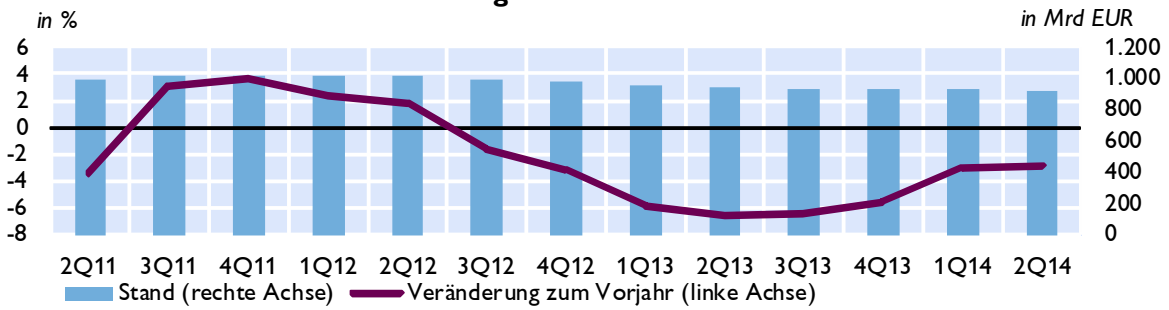


Quelle: BMF, Thomson Reuters.

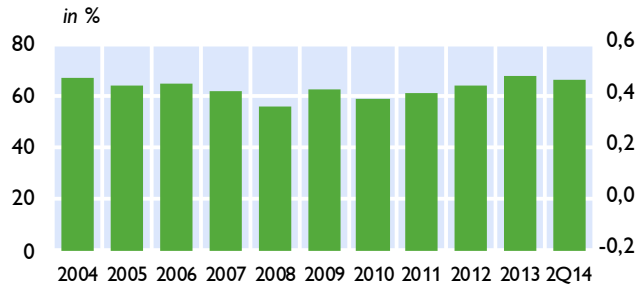
Österreich: Geschäftsentwicklung der Kreditinstitute - unkonsolidiert

2. Quartal 2014	Stand	Veränderung					
		zum Vorquartal		*seit Jänner*		*zum Vorjahr*	
	in Mio EUR	*in Mio EUR*	*in %*	*in Mio EUR*	*in %*	*in Mio EUR*	*in %*
1. Aktiva							
Kassenliquidität	13.550	-6.540	-32,6	-963	-6,6	-31	-0,2
Forderungen an inl. Kreditinstitute	162.072	-3.679	-2,2	-11.874	-6,8	-19.312	-10,6
Direktkredite an inl. Nichtbanken	316.450	990	0,3	883	0,3	-674	-0,2
in EUR	278.918	1.921	0,7	2.379	0,9	3.966	1,4
in Fremdwährung	37.532	-930	-2,4	-1.495	-3,8	-4.640	-11,0
Titrierte Kredite an inl. Nichtbanken	39.343	1.312	3,4	2.767	7,6	3.247	9,0
in EUR	39.053	1.217	3,2	2.686	7,4	3.155	8,8
in Fremdwährung	291	95	48,5	81	38,3	92	46,3
Sonstige Inlandsforderungen	94.114	348	0,4	-2.603	-2,7	4.189	4,7
Auslandsforderungen	282.945	-799	-0,3	1.065	0,4	-18.105	-6,0
2. Passiva							
Verbindlichkeiten geg.inl.Kreditinstitute	160.396	-2.172	-1,3	-9.318	-5,5	-14.587	-8,3
Einlagen von inländischen Nichtbanken	301.642	156	0,1	-1.541	-0,5	1.224	0,4
in EUR	297.239	315	0,1	-1.473	-0,5	1.089	0,4
in Fremdwährung	4.403	-159	-3,5	-68	-1,5	135	3,2
Eig. Inlandsemissionen an Nichtbanken	105.653	47	0,0	2.533	2,5	213	0,2
in EUR	100.843	-24	0,0	1.748	1,8	-466	-0,5
in Fremdwährung	4.810	70	1,5	786	19,5	678	16,4
Sonstige Inlandsverbindlichkeiten	125.316	-534	-0,4	-9.547	-7,1	-8.807	-6,6
Auslandsverbindlichkeiten	211.185	-5.589	-2,6	2.732	1,3	-13.137	-5,9
3. Bilanzsumme	917.346	-7.656	-0,8	-9.809	-1,1	-28.185	-3,0

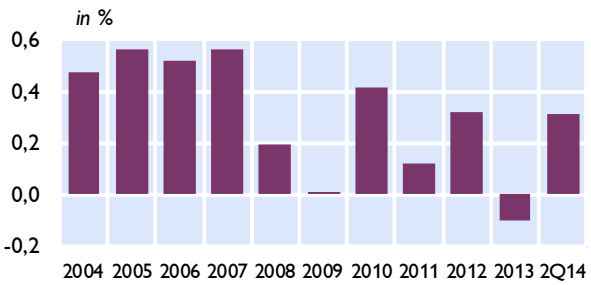
Bilanzsumme der in Österreich tätigen Kreditinstitute



Ertrag-Aufwand-Relation



Gesamtkapitalrentabilität



Quelle: OeNB.

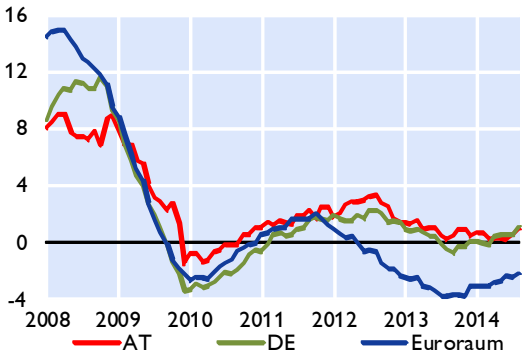
Österreich: Kreditentwicklung im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kredite an private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen in allen Währungen

	Private Haushalte				Nichtfinanzielle Unternehmen			
	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum	Österreich	Euroraum
	Volumen in Mrd EUR		*Veränderung zum Vorjahr in %*		*Volumen in Mrd EUR*		*Veränderung zum Vorjahr in %*	
2011	138	5.243	1,6	1,6	139	4.720	2,5	1,2
2012	139	5.251	0,8	0,5	140	4.536	1,4	-2,3
2013	139	5.230	0,8	-0,1	140	4.345	0,5	-3,0
Nov.13	139	5.235	0,8	0,0	141	4.371	0,9	-3,8
Dez.13	139	5.230	0,8	-0,1	140	4.345	0,5	-3,0
Jän.14	139	5.224	0,6	-0,2	140	4.369	0,7	-3,0
Feb.14	138	5.221	0,7	-0,1	140	4.345	0,7	-3,0
Mär.14	139	5.224	1,3	-0,1	140	4.336	0,2	-3,1
Apr.14	139	5.227	1,3	0,0	140	4.329	0,3	-2,8
Mai.14	139	5.183	1,3	-0,7	141	4.319	0,3	-2,7
Jun.14	140	5.195	1,5	-0,7	141	4.316	0,2	-2,3
Jul.14	140	5.193	1,3	-0,5	142	4.303	0,6	-2,4
Aug.14	140	5.193	1,6	-0,4	142	4.283	0,9	-2,2

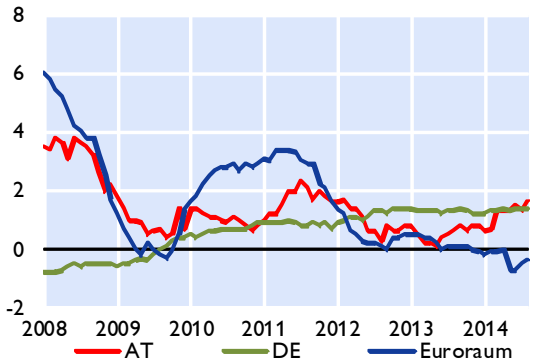
Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen

Veränderung zum Vorjahr in %



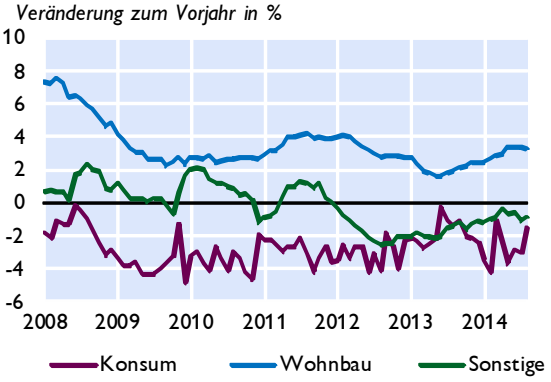
Kredite an private Haushalte

Veränderung zum Vorjahr in %



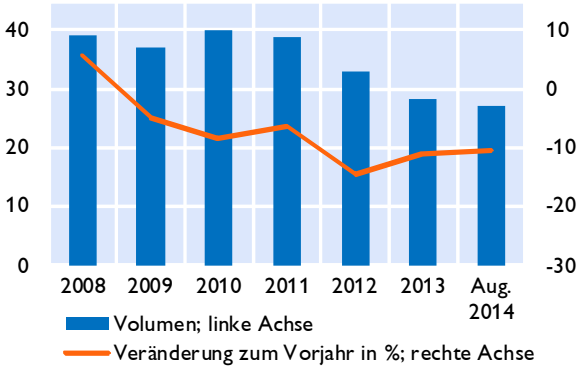
Kredite an private Haushalte in Österreich nach Verwendungszweck

Veränderung zum Vorjahr in %



Fremdwährungskredite an private Haushalte in Österreich

in Mrd EUR *in %*

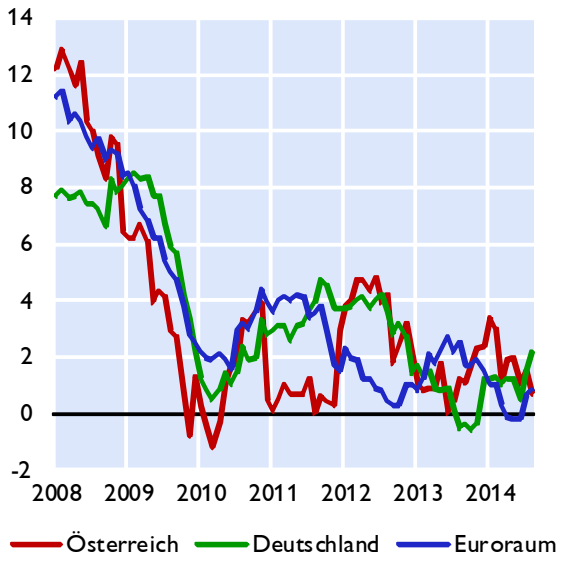


Quelle: OeNB, EZB.

Österreich: Einlagen bei Kreditinstituten und Wertpapierumlauf im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

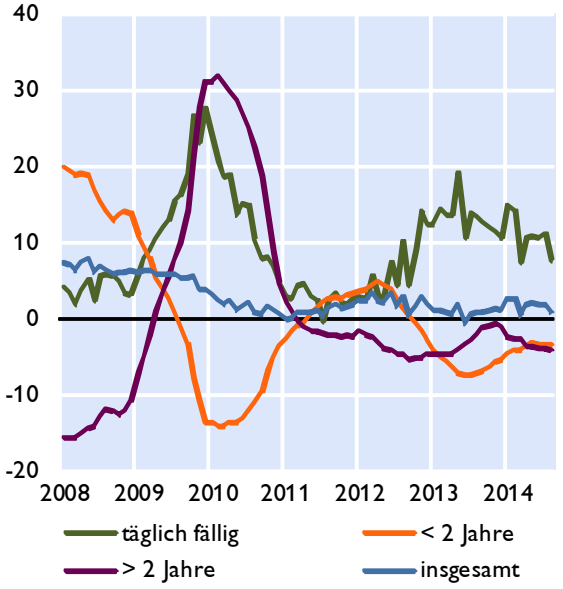
Einlagen von Nichtbanken

Veränderung zum Vorjahr in %



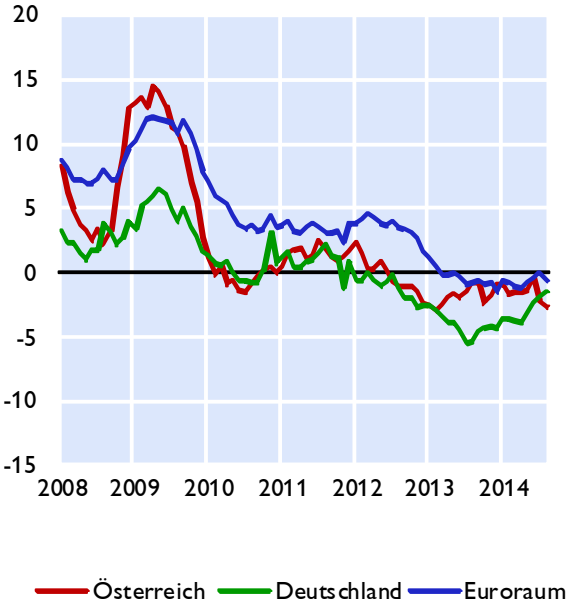
Einlagen von österreichischen Nichtbanken nach Fristigkeiten

Veränderung zum Vorjahr in %



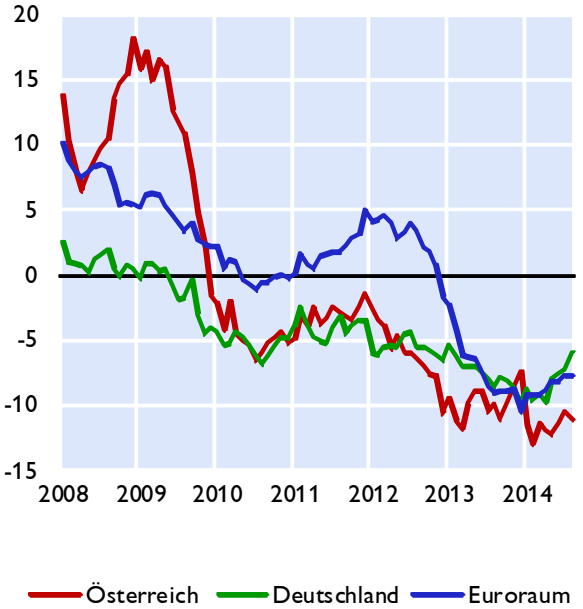
Wertpapierumlauf

Veränderung zum Vorjahr in %



Wertpapierumlauf vom Bankensektor

Veränderung zum Vorjahr in %

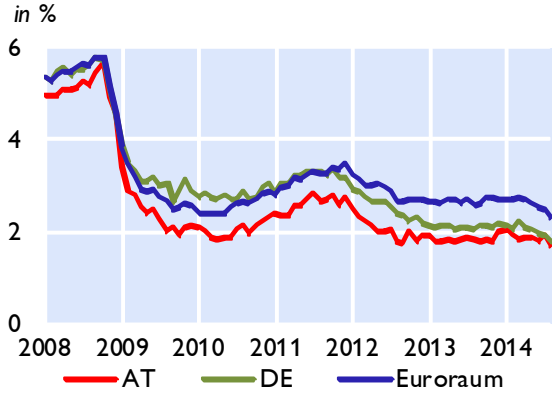


Quelle: OeNB, EZB

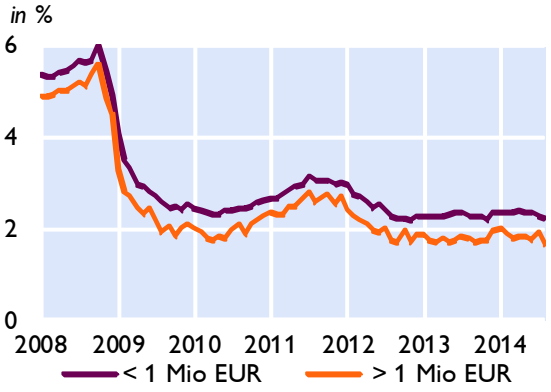
Österreich: Kundenzinssätze - Neugeschäft im Vergleich mit Euroraum und Deutschland

Kreditzinssätze für nichtfinanzielle Unternehmen

Österreich, Deutschland und Euroraum

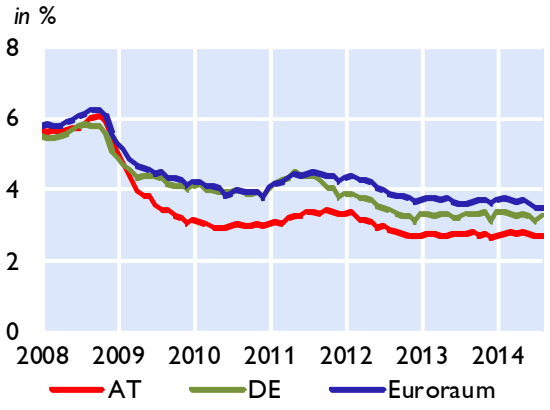


Nach Kredithöhe in Österreich

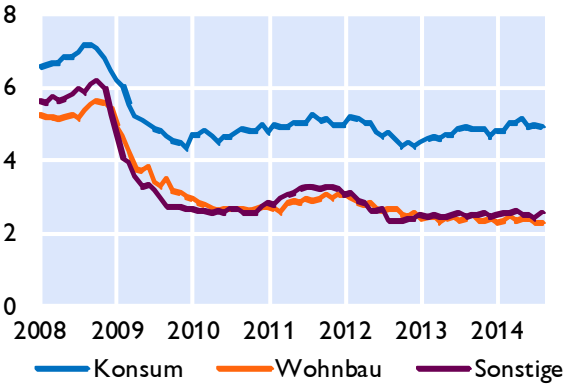


Kreditzinssätze für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum

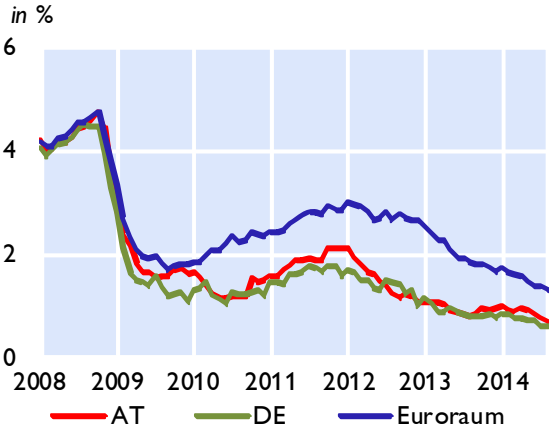


Nach Verwendungszweck in Österreich

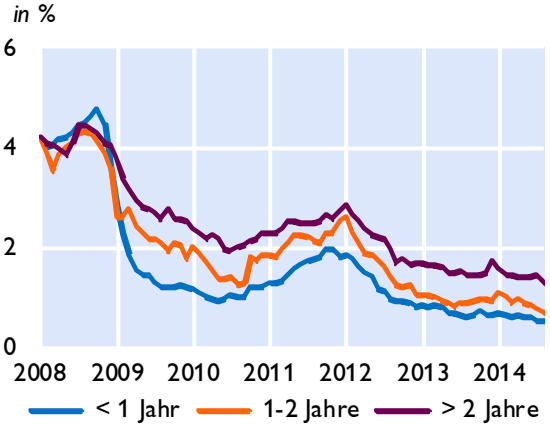


Einlagenzinssätze mit Bindungsfrist für private Haushalte

Österreich, Deutschland und Euroraum



Nach Bindungsfrist in Österreich



Quelle: OeNB, EZB

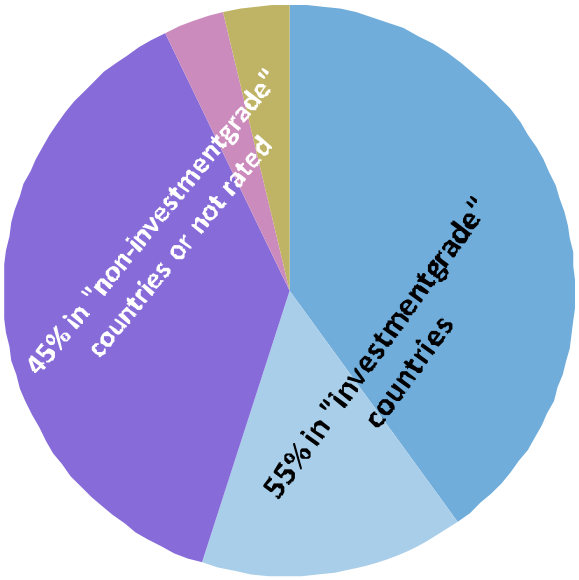
Österreich: Ertragslage der Kreditinstitute - konsolidiert

Ertragspositionen	2. Quartal 2012		2. Quartal 2013		2. Quartal 2014	
	in Mrd EUR	*Ver.z.Vj. in %* [1]	*in Mrd EUR*	*Ver.z.Vj. in %* [1]	*in Mrd EUR*	*Ver.z.Vj. in %* [1]
Nettozinsergebnis	9,75	-3,9	9,34	-4,2	9,14	-2,1
Zinsen und ähnliche Erträge	*21,88*	1,6	*18,66*	-14,7	*16,78*	-10,1
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	*12,13*	6,6	*9,32*	-23,2	*7,65*	-17,9
Dividendenerträge und Erträge aus Beteiligungen	0,41	7,9	0,36	-12,2	0,32	-11,1
Provisionsergebnis	3,68	-2,6	3,80	3,3	3,66	-3,7
Provisionserträge	*4,93*	-3,9	*5,09*	3,2	*4,98*	-2,2
Provisionsaufwendungen	*1,26*	-6,7	*1,30*	3,2	*1,32*	1,5
Realisierte Gewinne/Verluste aus Finanzgeschäften	0,96	860,0	0,36	-62,5	0,22	-38,9
Handelsergebnis[1]	0,43	-29,5	0,02	-95,3	0,50	2400,0
Sonstige Bewertungsergebnisse nach IFRS[1]	0,59	59,5	0,43	-27,1	0,13	-69,8
Bewertungsergebnisse aus Veräusserung, Neubewertung von Sachanlagen (IAS 16) und als Finanzinvestition gehaltene Immobilien (IAS 40)	-0,02	-300,0	-0,01	-50,0	0,00	-100,0
Sonstige betriebliche Erträge	3,13	-6,3	3,17	1,3	2,96	-6,6
Betriebserträge (ohne Risikovorsorgen)	18,94	1,0	17,45	-7,9	16,92	-3,0
Verwaltungsaufwendungen	8,31	0,7	8,45	1,7	8,16	-3,4
Abschreibungen, Wertberichtigungen auf	1,07	16,3	0,96	-10,3	1,79	86,5
Aufwendungen für jederzeit rückzahlbares Grundkapital	0,00	x	0,00	x	0,00	x
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3,04	-0,3	3,09	1,6	4,12	33,3
Betriebsergebnis (ohne Risikovorsorgen)	6,52	-0,2	4,95	-24,1	2,85	-42,4
a) Rückstellungen	0,03	-62,5	0,08	166,7	0,17	112,5
b) Risikovorsorgen im Kreditgeschäft	-2,71	5,6	-3,24	-19,6	-2,60	19,8
c) Risikovorsorgen aus nicht zum Zeitwert bilanzierten finanziellen Vermögensgegenständen[1]	-0,14	x	-0,01	-92,9	0,06	700,0
d) unmittelbar erfolgswirksamer negativer Geschäfts- oder Firmenwert[1]	0,00	x	0,00	x	0,04	x
e) Anteil des Ergebnisses von assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen nach Equity-Methode[1]	0,59	-7,8	0,39	-33,9	0,43	10,3
f) Ergebnis aus Gegenständen des Anlagevermögens und Veräusserungsgruppen (IFRS 5), ohne Veräusserung/Aufgabe von Geschäftsbereichen[1]	-0,02	x	-0,01	50,0	-0,02	100,0
g) ausserordentliches Ergebnis	0,00	x	-0,01	x	0,00	-100,0
Periodenergebnis vor Steuern und Minderheitenanteilen	4,21	5,5	2,01	-52,3	0,60	-70,1
h) Ertragssteuern	0,78	13,0	0,42	-46,2	0,81	92,9
i) Gesamtergebnis aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	0,05	x	-0,19	-480,0	-0,02	89,5
j) Minderheitenanteile	0,44	10,0	0,34	-22,7	0,36	5,9
Periodenergebnis nach Steuern und Minderheitenanteilen	3,03	4,5	1,06	-65,0	-0,59	-155,7

Quelle: OeNB.

1) Für diese Positionen werden Daten nur von meldepflichtigen Bankkonzernen nach den internationalen finanziellen Reporting Standards (IFRS) erhoben.

Forderungen österreichischer Banken gegenüber CESEE



AA- - A- BBB+ - BBB- BB+ - BB- B+ - B- not rated

	2010	2011	2012	1Q13	2Q13	3Q13	4Q13	1Q14	2Q14
	in Mio EUR								
Tschechiche Republik	46.031	50.256	47.564	49.995	50.657	48.560	47.001	46.313	45.490
Rumänien	29.937	28.595	26.823	26.808	26.635	26.117	25.778	27.944	26.435
Slowakei	21.329	23.838	24.535	24.716	24.601	24.853	25.093	25.152	25.937
Kroatien	25.341	25.507	23.195	23.440	23.326	22.497	22.038	21.836	21.360
Ungarn	25.526	23.491	19.803	19.642	19.386	18.853	18.109	17.897	17.049
Polen	11.111	11.886	17.933	17.198	16.459	16.928	17.017	16.990	17.691
Slowenien	11.594	11.257	9.588	9.178	8.489	8.289	8.079	7.458	6.929
Republik Serbien	5.203	6.475	5.041	5.158	4.945	4.876	4.865	4.652	4.773
Bosnien Herzgowina	4.887	5.024	4.261	4.255	4.210	4.158	4.124	3.995	3.940
Bulgarien	3.968	4.161	4.093	4.034	3.925	3.896	3.626	3.474	3.468
Türkei	690	749	776	774	823	877	929	937	977
Republik Montenegro	766	894	875	872	883	890	865	842	851
Mazedonien	260	306	390	383	366	359	350	297	283
Litauen	174	181	120	148	154	160	161	184	177
Aserbeidschan	53	60	63	71	108	138	144	163	311
Lettland	359	175	137	234	209	125	126	131	117
Estland	82	61	60	58	56	54	50	57	51
Andere	22.042	23.169	24.560	24.968	23.756	23.835	23.411	21.429	21.684
Gesamt	**209.352**	**216.086**	**209.818**	**211.931**	**208.987**	**205.466**	**201.768**	**199.752**	**197.523**

Quelle: OeNB, Bloomberg.

Österreich: Gesamtwirtschaftl. Finanzierungsrechnung – Geldvermögensbildung u. Geldvermögen

im 1. Quartal 2014	Inland	Nicht-finan-zielle Unter-nehmen	Finanz-sektor	*davon Mone-täre Finanz-institute*	Staat	Haus-halts-sektor	*davon Private Haus-halte*	Ausland
Geldvermögen	*Bestände in Mio EUR*							
Gold und SZR	10.307	x	10.307	*x*	x	x	*x*	x
Bargeld und Einlagen	630.220	59.432	311.896	*291.581*	16.385	242.506	*235.642*	153.717
Bargeld	24.003	1.699	2.490	*2.488*	8	19.806	*19.806*	1.820
Einlagen	606.218	57.733	309.407	*289.093*	16.377	222.700	*215.836*	151.897
Verzinsliche Wertpapiere	375.782	8.303	296.620	*162.598*	23.813	47.045	*43.290*	341.214
Geldmarktpapiere	7.466	334	6.304	*5.491*	7	821	*815*	15.779
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	368.316	7.970	290.316	*157.106*	23.806	46.224	*42.476*	325.435
Kredite	607.204	114.757	451.062	*432.830*	41.219	167	*0*	78.542
Kurzfristige Kredite	105.118	27.351	76.194	*73.922*	1.573	0	*0*	16.685
Langfristige Kredite	502.086	87.406	374.868	*358.908*	39.645	166	*0*	61.857
Anteilspapiere	745.635	278.655	278.521	*80.801*	48.351	140.107	*109.637*	260.356
Börsennotierte Aktien	95.097	30.170	38.623	*3.345*	2.671	23.633	*18.491*	36.987
Nichtbörsennotierte Aktien/Sonstige Anteilspapiere	472.800	238.241	127.519	*63.559*	41.091	65.948	*47.717*	205.705
Investmentzertifikate	177.738	10.244	112.380	*13.897*	4.589	50.525	*43.430*	17.664
Versicherungstechnische Rückstellungen	112.064	6.395	3.190	*0*	x	102.479	*102.479*	2.556
Lebensversicherungsansprüche	71.388	0	0	*0*	x	71.388	*71.388*	2.556
Pensionskassenansprüche	19.214	0	0	*0*	x	19.214	*19.214*	0
Nichtlebensversicherungsansprüche/Rückversicherung	21.462	6.395	3.190	*0*	x	11.877	*11.877*	0
Sonstige Forderungen inklusive Finanzderivate	73.118	40.252	10.359	*8.962*	10.952	11.554	*11.520*	28.190
davon Handelskredite	36.818	36.818	0	*0*	0	0	*0*	16.152
Geldvermögen ingesamt	2.554.330	507.795	1.361.957	*987.079*	140.721	543.857	*502.568*	864.575
Geldvermögen ohne Direktinvestitionen i.w.S. (SPEs)[1]	2.470.571	424.036	1.361.957	*987.079*	140.721	543.857	*502.568*	784.270
Geldvermögensbildung	*über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR*							
Gold und SZR	136	x	136	*x*	x	x	*x*	x
Bargeld und Einlagen	-15.772	-1.247	-19.390	*-20.454*	1.432	3.434	*3.409*	-11.198
Bargeld	1.245	28	0	*0*	0	1.217	*1.217*	28
Einlagen	-17.017	-1.275	-19.390	*-20.454*	1.432	2.217	*2.192*	-11.226
Verzinsliche Wertpapiere	296	-1.394	4.635	*1.793*	-569	-2.375	*-2.057*	-1.961
Geldmarktpapiere	942	12	939	*679*	-2	-7	*-12*	1.813
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-646	-1.406	3.695	*1.114*	-567	-2.368	*-2.045*	-3.775
Kredite	-8	3.169	-4.519	*-4.207*	1.252	89	*0*	-154
Kurzfristige Kredite	-8.777	-1.024	-6.683	*-5.676*	-1.069	0	*0*	-23
Langfristige Kredite	8.769	4.194	2.165	*1.469*	2.322	89	*0*	-131
Anteilspapiere	9.097	8.130	-1.314	*1.648*	-721	3.003	*2.172*	10.149
Börsennotierte Aktien	-1.584	-1.136	273	*-219*	-213	-508	*-390*	4.328
Nichtbörsennotierte Aktien/Sonstige Anteilspapiere	7.772	9.135	-1.806	*961*	-511	954	*374*	7.249
Investmentzertifikate	2.909	130	218	*906*	3	2.557	*2.188*	-1.428
Versicherungstechnische Rückstellungen	2.916	196	284	*0*	x	2.436	*2.436*	132
Lebensversicherungsansprüche	1.076	0	0	*0*	x	1.076	*1.076*	132
Pensionskassenansprüche	884	0	0	*0*	x	884	*884*	0
Nichtlebensversicherungsansprüche/Rückversicherung	956	196	284	*0*	x	476	*476*	0
Sonstige Forderungen inklusive Finanzderivate	-1.086	-149	-2.423	*-2.929*	320	1.165	*1.124*	-301
davon Handelskredite	715	715	0	*0*	0	0	*0*	895
Geldvermögensbildung insgesamt	-4.420	8.705	-22.592	*-24.013*	1.714	7.753	*7.084*	-3.333
Geldvermögensbildung ohne Direktinvestitionen i.w.S. (SPEs)[1]	-3.372	9.754	-22.592	*-24.013*	1.714	7.753	*7.084*	-4.761
Sonstige Veränderungen des Geldvermögens	-14.669	-1.914	-11.099	*-13.848*	-3.328	1.672	*1.694*	3.591
davon Marktpreisveränderungen[2]	1.765	-124	524	*-2.338*	-574	1.939	*1.307*	-6.456
Nettogeldvermögen	-513	-262.198	42.302	*27.448*	-156.390	375.772	*337.407*	513
Finanzierungssaldo	5.277	-2.504	4.074	*4.603*	-1.984	5.692	*5.062*	-5.277

Quelle: OeNB.

1) Direktinvestitionen im weiteren Sinn durch inländische SPEs (Special Purpose Entities)-Unternehmen im Ausland.

2) Aus Wechselkurs- und Wertpapierkursveränderungen handelbarer Wertpapiere (verzinsliche Wertpapiere, börsennotierte Aktien und Investmentzertifikate).

Österreich: Gesamtwirtschaftliche Finanzierungsrechnung – Finanzierung u. Verbindlichkeiten

im 1. Quartal 2014	Inland	Nicht-finanz-ielle Unter-nehmen	Finanz-sektor	*davon Mone-täre Finanz-institute*	Staat	Haus-halts-sektor	*davon Private Haus-halte*	Ausland
Verbindlichkeiten	*Bestände in Mio EUR*							
Gold und SZR[1)]	x	x	x	*x*	x	x	*x*	10.307
Bargeld und Einlagen	644.973	x	644.973	*644.355*	x	x	*x*	138.964
Bargeld	25.823	x	25.823	*25.823*	x	x	*x*	0
Einlagen	619.150	x	619.150	*618.532*	x	x	*x*	138.964
Verzinsliche Wertpapiere	521.467	66.067	219.345	*210.209*	236.056	x	*x*	195.529
Geldmarktpapiere	18.941	910	13.321	*13.314*	4.710	x	*x*	4.303
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	502.526	65.157	206.023	*196.895*	231.346	x	*x*	191.226
Kredite	518.486	270.902	26.473	*0*	53.778	167.333	*164.418*	167.260
Kurzfristige Kredite	74.156	47.360	10.514	*0*	2.925	13.358	*12.791*	47.646
Langfristige Kredite	444.330	223.542	15.959	*0*	50.853	153.975	*151.627*	119.614
Anteilspapiere	688.857	386.518	302.339	*92.560*	x	x	*x*	317.134
Börsennotierte Aktien	90.849	62.849	28.000	*20.206*	x	x	*x*	41.235
Nichtbörsennotierte Aktien/Sonstige Anteilspapiere	447.032	323.669	123.364	*72.179*	x	x	*x*	231.472
Investmentzertifikate	150.976	0	150.976	*175*	x	x	*x*	44.426
Versicherungstechnische Rückstellungen	108.385	x	108.385	*1.870*	x	x	*x*	6.236
Lebensversicherungsansprüche	70.900	x	70.900	*0*	x	x	*x*	3.045
Pensionskassenansprüche	19.214	x	19.214	*1.870*	x	x	*x*	0
Nichtlebensversicherungsansprüche/Rückversicherung	18.272	x	18.272	*0*	x	x	*x*	3.190
Sonstige Forderungen inklusive Finanzderivate	72.676	46.506	18.141	*10.637*	7.277	752	*743*	28.632
davon Handelskredite	35.355	35.355	0	*0*	0	0	*0*	17.616
Verbindlichkeiten ingesamt	2.554.844	769.993	1.319.655	*959.631*	297.111	168.085	*165.161*	864.062
Verbindlichkeiten ohne Direktinvestitionen i.w.S (SPEs)[2)]	2.474.538	689.687	1.319.655	*959.631*	297.111	168.085	*165.161*	780.303
Finanzierung	*über 4 Quartale kumulierte Transaktionen in Mio EUR*							
Gold und SZR[1)]	x	x	x	*x*	x	x	*x*	136
Bargeld und Einlagen	-14.581	x	-14.581	*-14.608*	x	x	*x*	-12.388
Bargeld	1.273	x	1.273	*1.273*	x	x	*x*	0
Einlagen	-15.854	x	-15.854	*-15.881*	x	x	*x*	-12.388
Verzinsliche Wertpapiere	-6.064	1.705	-11.310	*-11.457*	3.541	x	*x*	4.400
Geldmarktpapiere	2.190	515	2.619	*2.619*	-945	x	*x*	566
Langfristige verzinsliche Wertpapiere	-8.254	1.189	-13.929	*-14.076*	4.486	x	*x*	3.834
Kredite	-1.244	-1.753	-1.992	*0*	583	1.918	*1.886*	1.081
Kurzfristige Kredite	-7.825	-2.470	-3.424	*0*	-1.456	-474	*-409*	-975
Langfristige Kredite	6.581	717	1.433	*0*	2.039	2.392	*2.295*	2.056
Anteilspapiere	7.760	9.142	-1.381	*-1.815*	x	x	*x*	11.486
Börsennotierte Aktien	4.163	-86	4.249	*3.412*	x	x	*x*	-1.419
Nichtbörsennotierte Aktien/Sonstige Anteilspapiere	4.429	9.228	-4.799	*-5.128*	x	x	*x*	10.593
Investmentzertifikate	-832	0	-832	*-99*	x	x	*x*	2.312
Versicherungstechnische Rückstellungen	2.500	x	2.500	*27*	x	x	*x*	548
Lebensversicherungsansprüche	943	x	943	*0*	x	x	*x*	264
Pensionskassenansprüche	884	x	884	*27*	x	x	*x*	0
Nichtlebensversicherungsansprüche/Rückversicherung	672	x	672	*0*	x	x	*x*	284
Sonstige Forderungen inklusive Finanzderivate	1.932	2.116	99	*-763*	-426	143	*136*	-3.319
davon Handelskredite	1.638	1.638	0	*0*	0	0	*0*	-28
Finanzierung insgesamt	-9.697	11.210	-26.666	*-28.616*	3.698	2.061	*2.022*	1.944
Finanzierung ohne Direktinvestitionen i.w.S. (SPEs)[2)]	-11.125	9.782	-26.666	*-28.616*	3.698	2.061	*2.022*	2.992
Sonstige Veränderungen der Verpflichtungen	1.084	15.209	-8.484	*-5.695*	-4.617	-1.024	*-1.009*	-12.162
davon Marktpreisveränderungen[3)]	-5.226	1.028	-1.293	*-1.671*	-4.961	0	*0*	537
Nettogeldvermögen	-513	-262.198	42.302	*27.448*	-156.390	375.772	*337.407*	513
Finanzierungssaldo	5.277	-2.504	4.074	*4.603*	-1.984	5.692	*5.062*	-5.277

Quelle: OeNB.

1) Auslandsposition der OeNB inklusive Barrengold, dem eine imputierte Verbindlichkeit des Auslandes gegenübergestellt wird.

2) Direktinvestitionen im weiteren Sinn an inländische SPEs (Special Purpose Entities)-Unternehmen aus dem Ausland.

3) Aus Wechselkurs- und Wertpapierkursveränderungen handelbarer Wertpapiere (verzinsliche Wertpapiere, börsennotierte Aktien und Investmentzertifikate).